

Die zivilisatorischen Herausforderungen Europas

Die Rolle der Katholischen Kirche im Prozess der europäischen Integration



**Eine Veröffentlichung
der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen**

Die zivilisatorischen Herausforderungen Europas

*Die Rolle der Katholischen Kirche
im Prozess der europäischen
Integration*

Veranstalter:

Päpstliche Akademie für Theologie in Krakau
Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen
Robert-Schuman-Stiftung Luxemburg
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
und europäischer Demokraten im Europäischen Parlament
Verlag „Wokół nas“ Gleiwitz

Schirmherrschaft:

Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Ge-
meinschaft (COMECE)

**Dokumentation der VI. Internationalen Konferenz
Krakau, 15.-16. September 2006**

Bei den abgedruckten Beiträgen handelt es sich weitestgehend um die von uns redigierte Abschriften der Reden und Diskussionen der VI. Internationalen Konferenz in der Reihe „Die Rolle der Katholischen Kirche im Prozess der europäischen Integration“ in Krakau am 15. - 16. September 2006.

Verantwortlich für die Publikation:

Stephan Raabe, Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen

Redaktion:

Sigrid Schraml, Monika Radek

Mitarbeit:

Julia Lis

Übersetzung:

Monika Radek

Fotos:

Antoni Witwicki

Grafische Bearbeitung:

Julita Grosser, www.mediakoncept.pl

Gesamtherstellung:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Vertretung in Polen

02-561 Warschau, ul. J. Dąbrowskiego 56

Tel.: +48 22 845 93 30, Fax: +48 848 54 37

E-mail: kas@kas.pl

© 2007, Konrad-Adenauer-Stiftung, Vertretung in Polen

Alle Rechte vorbehalten.

Nachdruck – auch auszugsweise – allein mit Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Printed in Poland. ISBN 978-83-86771-28-8

Inhalt

	Seite:
Vorwort	5
Eröffnungsansprachen	
Stanisław Kardinal Dziwisz	9
Jan Dyduch	13
Stephan Raabe	17
Einführung	
Jaime Mayor Oreja	21
<i>Europa wird christlich sein, oder es wird nicht mehr sein</i>	
Jacques Santer	25
PANEL I	
<i>Wege und Abwege politischer Korrektheit</i>	33
Moderator: Roman Graczyk	
Podium: Christoph Böhr, Jarosław Gowin, Maria Martens, Jan Tombiński	
PANEL II	
<i>Solidarität – ein Charakteristikum Europas?</i>	55
Einführung: Tadeusz Pieronek	
Grußworte: Alexander Milinkiewitsch, Bogusław Sonik	
Moderator: Tomasz Lis	
Podium: Dieter Althaus, Jan Olbrycht, Jaime Mayor Oreja, Jose Kardinal da Cruz Policarpo, Vincuk Viacorka	

Seite:

PANEL III

Die Zukunft – Kampf der Zivilisationen oder Zivilisation der Kämpfe?..... 81

Einführung: Horst Langes

Moderator: Krzysztof Bobiński

Podium: Naika Foroutan, Hans Langendörfer SJ,
Stefan Meller, Mariusz Siwon

PANEL IV

***Die Europäische Union – Zwischen vertiefter Integration
und Erweiterung*** 101

Moderator: Marek Orzechowski

Podium: Michael Gahler, Jacques Santer, Jacek Saryusz-Wolski

Schlussworte

Stephan Raabe 127

Władysław Bartoszewski 135

Diskussionsteilnehmer 139

Bildliche Impressionen 141

Vorwort

Über den Zaun steigen

„Der Christ“, sagte einmal der frühere Kölner Erzbischof und bedeutende Soziallehrer Joseph Kardinal Höffner, dürfe „nicht mürrisch am Zaun der Welt von heute stehen und ärgerlich zusehen, was da drinnen geschieht. Er muss über den Zaun steigen und handeln und helfend mitten in der Welt von heute gegenwärtig sein, als Seele und Sauerteig“.

Die Konferenzreihe „Die Rolle der Katholischen Kirche im Prozess der europäischen Integration“ will europapolitisch zum „Übersteigen des Zaunes“ motivieren. Die Veranstalter tun dies in dem Bewusstsein, dass eine kirchliche oder politisch-gesellschaftliche Moral, die die Sachkenntnis im Bereich von Politik und Gesellschaft oder im Gebiet von Religion und Kultur überspringen zu können glaubt, nicht Moral ist, sondern Moralismus, also das Gegenteil von Moral. Deshalb laden wir seit sechs Jahren immer wieder aufs Neue hochrangige Kirchenvertreter und Politiker sowie ausgewiesene Experten zur Diskussion nach Krakau ein, um die europäische Welt von heute sachgerecht und wertorientiert ins Auge zu fassen. Dass dies in einer polnischen, deutschen, europäischen Kooperation und ohne konfessionelle oder religiöse Scheuklappen geschieht, weitet den Blick für wahre christliche Katholizität in Europa.

Der Konferenzzyklus begann 2001 unter dem Titel „Bewusstsein einer europäischen Identität“. In den folgenden Jahren kreiste die Diskussion um die Fragen „Modernisierung und Glaube“ (2002), „Europa vereint oder entzweit?“ (2003), „Wozu Christen in Europa?“ (2004), „Die Auseinandersetzung von Religion und Kultur in Europa. Christentum, Laizismus, Islam“ (2005). Zahlreiche bekannte Persönlichkeiten nahmen an den Diskussionen teil, aus Deutschland etwa Altbundeskanzler Helmut Kohl, der Vorsitzende der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten im Europäischen Parlament, Hans-Gert Pöttering, oder der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Ministerpräsident a.D. Bernhard Vogel. Der Vatikan war unter anderem mit seinen Außenministern Kardinal Jean-Louis Tauran und Erzbischof Giovanni Lajolo sowie mit den Kurienkardinälen Paul Poupard und Walter Kasper vertreten. Aus Polen nahmen die früheren Premierminister Tadeusz Mazowiecki und Jerzy Buzek sowie Staatspräsident Aleksander Kwaśniewski teil.

Im vergangenen Jahr hieß das Konferenzthema „Die zivilisatorischen Herausforderungen Europas“. Aus Deutschland diskutierten neben anderen der Ministerpräsident von Thüringen, Dieter Althaus, der stellvertretende CDU-Vorsitzende, Christoph Böhr, und der Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz, Hans Langendörfer SJ, mit den internationalen Vertretern. Jacques Santer, Vorsitzender der Robert-Schuman-Stiftung Luxemburg und ehemaliger Präsident der EU-Kommission sowie Ministerpräsident von Luxemburg, Jaime Mayor Oreja, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten und früherer spanischer Innenminister, Maria Martens, Europaparlamentarierin aus den Niederlanden und Vincuk Viacorka, Vorsitzender der oppositionellen Belarussischen Volksfront, brachten europäische Perspektiven aus anderen Ländern ein.

Weil die Konferenz sich mit konstituierenden Elementen europäischer Politik, Kultur und Identität befasst und wiederum ein sehr positives Echo gefunden hat, macht die Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen die Beiträge und Ergebnisse der in Krakau geführten Diskussionen in der vorliegenden Publikation dem interessierten deutschsprachigen Publikum zugänglich, um so eine breitere Öffent-

lichkeit an diesem Dialog teilhaben zu lassen. Eine polnische Dokumentation wird von dem Verlag Wokół nas in Gleiwitz herausgegeben. Der Herausgeber dankt allen Partnern, die zum Gelingen dieser Veranstaltung beigetragen haben. Ein besonderer Dank gilt Frau Monika Radek, die den Hauptteil der Redaktionsarbeit und die Übersetzung gemeistert hat.

Die VII. Konferenz in der Reihe „Die Rolle der Katholischen Kirche im Prozess der europäischen Integration“ findet am 14./15. September 2007 in Krakau statt unter dem Titel: „Von den Römischen Verträgen zum Verfassungsvertrag“. Der Präsident der Republik Polen, Lech Kaczyński, sowie der Präsident des Europäischen Parlamentes, Hans-Gert Pöttering, haben ihre Teilnahme bestätigt.■

Stephan Raabe
Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen
Warschau, im Mai 2007

Eröffnungsansprachen

Stanisław Kardinal Dziwisz

Unser Treffen auf der diesjährigen Konferenz zur Rolle der Katholischen Kirche im Prozess der europäischen Integration wollen wir dazu nutzen, über die Probleme und Herausforderungen nachzudenken, die mit der Einigung unseres Kontinents einhergehen und vor denen sowohl Laien als auch Geistliche stehen. Dieser Prozess spielt sich auf unterschiedlichen Ebenen ab. Angefangen bei der Erweiterung der EU-Grenzen und der Öffnung für weitere Länder, über Veränderungen im Wirtschaftssystem und der gemeinsamen Währungspolitik, bis hin zu gesellschaftlichem Wandel, der bei gläubigen Menschen eine Reihe an Vorbehalten und Fragen hervorruft. Die positiven Veränderungen in der Politik können die authentischen Herausforderungen, vor denen Kirche und Gläubige stehen, nicht verschleiern. Genau auf diesen Aspekt der Präsenz und der Aufgaben der Kirche im sich einigenden Europa sollten wir besonderes Augenmerk richten.

Für gläubige Menschen, sowohl einzelne Personen als auch ganze Gemeinschaften, ist die Vision eines vereinigten Europas, wie sie von Papst Johannes Paul II. umrissen wurde, die integralste. Die Integralität dieser Vision kam darin zum Ausdruck, dass Europa nicht nur an die Werte erinnert wurde, die seiner Geburt zugrunde lagen, sondern auch an die zwei Lungen seiner geistigen Tradition. Es ist bezeichnend, dass Johannes Paul II. bereits während seines ersten Heimatbe-

suchs in Gnesen 1979 von den zwei Traditionen des *einen* Europa sprach, was damals von einigen Beobachtern als Prophezeiung, von anderen sogar als fehlende politische Vernunft interpretiert wurde. Die Bezugnahme auf die geistige Tradition und Kraft Europas wurde nahezu immer zum Inhalt der päpstlichen Auftritte, wenn der Papst das Thema der Vereinigung des politisch, ökonomisch, kulturell und nicht selten auch geistig geteilten Kontinents ansprach.

Im Jahre 1997 warnte Johannes Paul II. erneut auf dem Gnesener Lech-Hügel vor dem Bau „einer Mauer in Europa, die durch die Herzen der Menschen“ verläuft. Und er warnte die Gläubigen, insbesondere die dort anwesenden Politiker und Führungspersonen unterschiedlicher Gruppierungen, dass „es keine Einheit Europas geben wird, solange diese nicht auf einer Gemeinschaft des Geistes basiert.“

Jeder wird mit Leichtigkeit feststellen, dass diese Worte weiterhin Gültigkeit haben und wie ein Aufruf an die Europäer wirken, in sich zu gehen und erneut festzustellen, dass „das wichtigste Fundament für die Einheit Europas, das sich über Jahrhunderte hinweg entwickelte, vom Christentum, dessen Evangelium, Menschenbild und Beitrag zur Geschichte der Menschen und Nationen geprägt wurde.“ Diesen Beitrag für unsere Epoche, insbesondere für die geistige und materielle Kultur Europas, hat der Papst mit einem großen Fluss verglichen, „in den zahlreiche Nebenflüsse und Bäche fließen, und dessen Heterogenität der Traditionen und Kulturen einen großen Reichtum darstellt“ (Johannes Paul II., *Pielgrzymki do Ojczyzny*, Krakau 2005, S. 911).

Der polnische Papst hat nicht nur den „belebenden Einfluss des Evangeliums“ auf die Geschichte unseres Kontinents vielfach betont (vgl. die apostolische Adhortation *Ecclesia in Europa*, Nr. 108), er versuchte uns Gläubige zugleich davon zu überzeugen, dass das Engagement und der Bau einer Gemeinschaft der Menschen und Nationen nicht bloß eine Reaktion auf Mangelerscheinungen oder Gefahren der Gegenwart sein kann, sondern für jeden Christen zu einer mutigen und offenen Anwendung der im Evangelium verkündeten Wahrheit werden muss.

Die christliche Vision vom vereinten Europa schreibt keine konkreten politischen oder ökonomischen Lösungen vor, so dass sie nicht mit irgendeiner Parteiläufigkeit

versehen werden kann. Sie hat einen autonomen Charakter. Sie unterstreicht ganz stark die kulturelle und geistige Dimension der europäischen Einheit. In der zitierten apostolischen Adhortation von 2003 hat Johannes Paul II. Europa dazu aufgerufen, seine wahre Identität zu finden und gemahnt, dass der Integrationsprozess „in einer Übereinstimmung der Werte bestehen (muss), die sowohl im Rechtssystem als auch im Alltag ihren Ausdruck finden“ (*Ecclesia in Europa*, Nr. 110). Europa war von Beginn an eine Gemeinschaft des Teilens, in der über alle Unterschiede hinweg von Anfang an Glauben, Kultur und unterschiedliche Fähigkeiten geteilt wurden. Auch heute braucht sie den Geist der Offenheit und Solidarität. Die christliche Identität, von der der Papst sprach, steht nicht für Privilegien, sondern gibt Aufgaben vor, die sich in erster Linie an die getaufte Bevölkerung richten.

Während seines Besuchs in Österreich im Jahre 1983 sprach Johannes Paul II. in Wien von der Notwendigkeit der Christen von heute, die Botschaft des Kreuzes anzunehmen. „Das Kreuz bedeutet: Liebe kennt keine Grenzen – fange bei denen an, die Dir am nächsten sind, vergiss jedoch nicht auch die, die am weitesten von Dir entfernt sind“, appellierte Johannes Paul II. vielfach mit Bezug auf Solidarität und Verantwortungsbewusstsein.

Wenn wir uns heute die Lehren von Johannes Paul II. und sein Engagement im europäischen Einigungsprozess – sowohl auf geistiger als auch auf politischer Ebene – vergegenwärtigen, müssen wir uns auch die Frage stellen, welche Herausforderungen die zivilisatorischen Veränderungen auf unserem Kontinent mit sich bringen. Papst Benedikt XVI. hat sie in seiner Ansprache auf dem Kongress der Europäischen Volkspartei im Frühjahr dieses Jahres genau umrissen. Dazu gehört in erster Linie der Schutz des Lebens in allen seinen Phasen, von der Empfängnis bis zum natürlichen Tod. Zweitens: die Anerkennung und Verbreitung des natürlichen Familienmodells, das aus der Verbindung von Mann und Frau in der Ehe besteht, sowie die Verteidigung dieses Modells vor den Versuchen einer rechtlichen Gleichsetzung mit radikal anderen Beziehungsmodellen, die die Familie schwächen und zu ihrer Destabilisierung beitragen. Die dritte (heute besonders aktuelle) Aufgabe, vor der die europäischen Christen stehen, ist der Schutz des Rechts der Eltern, ihre eigenen Kinder zu erziehen

(vgl. Benedikt XVI, Rede vom 30.03.2006: *W obronie chrześcijańsko dziedzictwa Europy*, in: „L'Osservatore Romano“, poln. Ausg. Nr. 8/2006, S. 20).

Wenn Benedikt XVI. uns die Aktualität dieser Fragestellungen und ihre herausragende Bedeutung für die europäische Identität vor Augen führt, dann nicht, weil „diese Prinzipien (...) Wahrheiten des Glaubens sind, auch wenn der Glaube für sie eine zusätzliche Erleuchtung und Bestätigung liefert; sie sind in der Natur des Menschen verankert und daher der gesamten Menschheit gemein“ (Benedikt XVI, Ebd.). Wälzen wir die Erziehung auf den Staat ab und akzeptieren wir eine Beschränkung der Bildungssysteme auf Wissensvermittlung und die falsche Affirmation einer „Freiheit ohne Prinzipien“, machen wir uns mitverantwortlich für diejenigen, die ohne Werte aufgewachsen, ihre Menschenwürde und sich selbst in Krisen und Konflikten verlieren.

Zu den so formulierten Aufgaben, vor denen Europa im 21. Jahrhundert steht, kommt jedoch noch eine weitere hinzu: Die Sorge um das, was uns und anderen heilig ist. Benedikt XVI. hat noch als Präfekt der Glaubenskongregation gemahnt, dass hinter der fehlenden Ehrfurcht vor Gott und dem *Sacrum*, ein „Hass des Westens gegenüber sich selbst“ stecke. Dies komme in einem bestimmten Verständnis der Rolle der Religion sowie der geistlichen Tradition in der europäischen Kultur zum Ausdruck. Währenddessen: „Wenn Europa überdauern soll, braucht es eine neue – sicherlich kritische und bescheidene – Selbstakzeptanz. Der mit großem Eifer unterstützte kulturelle Pluralismus besteht häufig in der Ablehnung des Eigenen, in der Flucht vor den eigenen Werten. Der kulturelle Pluralismus kann jedoch ohne eine gewisse Beständigkeit, ohne Anknüpfungspunkte an die eigenen Werte nicht bestehen. Er kann ohne die Anerkennung und Würdigung dessen, was heilig ist, nicht bestehen“ (Joseph Ratzinger, *Europa. Jej podwaliny dzisiaj i jutro*, Kielce 2004, S. 31).

Mögen unsere Reflexionen und Diskussionen im Geiste des Aufrufs von Johannes Paul II. aus seinem Apostolischen Schreiben *Ecclesia in Europa* stehen:

„Europa, Fürchte Dich nicht! Das Evangelium ist nicht gegen Dich, sondern es ist auf Deiner Seite“ (Nr. 121). ■

Jan Dyduch

Erst vor kurzem, letzten Montag, den 11. September, erlebten wir den fünften Jahrestag der schmerzlichen Ereignisse in Manhattan, New York.

Dieser traurige Jahrestag hat uns vor Augen geführt, dass die Welt, dass Europa nicht sicher ist. Was tun, um das zu ändern? Im Rahmen unserer Treffen, die wir zum sechsten Mal unter dem allgemeinen Motto „Die Rolle der Katholischen Kirche im Prozess der europäischen Integration“ abhalten, versuchen wir auf die Frage zu antworten: Wie können wir unseren Kontinent so integrieren, so vereinen, dass er immer sicherer wird, dass er zu einer Oase des Friedens, des Wohlstands, der Solidarität und der Achtung der Menschenrechte wird, so dass die europäische Kultur in neuem Glanz erscheint?

In der gegenwärtigen Welt, in Europa finden wir auf der einen Seite mächtige zerstörerische Kräfte des Bösen vor: Terrorismus, Konflikte, Missachtung der Menschenrechte etc. Dem gegenüber stehen auf der anderen Seite aber auch Wohlwollen, Uneigennützigkeit, Hilfe, also eine enorme Welle der Güte. Das sind die Themen, die wir im Rahmen des diesjährigen Treffens zum Thema „Die zivilisatorischen Herausforderungen Europas“ reflektieren wollen. Wir werden zu der Überzeugung gelangen, dass der Kampf um die Werte, insbesondere die

christlichen Werte, in Europa anhält. Europa war und ist ein Kontinent, der auf christlichen Werten basiert, und so sollte es auch bleiben.

Im Namen der so genannten politischen Korrektheit schleicht sich eine Art Pseudomoral bzw. Scheinmoral anstelle der Werte ein. Zu den allgemein anerkannten Werten gehörte in Europa schon immer die Familie, die auf einer monogamen Ehe zwischen Mann und Frau basierte. Heute werden andere Partnerschaftsmodelle eingeführt und der traditionellen Ehe gleich- oder sogar höherrangig gestellt. Die gegenwärtig modische politische Korrektheit führt zu einer Verwüstung im Bereich der Freiheit und Toleranz. Wie viele Opfer sind in Europa im Kampf um wahrhaftige Freiheit und Toleranz gefallen, die auf Verantwortung und der Achtung des Menschen, und nicht auf Werbung und der Herrschaft des Bösen oder irgendwelchen Kompromissen basiert, die die religiöse und kulturelle Identität gefährden und häufig zu Diskriminierung führen?

Unsere Konferenz hat auch zum Ziel, Auswege aufzuzeigen, zu betonen, dass Europa eine Zukunft hat. Solidarität, wie sie von Johannes Paul II. in seiner Enzyklika *Sollicitudo rei socialis* begriffen wird, spielt hier eine führende Rolle:

„...sie ist die feste und beständige Entschlossenheit, sich für das „Gemeinwohl“ einzusetzen, das heißt, für das Wohl aller und eines jeden, weil wir alle für alle verantwortlich sind.“ (Nr. 183).

Das Engagement für das Gemeinwohl und gegenseitige Unterstützung betrifft auch die Beziehungen zwischen Staaten und Gesellschaften. Solidarität erlaubt uns, den „Anderen“, sei es einen Menschen, eine Bevölkerungsgruppe oder eine Nation, nicht nur als Instrument, sondern als Subjekt mit Rechten und Bedürfnissen zu begreifen. Johannes Paul II. sprach nicht nur von den Menschenrechten, sondern auch von den Rechten der Nationen. Die Umsetzung eines solchen Solidaritätsprinzips bringt uns auf den Weg zu Frieden und Entwicklung. Im Lichte religiösen Glaubens wird die Solidarität durch die spezifisch christlichen Dimensionen ungemein bereichert: Sie nimmt die Gestalt der Uneigennützigkeit, der Barmherzigkeit und der Versöhnung an. Eine solche Solidarität ist Hoffnung für die Welt und für Europa.

Der Dialog hilft, Solidarität zu praktizieren. Ein geduldiger, konstruktiver, ehrlich geführter Dialog, der auf der Achtung des Anderen basiert, ist die einzige richtige Methode der Konfliktlösung. Angesichts unvermeidlicher Kämpfe der Zivilisationen, insbesondere im Zusammenprall kultureller, ökonomischer und politischer Systeme, mit denen wir uns ebenfalls beschäftigen werden, kann nur der Dialog helfen, sie zu zivilisieren.

Im Namen der Päpstlichen Akademie für Theologie in Krakau danke ich allen Organisatoren der sechsten europäischen Konferenz. Das sind: die Konrad-Adenauer-Stiftung, die Robert-Schuman-Stiftung, die Europäische Volkspartei (Christdemokraten) und Europäische Demokraten, der Verlag „Wokół nas“ und die Päpstliche Akademie für Theologie. Alle Teilnehmer heiße ich herzlich willkommen. Jede Teilnahme ist uns wichtig und teuer. Ich wünsche allen ein fruchtbares Treffen und erkläre die sechste Konferenz zum Thema „Die zivilisatorischen Herausforderungen Europas“ für eröffnet. ■

Aufruf zum Widerstand

Stephan Raabe

Mit Papst Benedikt XVI. möchte ich Sie am Beginn dieser Konferenz zum „Widerstand“ aufrufen. Die Kirche – nicht nur das Lehramt, also die Amtsträger, sondern ebenso die Laien-Christen – müsse „Kraft des Widerstandes sein“, hat Joseph Kardinal Ratzinger in seinem Buch „Salz der Erde“ (1996, S. 291) gefordert. Widerstand sei zu leisten gegen

- die Diktatur rein diesseitiger Moden,
- gegen das neue Dogma des Relativismus,
- gegen den banalen ethischen Nihilismus, der nach dem Fall der großen Utopien und Ideologien Einzug gehalten habe, und gegen die damit verbundene „Entleerung des Menschlichen“ (Wahrheit, Werte, Macht 1994, S. 16, 21).

Die Motivation für solch einen Widerstand speist sich aus einer wesentlichen Differenz. Der Christ gehorcht „Gott mehr als den Menschen“ (Apg 5,29), der Christ muss – bei allem dem Staat geschuldeten Gehorsam – Gott auch mehr gehorchen als der staatlichen Gewalt. Denn der Christ ist nicht nur Bürger dieser Welt. Seine letzte Heimat, sein wahres Staatswesen ist im Himmel, wie es Paulus im Brief an die Philipper ausdrückt (Phil 3,20).

Diese Überzeugung ist das innere Maß, unter dem wir als Christen leben, die Hoffnung, die uns trägt. Richtig verstanden führt dieser Glaube nicht zu einer Abkehr von der Welt und Politik. Er relativiert in einer sehr gesunden Weise die weltliche Macht, setzt sie in Beziehung zu Gott. Der Widerstand, der Widerspruch gegen manches rein Weltliche ist die eine Seite der Medaille; die positive Gestaltung der Welt aus dem Glauben die andere Seite der Medaille.

Worauf es dabei grundlegend ankommt, ist die Unterscheidung der Geister, also die Frage danach, wo Lehramt und Gläubige Ja sagen müssen und wo sie Nein sagen müssen, wo sie Widerstand leisten und wo sie mithelfen und aufbauen müssen, um das Wesen der Kirche als „Zeichen und Werkzeug der Vereinigung mit Gott“ (II. Vatikanum: *Lumen gentium*) und als „Zeichen und Schutz der Transzendenz der menschlichen Person“ (II. Vatikanum: *Gaudium et spes*) zu verteidigen.

Dieser Unterscheidung der Geister dient auch unsere Konferenz, die wir seit sechs Jahren unter dem Obertitel: „Die Rolle der katholischen Kirche im Prozess der europäischen Integration“ als einen internationalen Dialog von Europäern hier im schönen Krakau veranstalten.

Der Konrad-Adenauer-Stiftung als einer christlich-demokratischen Stiftung ist dieser Dialog sehr wichtig. Manche meinen jedoch, dabei ginge es bloß um Religion als eine subjektive Angelegenheit. Sie verkennen die enormen politischen Auswirkungen, die das Christentum entfaltet hat und - da bin ich mir sehr sicher - weiter entfalten wird. Gerade Europa ist ohne das Christentum als historisch kultureller Begriff überhaupt nicht verständlich. Der christliche Glaube macht auch heute noch ganz wesentlich die Identität Europas aus.

Deshalb ist es sehr zu begrüßen, wenn die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel dieser Tage bei ihrem Treffen mit dem Papst erneut den Gottesbezug im europäischen Verfassungsvertrag ins Gespräch gebracht hat. Hieraus kann durchaus eine nationenübergreifende christlich-demokratische Initiative werden, die gerade aus Ländern wie Polen, Spanien, Italien und Deutschland ihre

Schubkraft gewinnen könnte. Insbesondere Polen als Land des Großen Papstes Johannes Paul II. kann in dieser Hinsicht viel Glaubenskraft und Überzeugungskraft in Europa einbringen, wenn es dies denn will und in einer konstruktiven Weise gemeinsam mit Partnern zu tun versteht.

Hier geht es um nicht weniger und nicht mehr als um eine christlich-demokratische Prägung Europas, wie sie die großen Gründerväter der Europäischen Union Robert Schuman und Konrad Adenauer im Sinne hatten. Ihre Gedanken sind keineswegs veraltet. Sie sind höchst aktuell und modern.

Wieder möchte ich in Anlehnung an die jüngsten Predigten Benedikts XVI. sagen und damit schließen:

Die Sache Europas geht nicht auf ohne Gott. Europa wird nicht gedeihen ohne Gott.

Die Frage ist, wie und wo wir Gott in diesem Europa Raum geben.

Darüber politisch nachzudenken und zu diskutieren, dazu dient diese Konferenz.

In diesem Sinne wünsche ich uns eine anregende und fruchtbare Diskussion und danke Ihnen herzlich für Ihre Teilnahme an dieser Konferenz. ■

Einführung

Jaime Mayor Oreja

Ich bin kein Theologe, kein Philosoph, kein Historiker, ich bin ein einfacher Politiker, der eine recht große Erfahrung aus seinem eigenen Land, Spanien, und gegenwärtig auch aus den Institutionen der EU mitbringt. [...] Meine Einführung zu den Themen, über die wir in den nächsten zwei Tagen diskutieren werden, möchte ich in drei Punkte gliedern.

1. Meine ersten Ausführungen betreffen die Europäische Union. Gegenwärtig sieht die politische Realität der EU so aus, dass wir uns dauerhaft in einer Wahlkampagne befinden. Es vergeht kein Vierteljahr ohne Wahlen. Wir Politiker stehen dauerhaft unter Druck, der mit den Wahlen einhergeht und haben häufig nicht die Zeit, uns mit dem zu befassen, was Europa braucht, d.h. nicht die Zeit, um die Augen vom Boden zu nehmen und weiter um uns zu sehen und uns zu vergegenwärtigen, warum die EU überhaupt existiert. Natürlich sind wir aus diesem Grund Gefangene der öffentlichen Meinung, der Meinungsumfragen. Die EU kann jedoch nicht in Anlehnung an Umfrageergebnisse und an die in einem bestimmten Moment zum Ausdruck gebrachten Meinungen gestaltet werden. Die EU kann nur in Anlehnung an tiefere Werte und Überzeugungen gestaltet werden. Heute wissen wir christlichen, katholischen Politiker, dass wir

nicht in der Tyrannei der Meinungsumfragen leben können. Wir müssen wissen, wie wir diese Untersuchungen und Ergebnisse zu interpretieren haben, aber wir können uns nicht zu ihren Sklaven machen. Jeder von uns muss seinen eigenen Werten und Prinzipien treu bleiben, die er im Laufe seines persönlichen, familiären und öffentlichen Lebens gesammelt hat.

2. Neben zweifellos wichtigen individuellen Aktionen ist auch kollektives Handeln vonnöten. Je transparenter bestimmte Werte sind, desto besser müssen wir organisiert sein, um sie effektiv zu schützen. Die Idee, dass bedeutende Werte sich selbst tragen, entspricht leider nicht der Realität. Um wichtige Werte zu verteidigen, müssen wir uns organisieren. [...] Wir müssen wissen, wie wir uns am besten organisieren, um diese Werte zu verteidigen. Es ist richtig, dass das Zweite Vatikanische Konzil eine Trennung zwischen der Politik, der Kirche und dem Privatleben eingeführt hat. Autonomie bedeutet jedoch nicht, dass man sich nicht organisieren soll. Wichtigen Problemen, die wesentliche Werte und die Zukunft Europas betreffen, müssen wir gemeinsam die Stirn bieten. Wenn in Europa Strömungen an Stärke gewinnen, deren Ziel es ist, die christlichen Werte, wie die traditionelle Ehe, zu zerstören, haben wir keine andere Wahl. Wir müssen uns organisieren. Daher müssen wir auch in der Politik und in den Massenmedien präsent sein. [...] Anstatt einer fatalistischen Analyse dieser Situation müssen wir ihr unsere eigene Organisation entgegenstellen. Wir müssen wissen, wie wir in den Massenmedien präsenter sein können. Wir müssen die Verteidigung unserer wichtigsten Werte, wie Leben, Partnerschaft, Ehe und traditionelle Werte, die wir von unseren Vorfahren geerbt haben, organisieren. Das Parlament ist heute nicht mehr die Schlüsselinstanz der öffentlichen Meinung, daher können wir nicht darauf warten, dass Europa besser wird und wir es gut haben werden. Wir müssen uns aktiv dafür einsetzen, das, was die EU und die europäische Realität heute ausmacht, zu verbessern. Wir müssen aktiv werden, und das in einer besser organisierten Art und Weise denn je. Wir müssen aktive Teilnehmer der gegenwärtigen Gesellschaft sein, unabhängig davon, ob wir in der Mehrheit oder in der Minderheit sind. Das ist nicht wesentlich.

3. Der dritte Gedanke, den ich mit Ihnen teilen wollte, zielt darauf ab, dass das Wichtigste für das individuelle Handeln die persönliche Einstellung ist, eine authentische Stimme, die wir zur Verteidigung bestimmter Werte erheben. Das Problem Europas liegt nicht in der Verfassungskrise, sondern viel tiefer. Es handelt sich um eine Krise des Handelns, der Einstellungen, der fehlenden Anstrengung. Wir tun nicht das, was wir tun sollten, um unseren geringen Beitrag zum Bau des europäischen Hauses zu leisten. Von allen Gegnern, die wir haben, ist der schlimmste die eigene fehlende Überzeugung, die fehlende Anstrengung oder auch die fehlenden Werte. Daher ist es wichtig zu erkennen, dass die Zukunft Europas nicht von den Institutionen, die wir gegenwärtig haben, abhängt, sondern von den Werten, die Europa schon immer ausgezeichnet haben, wie Menschenwürde, Freiheit etc., die Diktaturen wie dem Kommunismus immer entgegengehalten wurden.

Europa ist heute ein Erfolg. Aber deshalb müssen wir uns auch vor Menschen in Acht nehmen, die uns ihren fehlenden Glauben aufoktroieren wollen. Politiker, die nicht gläubig sind, haben es heute in Europa leichter als gläubige Politiker. Glauben und Werte scheinen eine Art Handicap dafür zu sein, sich tolerant und demokratisch zu geben. Es herrschen die Agnostiker, gegen die ich auch nichts habe. Ich habe jedoch etwas dagegen, dass wir Christen stärker unter Beweis stellen müssen, demokratisch und tolerant zu sein, ganz so, als würde uns unser Glauben in der Ausübung unserer politischen Funktionen einschränken. Ich habe die Befürchtung, dass wir immer mehr zu laizistischen Politikern werden. Menschen, die mit einer gewissen Leidenschaft argumentieren, werden sofort sehr harsch kritisiert. Man bezeichnet sie als radikal.

Europa ohne Werte und voller Relativismen wird nicht zurechtkommen. Leider ist eine solche Haltung für den Großteil des Mitte-Rechts-Lagers charakteristisch.

Zum Schluss möchte ich sagen, dass unsere Überzeugung und Integrität das Allerwichtigste sind. Deshalb sind die Authentizität und die Wahrheit dessen, was wir tun und woran wir glauben, so wichtig. Und dazu gehört unsere Fähigkeit, unsere Werte

zu verteidigen. Jedes Land hat seine eigenen Probleme. Ich denke, dass der Schlüssel zum Erfolg in der Authentizität unseres Glaubens liegt. Und in einem Handeln, das auf tiefen Überzeugungen und Werten beruht. Das ist das Geheimnis, das Rezept für die Zukunft der Europäischen Union. ■

Europa wird christlich sein, oder es wird nicht mehr sein

Jacques Santer

Europa und seine christliche Formung sind ohne Robert Schuman nicht zu denken. In seiner Rede als neu gewählter Präsident des Europäischen Parlaments im Jahre 1958 hat er folgendes gesagt:

„Wir sind dazu aufgerufen, uns auf die christlichen Grundlagen Europas zu besinnen, in dem wir ein demokratisches Modell der Herrschaftsausübung aufbauen, das durch Versöhnung eine *Gemeinschaft der Völker* in Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Frieden entstehen lässt, das zutiefst in den christlichen Grundwerten verwurzelt ist.“

In der Tat stand für die Gründungsväter der europäischen Gemeinschaft – für Robert Schuman, Konrad Adenauer, Alcide de Gasperi, Joseph Bech, Jean Monnet usw. – außer Zweifel, dass die Europäische Union vor allem eine Wertegemeinschaft sein müsste. Das wiederum ergab sich nicht zufällig. Die europäischen politischen Akteure der ersten Stunde – Winston Churchill wäre hier noch mit seiner wegweisenden Rede in Zürich aus dem Jahre 1946 zu nennen – kannten die Geschichte ihrer Länder und des europäischen Kontinents. Vor allem waren

sie selbst Zeitzeugen zweier verheerender Weltkriege gewesen. Daraus mussten für die Zukunft die richtigen und richtungweisenden Konsequenzen gezogen werden. In ihren Augen reichte es nicht, ein rein wirtschaftliches und nationales Integrationsprojekt zu konzipieren und umzusetzen. Das war zu wenig. Dem Ganzen musste auch eine Seele gegeben werden. Eine Wertegemeinschaft sollte solche Erwartungen erfüllen.

Präziser hätte es Konrad Adenauer in einer Rede von 1951 vor der *Foreign Press Association* in London nicht formulieren können, als er sagte:

„Der Prozess der Integration und der Bildung größerer Völkergemeinschaften dient der Erhaltung der abendländisch-christlichen Werte, die unserem Leben einen Sinn geben. Er dient weiter dem sozialen Fortschritt und der materiellen Wohlfahrt, die in der demokratischen Welt nicht im Gegensatz, sondern im Einklang mit der Freiheit der Person und der Völker verwirklicht werden können“.

In dieser Aussage sind alle wichtigen Ziele seiner europäischen Integrationspolitik enthalten. Es war sicherlich kein Zufall, dass Konrad Adenauer die Erhaltung der christlichen Werte als Substanz und Sinnggebung für das Zusammenwachsen Europas nannte. Erst dann folgen sozialer Fortschritt, materieller Wohlstand und Demokratie. Adenauer wusste natürlich auch, dass die Werte, für die er sich einsetzte, nur dann von den Menschen akzeptiert würden, wenn sie selbst in Wohlstand und sozialer Gerechtigkeit leben könnten.

Nun, was sind eigentlich Werte? Der Begriff bezeichnet eine grundlegende, zentrale, allgemeine Zielvorstellung und Orientierungslinie für menschliches Handeln und soziales Zusammenleben innerhalb einer Kultur. Welche Werte, Normen, Tugenden, die sich in Europa gebildet, entwickelt und gefestigt haben, sind zu nennen? Alles fängt mit der Würde des Menschen als Person an. Sie gilt für jeden und ist unantastbar. Freiheit, Gleichheit, Solidarität sind Basiswerte des sozialen Zusammenlebens.

Werte sind keine Moralpredigten. Die Bindung an sie muss gefühlt werden. Man muss sich an sie gebunden fühlen. So kann beispielsweise der Staat die Zustimmung zur Demokratie, den Demokratiekonsens, nicht erzwingen. Diese muss von der Mehrheit der Bürger freiwillig kommen, weil sie sich an die Werte der Demokratie gebunden fühlen.

Werte sind in die Kultur eines Landes eingebunden. Kultur ist die Substanz einer Gesellschaft, eines Landes oder eines Kontinents; sie ist auch eine gemeinsame Lebenspraxis. Religion und Sprache sind wichtige Teile der Kultur. Europa ist reich an Sprachen und Kulturen. Diese Vielfalt ist ein Reichtum. Von der Vielfalt gibt es zuverlässige Wege zur Einheit. An dieser Stelle will ich noch einmal Konrad Adenauer zu Wort kommen zu lassen:

„Europa soll nicht gleichgeschaltet werden. Sein größter Reiz und Reichtum liegt in der Mannigfaltigkeit. Das Gemeinsame in der Mannigfaltigkeit herauszuarbeiten, das Verschiedene zu einer Einheit zu verbinden, das ist die Aufgabe. Das ist ja gerade das Gesunde an einem richtig verstandenen Föderalismus, dass es weiter Franzosen, Italiener, Deutsche, Holländer, Belgier und Luxemburger geben wird in der größeren europäischen Heimat. Hier entsteht etwas Neues, ohne dass das Alte vernichtet wird. Das Nationale bleibt, nur ist es nicht mehr das Letzte und das Höchste“.

Es ist deshalb von höchster und herausragender Bedeutung, dass in dem zur Ratifizierung anstehenden Verfassungsvertragsentwurf die Charta der Grundrechte der Union als Bestandteil des Vertrags in Teil II integriert wurde. Erst dadurch erhält der Vertragsentwurf einen verfassungsrechtlichen Charakter. Ohne Übertreibung kann behauptet werden, dass dieser Grundrechtskatalog der umfassendste und modernste in der neuzeitlichen Verfassungsgebung ist. Er ist ausführlicher als der der meisten Verfassungen und moderner als derjenige des Europarats. In 53 Artikeln werden die Grundrechte der europäischen Bürger definiert. Ihnen vorangestellt ist eine Präambel, in der es in Bezug auf die Grundwerte unter anderem heißt:

„Die Union trägt zur Erhaltung und zur Entwicklung dieser gemeinsamen Werte unter Achtung der Vielfalt der Kulturen und Traditionen der Völker Europas sowie der nationalen Identität der Mitgliedstaaten und der Organisation ihrer staatlichen Gewalt auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene bei“.

Allerdings müssen wir hinzufügen, dass bei der Präambel zur Verfassung ein Streit um den Gottesbezug und das religiöse und christliche Erbe Europas entfacht ist. Es war nicht möglich – wie es mehrere Länder und ein Großteil der Mitglieder des europäischen Konvents vorschlugen – sich auf die Formulierung „christliches und sittliches Erbe“ zu einigen. Vor allem die französischen Vertreter eines laizistischen Staates legten gegen das Wort religiös oder christlich ihr Veto ein. Man einigte sich schließlich darauf, von einem „patrimoine spirituel et moral“ zu sprechen. Immerhin wurde den Deutschen in der deutschen Übersetzung die Formulierung erlaubt: „In dem Bewusstsein ihres geistig-religiösen und sittlichen Erbes“. Die leidenschaftliche, über Tage hin geführte Diskussion erinnerte gelegentlich an Religionsgespräche im älteren Europa oder an die Querelen zwischen Ost- und Westkirche um das Filioque. Sie zeigte, dass die Verfechter einer *Invocatio Dei* im gegenwärtigen Europa über keine Mehrheit verfügen, dass jedoch auch die Vertreter laizistischer Positionen isoliert sind und sich allenfalls auf Argumente der Tradition und Pietät berufen können.

Immerhin wurde folgender Passus, der zu einem Konsens geführt hatte, in die Präambel des Verfassungsvertrags eingefügt: „Schöpfend aus den kulturellen, religiösen und humanistischen Überlieferungen Europas, deren Werte in seinem Erbe weiter lebendig sind und die zentrale Stellung des Menschen und die Vorstellung von der Unverletzlichkeit und Unveräußerlichkeit seiner Rechte sowie vom Vorrang des Rechts in der Gesellschaft verankert haben.“

Wie dem auch sei, in ihrer Stellungnahme zur Wahl des Europäischen Parlaments vom 10. Mai 2004 sehen schon die katholischen Bischöfe in der Grundrechtecharta ein Instrument zur Verwirklichung der christlichen Werte. Sie schreiben:

„Als Christen können wir aus dem Evangelium und aus dem reichen Erbe der kirchlichen Soziallehre Kriterien ableiten [...], aus denen sich folgende Themen ergeben.“ Es folgt eine 12 Punkte-Aufzählung, die sich wie folgt resümieren lässt:

Sie beinhaltet den Respekt des menschlichen Lebens in allen Entwicklungsstufen, den Schutz der Schöpfung durch Vermeidung von Umweltverschmutzung, die Unterstützung der Familie als wichtigste Quelle der Sicherheit, Stabilität, Gesundheit, Erziehung und des Wohlergehens, als die Grundeinheit der Gesellschaft; dann weiter die Sicherung des Friedens in Freiheit durch Förderung von friedlichen Lösungen von Konflikten und die Wahrung internationaler Rechte sowie schließlich die Gestaltung von sozialer Gerechtigkeit durch eine Entwicklungs- und Handelspolitik, die im Dienst der ärmsten Menschen in der Welt steht.

Heute müssen wir uns fragen, was es für die Europäische Union bedeutet, dass sie die privilegierte Erbin der christlichen Tradition ist. In ihrer Veröffentlichung vom 9. Mai 2005 über „Das Werden der Europäischen Union und die Verantwortung der Katholiken“ hat die Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaften (COMECE) folgende Fragen gestellt:

„Wie können wir von einem Europa sprechen, das nicht nur in seinen Quellen und Wurzeln ‚christlich‘ ist, sondern es auch in seinem Projekt und seinen Zielen wäre? Mit anderen Worten: Wie können die Katholiken in ihrer Eigenschaft als Bürger der EU sich als echte Jünger Christi erweisen und sich bemühen, die Bergpredigt in die Praxis umzusetzen?“

Die christliche Tradition gehört nicht einfach der Vergangenheit an. Sie lässt sich nicht auf ein Erbe an historischer Erfahrung und politisch-sozialem Wissen reduzieren. In diesem Zusammenhang muss darauf hingewiesen werden, dass die katholischen Gemeinschaften in Europa, unter Respektierung der Kompetenzen jeder einzelnen Institution, auf vielerlei Weise zum kulturellen und geistigen Leben der Union beitragen.

Zu Recht rufen die europäischen Bischöfe in einer Presseerklärung vom 5. Mai 2006, nach den Schwierigkeiten des Ratifizierungsverfahrens des EU-Verfassungsungsvertrags, zu neuen Anstrengungen auf, um die Debatte über die Zukunft Europas zu beleben. In ihrer Stellungnahme führen sie aus, dass die EU den Menschen und seine unantastbare Würde in das Zentrum ihrer Anstrengungen zum Aufbau einer gerechten Welt stellen muss. Darüber hinaus stellen sie die Notwendigkeit fest, dass dem christlichen Glauben und den ethischen Überzeugungen vieler Menschen in Europa – unter entsprechender Berücksichtigung anderer Überzeugungen – stärker Rechnung getragen werden muss.

Der Reichtum der christlichen Tradition liegt nicht zuletzt in einer Soziallehre und in einer Erfahrung, die der ganzen Gesellschaft nützlich sein können. Wir müssen uns fragen, in welchen Punkten die Prinzipien der kirchlichen Soziallehre und die gegenwärtige Ausrichtung der EU konvergieren. Diese Lehre kann durchaus auch das Engagement von Bürgern stimulieren, die sich zwar als Erben einer vom Christentum geprägten europäischen Geschichte verstehen, sich aber nicht ausdrücklich zum christlichen Glauben bekennen.

Wenn wir uns heute in einer Reflexionspause, einer Denkpause über die Zukunftsgestaltung Europas befinden, müssten wir am Ende dieser Überlegungen entsprechende Antworten auf folgende Leitfragen geben können:

- Wodurch wird Europa geistig zusammengehalten?
- Worauf beruht ein politisch wirksames Zusammengehörigkeitsgefühl?
- Welches sind die geistigen Kräfte, die beides, Zukunfts- und Herkunftsorientierung, miteinander verknüpfen können?

Es reicht wohl nicht aus, dass sich Europa nur geographisch definiert, da es in seiner Geschichte vor allem als politischer und kultureller Kosmos in Erscheinung trat. Aber man sollte sich schon dessen bewusst sein, worauf Christina Weiß aufmerksam gemacht hat:

„Nur die Kultur prägt jenes eherne Konzept, das aus Europa mehr macht als ein Territorium, ein Nationengemisch oder eine Anhäufung konkurrierender Staaten. Sie erst gab und gibt den künstlerischen, religiösen, politischen und wohl auch ökonomischen Visionen Europas jene Kraft, aus der der Traum einer europäischen Einigung immer wieder neu gedieh.“

Und ist diese Kraft nicht jene, die auch die Gründungsväter und besonders Robert Schuman inspiriert und beseelt haben? ■

Wege und Abwege politischer Korrektheit

Panel I

Moderator: Roman Graczyk

*Podium: Christoph Böhr
Jarosław Gowin
Maria Martens
Jan Tombiński*

Mit dem Titel „Wege und Abwege politischer Korrektheit“ wird suggeriert, dass es in der politischen Korrektheit etwas gibt, das wir akzeptieren und etwas, das wir ablehnen. In einer kurzen Einführung stelle ich zunächst den Begriff der politischen Korrektheit, seinen Ursprung sowie seine Entwicklung vor. In einem zweiten Schritt spreche ich von der Überparteilichkeit dieses Begriffs. Drittens versuche ich, den Zusammenhang zwischen dem Thema der Konferenz und der politischen Korrektheit herzustellen.

1. Politische Korrektheit, eigentlich ‚political correctness‘, ist ein amerikanischer Begriff, der auf die 50er Jahre zurückgeht. Damals ging es darum, gesellschaftliche Gruppen nicht mit Hilfe von Begriffen zu bezeichnen,

die sie diskriminierten, marginalisierten oder auch demütigten. Man hat damals entschieden, beispielsweise nicht von Negern, sondern von Farbigen, nicht von Schwulen, sondern von Homosexuellen zu sprechen. Geistig oder körperlich Behinderte sollten nicht mehr Krüppel genannt werden. [...] Zu Beginn ging es um die Ausdrucksweise und nicht unbedingt um eine politische Aktivität. Die sprachlichen Veränderungen waren eher gemäßigt denn radikal.

Die Dinge haben sich jedoch in beiderlei Hinsicht weiterentwickelt. Die vor einigen Jahren berühmte Kandidatur des Herrn Buttiglione hätte in Zeiten der alten politischen Korrektheit sicherlich eine große Kritikwelle seiner öffentlichen Aussagen ausgelöst, jedoch keine politischen Folgen gehabt. Die Kontroverse, wie sie sich 2004 tatsächlich abgespielt hat, nahm jedoch einen anderen Verlauf. Man hat Herrn Buttiglione grundlegend kritisiert und ihn unter Druck gesetzt, auf seine Kandidatur zu verzichten.

Auch in Bezug auf die sprachliche Dimension haben sich die Dinge weiterentwickelt. Von Schwulen ist man zu Homosexuellen, von Homosexuellen zu ‚Gay‘ übergegangen, und nun hört man gelegentlich die Bezeichnung ‚Andersliebende‘. [...] Bewegen wir uns in dieser Denkweise konsequent weiter, dann gibt es bald keinen Lügner mehr, sondern einen, der ‚die Wahrheit anders versteht‘, dann gibt es keinen Dieb mehr, sondern einen, der ‚anders ehrlich‘ ist. Diese Vorstellung hat etwas von George Orwells Wahrheitsministerium, das in Wahrheit ein Propagandaministerium ist.

Mir scheint, dass wir es mittlerweile mit einer Abweichung, einer Deviation der politischen Korrektheit zu tun haben, die Anlass zur Sorge gibt. Und das möchte ich zum ersten Gegenstand unserer Diskussion machen.

2. Wenn wir von politischer Korrektheit sprechen, ist dies meist negativ besetzt. Wir meinen es meistens im Sinne eines Vorwurfs, der an jemand

anderen gerichtet ist. Jemand anderes ist politisch korrekt: Die Liberalen, die Franzosen etc. Selten richten wir diesen Vorwurf an uns selbst. Wir überprüfen nicht, ob nicht auch wir politisch korrekt sind. Mein Eindruck ist jedoch, dass die politische Korrektheit nicht für ein bestimmtes politisches Lager kennzeichnend ist. Man sagt für gewöhnlich, dass die Linke politisch korrekt sei und die Rechte nicht, was historisch vielleicht auch zutreffen mag. Ich würde jedoch meinen, dass die politische Korrektheit tiefere Wurzeln hat und aus der menschlichen Neigung hervorgeht, leichte, gesellschaftlich akzeptierte, selbstverständliche und sichere Dinge zu sagen. Wäre nicht ein anderes Wort für politische Korrektheit ganz einfach Konformität?

3. Welcher Zusammenhang besteht nun zwischen der politischen Korrektheit und den zivilisatorischen Herausforderungen Europas? Zweifellos verliert Europa seinen Geist. Immer stärker dominiert das Haben über das Sein. Und dieser Verlust hat seine Konsequenzen. Wenn wir uns die Themen der diesjährigen Konferenz anschauen, stellen wir fest, dass es ein allgemeines Problem zu geben scheint. Die EU ist in eine Sackgasse geraten. Ich denke, dass es zwischen der Sackgasse und dem Verlust der Werte einen Zusammenhang gibt, dass sich die Probleme Europas etwas leichter lösen ließen, wenn es weniger politische Korrektheit und mehr Ehrlichkeit, Offenheit und Mut in der Debatte gäbe. Unsere Diskussion möchte ich auch in diese Richtung führen.

Meine erste Frage an alle Diskussionsteilnehmer: Auch wenn wir damit einverstanden sind, dass die politische Korrektheit einen notwendigen Teil unseres kulturellen, politischen und öffentlichen Lebens darstellt, so müssen wir auch erkennen, dass sie ab einem gewissen Grad zu einer Last wird. Bis wann ist sie gut, notwendig und angemessen? Und ab wann wird sie zur Last? Wie könnte man diesen Übergang bezeichnen?

Maria Martens

Als Politiker brauchen wir Höflichkeit, eine Ausdrucksweise, die für unsere Bürger nicht beleidigend ist. Wenn wir uns an Behinderte, Schwarze oder Homosexuelle wenden, ist es wichtig, die richtigen Worte zu finden. Als Politiker müssen wir wissen, auf welche Art und Weise wir uns ausdrücken und an wen wir uns wenden. Es muss klar sein, was wir mit dem Gesagten zum Ausdruck geben. [...] Es handelt sich hier um eine wichtige Form der politischen Korrektheit.

Als die ‚political correctness‘ in den Niederlanden aufgetaucht ist, wurde der Begriff jedoch auch für andere Situationen verwendet. In den Niederlanden ist es beispielsweise politisch nicht korrekt, in der Öffentlichkeit über religiöse Inhalte zu sprechen. Die Menschen wollen das nicht hören. Wenn ich als Katholikin meine Meinung kundtue, dann hat das natürlich eine gewisse religiöse Färbung. So etwas gilt allerdings als politisch inkorrekt und wird von vornherein als etwas Negatives, Moralisierendes abgelehnt. Religion wird tabuisiert. Und über Tabus zu sprechen, gilt wiederum als politisch inkorrekt.

Die Politiker stellt dies vor ein Dilemma. Wenn wir ehrlich sein wollen, sollten wir das sagen, was wir tatsächlich denken und erreichen wollen. Vertreten wir jedoch unsere Überzeugungen in der Öffentlichkeit, werden wir angegriffen. Solche Intoleranz ist eine Gefahr für die Demokratie. Wie sollen wir mit einer solchen politischen Korrektheit umgehen? Sollen wir es den Journalisten, der Bevölkerung Recht machen? Wenn wir in uns gehen, dann wissen wir ganz klar, was wir erreichen wollen, wann wir im Interesse der Partei und wann wir im Sinne allgemeiner politischer Interessen handeln. Wir stecken in einem Dilemma. Das Dilemma verschärft sich insbesondere im Vorfeld von Wahlen. In diesen Zeiten muss man sehr vorsichtig sein, auf seine Wortwahl achten, und das, was man sagen will, zur rechten Zeit und mit einem hohen Maß an Intelligenz vermitteln.

Was verstehe ich also unter politischer Korrektheit? Meiner Meinung nach ist es wichtig, seinem Gesprächspartner gegenüber höflich zu sein. Man muss

aber auch den Mut haben, nicht nur die Dinge zu sagen, die von einem erwartet werden.

Christoph Böhr

Der Begriff der politischen Korrektheit hat ein doppeltes Gesicht. Das lässt sich bereits an den Ursprüngen dieses Begriffs erkennen. Politische Korrektheit hat ursprünglich bedeutet, dass bestimmte Grundüberzeugungen, die es im freiheitlichen demokratischen Verfassungsstaat gibt, nicht in Frage gestellt werden dürfen, wenn nicht der gesamte freiheitliche Verfassungsstaat in Frage gestellt werden soll. Dazu gehört vor allem der Satz, dass der Mensch eine unantastbare Würde hat.

In der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts hat der Begriff nach den Erfahrungen mit dem Totalitarismus eine Art Renaissance erlebt. Man kann sagen, dass die politische Korrektheit ein Kind der Demokratietheorie ist. Im freiheitlichen Verfassungsstaat wurde der Satz, dass jeder Mensch eine unantastbare Würde hat, zu Recht zu einer Art Tabu erklärt. In einem freiheitlichen Verfassungsstaat muss er ganz selbstverständlich gelten. Und diejenigen, die ihn in Frage stellen, stellen den gesamten Verfassungsstaat in Frage und müssen sich dafür rechtfertigen, dass sie dieses Fundament des Verfassungsstaates in Zweifel ziehen.

Was war politische Korrektheit zu Beginn? Eine demokratische Tabuisierung einer Grundüberzeugung. Eine sinnvolle Tabuisierung, weil es in einer Demokratie keinen Sinn macht, jeden Tag neu zu begründen, warum die Würde des Menschen unantastbar ist. In gewisser Hinsicht wurde damit die Verbindlichkeit dieser Grundsatzüberzeugung anerkannt.

In den sechziger Jahren gab es jedoch einen Bruch in dieser Entwicklung, als von vielen festgestellt wurde, dass die Tabuisierung einer Grundüberzeugung helfen kann, bestimmte Interessen in der Gesellschaft durchzusetzen. Viele Gruppen, zunächst insbesondere in den Vereinigten Staaten und erst später in Europa,

griffen diesen Grundgedanken auf. Sie erkannten, dass politische Korrektheit eine ungeheure Wirkung hat, weil ein moralisches Argument dazu benutzt wird, eine bestimmte politische Forderung durchzusetzen. So funktionierte es letztlich schon von Anfang an. Der Satz, dass die Würde eines Menschen unantastbar ist, ist ein moralischer Satz. Um ihn politisch durchzusetzen, bedient man sich dieses moralischen Arguments. Seit dieser Wirkungsmechanismus entdeckt wurde, beobachten wir, dass alle möglichen Gruppen, insbesondere Minderheiten in den westlichen Gesellschaften, versuchen, sich dieser Wirkung zu bedienen.

Der Fall Buttiglione ist ein exemplarischer Fall für die Wirkung politischer Korrektheit. Im Falle Buttigliones ging es überhaupt nicht um moralische Fragen. Scheinbar moralische Fragen wurden dazu genutzt, politische Interessen durchzusetzen. Und das ganz unnachgiebig. Doch warum folgen unsere Gesellschaften diesen Argumenten? Wenn es nur um scheinbar moralische Fragen geht, dürfte die Wirkung eines Scheinarguments so durchschlagend nicht sein.

Und nun kommen wir zu einem Punkt, der uns sehr zu denken geben muss und den wir in unseren Gesellschaften bis heute überhaupt nicht gelöst haben: Politische Korrektheit kann deswegen eine so große Wirkung entfalten, weil sie als eine Art Scheinmoral, als eine Art Ersatzmoral das Bedürfnis freiheitlicher Gesellschaften nach moralischer Argumentation bedient. Und zwar auf eine sehr viel bequemere Weise, als eine tatsächliche Moral das tut.

Eine wirkliche Moral tritt immer mit dem Anspruch einer letzten Verbindlichkeit auf. Sie ist sehr viel unbequemer. Die Verbindlichkeit der Scheinmoral, der ‚political correctness‘, hingegen, ist keine letzte Verbindlichkeit. Es ist nur eine vorletzte, eine scheinbare Verbindlichkeit. In den westlichen Gesellschaften wird der Verstoß gegen sie durch öffentliche Aufmerksamkeit gelegentlich sogar belohnt. Politische Korrektheit bedarf der Voraussetzung einer Mediengesellschaft. Nur die Vernetzung einer Mediengesellschaft führt dazu, dass politische Korrektheit diese Wirkung entfalten kann, dass sie diese Wirkung für inzwischen nahezu beliebige Themen entfalten kann, dass sie eine Rangordnung der

Werte auf den Kopf stellt.

In Deutschland ist es beispielsweise moralisch, scheinbar moralisch, sehr viel wichtiger, dass man sich ökologisch vernünftig verhält, als dass man für den Schutz des ungeborenen Lebens eintritt. Wer den Müll nicht richtig sortiert, macht sich in der Öffentlichkeit eines sehr viel größeren Vergehens schuldig als derjenige, der gelernt hat, mit der Abtreibung zu leben oder zu leugnen, dass es sie überhaupt gibt. Und so verkehrt die politische Korrektheit die wirkliche natürliche moralische Rangordnung in geradezu ihr Gegenteil.

Die Wirkung politischer Korrektheit basiert also darauf, dass freiheitliche Gesellschaften, die natürlich auch einen hohen Bedarf an moralischer Argumentation, an Orientierungswissen haben, lieber einen bequemeren Weg gehen, sich also nicht an der echten Moral, die mit letzter Verbindlichkeit ihre Forderungen stellt, orientieren, sondern an einer scheinbaren Moral, die nur mit vorletzter Verbindlichkeit argumentiert, die etwas offener und weniger anspruchsvoll ist.

Langer Rede kurzer Sinn: Ich glaube, dass die Diskussion über politische Korrektheit am Ende zu der Frage führt, was uns in den westlichen freiheitlichen Gesellschaften wirklich wichtig ist. Diese Moralillusion, die uns die politische Korrektheit bietet, können wir nur durchbrechen, wenn wir zum Kern zurückkehren: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Ich denke nicht, dass die freiheitlichen Gesellschaften mit dieser Pseudomoral langfristig überleben können.

Jan Tombiński

Danke für die Gelegenheit, hier einige Spezifika der französischen Politik vorstellen zu dürfen, auch wenn ich bloß ein falscher Vertreter der französischen Seite hier am Tisch bin. Ich bemühe mich aber um eine angemessene Dosis an Unparteilichkeit.

In meiner Analyse will ich argumentieren, dass die Sprache nicht nur ein Instru-

ment zur Beschreibung der Realität, sondern auch ein Instrument zur Beeinflussung unseres Bewusstseins ist. Die Sprache ist ein Werkzeug der Machtausübung, weil sie nicht nur die Präsentation der eigenen Anschauungen ermöglicht, sondern über Sprache auch Akzeptanz und politische Gefolgschaft erreicht werden können. Wahlen werden mit Hilfe der Sprache gewonnen. Das Ziel der Wahlkampagnen ist, seine Anschauungen vorzustellen und zu überzeugen, also im Endeffekt die Präferenzen der Wähler zu beeinflussen.

In Frankreich gibt es das politische Sprichwort: „Wer nicht gut reden kann, der kann auch nicht gut regieren“. Die Sprache und die Darstellungsweise der Realität gelten als der grundlegende Maßstab für die Entscheidung darüber, ob eine Person sich für die Ausübung einer öffentlichen Tätigkeit eignet oder nicht. Frankreich ist ein Land andauernder Debatte, in der es natürlich eine Menge Tabus und schwieriger Themen gibt. Doch ist zugleich nichts für ewig festgelegt, man sagt auch: „in Marmor eingraviert“. Alles steht zur öffentlichen Disposition.

Die politische Wirkung der Sprache wurde im 20. Jahrhundert wohl am besten durch die Worte Victor Klemperers *Lingua Tertii Imperii* [Sprache des Dritten Reiches, Anm. d. Red.] beschrieben, der in seiner Abhandlung davon spricht, wie Sprache Bewusstsein und Verhalten beeinflussen und zur Erlangung politischer Akzeptanz eingesetzt werden kann. Im gegenwärtigen Frankreich sprechen viele Analytiker von einer *Lingua Quintae Republicae* also einer Sprache der Fünften Republik, deren Ziel es ist, den Bedeutungsgehalt und die Konnotationen bestimmter Begriffe zu verändern. Als Standardbeispiel gilt in Frankreich das Wort ‚Streik‘, das seit einiger Zeit aus der öffentlichen Debatte verschwunden ist. Als die Bevölkerung die zahlreichen Streiks satt hatte, führten die Gewerkschaften die Formulierung der ‚Arbeitermobilisierung‘ ein. Man rief nicht mehr zum Streik auf, sondern zur Arbeitermobilisierung, um keine negativen Konnotationen bei denjenigen hervorzurufen, die von diesen Streiks betroffen waren. Das Ziel bestand natürlich darin, eine größere Akzeptanz für die eigenen Aktivitäten zu erlangen.

Wie wir jedoch wissen, ist Sprache ein sehr lebendiges Werkzeug. Wir gewöhnen uns an die semantischen Veränderungen: Nach kurzer Zeit assoziieren wir mit dem neuen Begriff wieder den alten Inhalt. Die politische Korrektheit ist also sehr kurzlebig. In dem Moment, wo entlarvt wird, dass ein Begriff zur Manipulation eingesetzt wird, hört sie auf, ihre Wirkung zu haben.

In der Aussage von Herrn Oreja ist vorhin die Bemerkung gefallen, dass wir heute zu Sklaven der Tyrannei aggressiver Minderheiten werden. In Frankreich finden wir sehr gute Beispiele für den Einfluss, den die Sprache auf das kollektive Bewusstsein ausüben kann. Seit einigen Monaten wird dort eine große Debatte darüber geführt, wie man über den Kolonialismus sprechen soll. Diese Debatte fing mit einer für viele europäische Gesellschaften charakteristischen Tendenz an, Entscheidungen mit Hilfe des Rechts zu fällen. In einem Gesetz vom Februar 2005 schrieb man nieder, dass Schulen von nun an verpflichtet seien, die positiven Aspekte der französischen Präsenz in den ehemaligen Kolonien hervorzuheben. Das führte zu einem sofortigen Aufruhr nicht nur in den ehemaligen Kolonien, die augenblicklich mit einer Auflistung des Leidens reagierten, das ihnen aufgrund der französischen Kolonialisierung widerfahren ist. Auch soziale Gruppen in Frankreich, die eine teilweise sehr starke Position in der Gesellschaft inne haben, fingen an, die gesamte Geschichte Frankreichs in Frage zu stellen, indem sie alte Begriffe mit Hilfe heutiger Kategorien umzudeuten versuchten. Damit setzten sie sich aber über die Chronologie der Geschichte hinweg. Die heutigen Menschenrechte kann man nicht als Maßstab für Ereignisse heranziehen, die vor dreihundert, vierhundert Jahren stattgefunden haben, weil die damalige Zivilisation, die damalige Gesellschaft, keine Menschenrechte kannte.

Wir haben es bei diesen sprachlichen Manipulationsversuchen also mit zwei Aspekten zu tun. Einerseits werden die Sprache und das Bewusstsein der Gegenwart manipuliert. Andererseits wird versucht, die Geschichte, das Fundament der Identität, zu beeinflussen, indem gegenwärtige Maßstäbe an historische Ereignisse angelegt und diese aus heutiger Perspektive umgedeutet werden. Politische Korrektheit hat also zwangsläufig einen Einfluss auf unsere Wahr-

nehmungen, doch wir können ihre Wirkung bekämpfen, wenn wir ihre Manipulationsversuche so schnell wir möglich entlarven.

Jaroslav Gowin

Das Problem der politischen Korrektheit möchte ich aus der Perspektive bestimmter weltanschaulicher Strömungen beleuchten. Ich will versuchen, aufzuzeigen, dass die politische Korrektheit in ihrer gegenwärtigen Variante sich per definitionem mit dem Christentum konfrontieren muss bzw. umgekehrt: Wir müssen die Konfrontation mit ihr suchen, ihr Widerstand leisten.

„Political correctness“ ist das Ergebnis einer spezifischen Verbindung dreier Prinzipien, die das Denken des gegenwärtigen westlichen Menschen prägen. Das erste dieser Prinzipien ist der Egalitarismus, d.h. die Überzeugung von der Gleichheit aller Menschen. Das zweite Prinzip ist der Relativismus, also der Glaube, dass alle Werte und Wahrheiten relativ sind. Das dritte Prinzip ist der Säkularismus, also die Überzeugung, dass die Religion entweder gänzlich verschwinden und durch eine rationalistische bzw. wissenschaftliche Denkweise ersetzt werden, oder sich ins Privatleben zurückziehen sollte, weil sie ein Eindringling im öffentlichen Leben ist.

Wie treffen diese drei Prinzipien nun in dem Phänomen der politischen Korrektheit zusammen?

Der Egalitarismus hat sehr tief greifende, stoische, vor allem aber christliche Wurzeln. Sein Ursprung liegt im christlichen Prinzip der Menschenwürde. In seiner gegenwärtigen Variante geht der Egalitarismus jedoch mit einer sehr starken These einher, die verkündet, dass die Geschichte der Menschheit bis zur zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine Geschichte der Unterdrückung, eine Geschichte der Diskriminierung aufgrund der Rasse, des Geschlechts und der Weltanschauung war.

Eine so verstandene Egalitarismusthese verbindet sich nun mit dem Relativis-

mus, einem Relativismus, der wiederum verkündet, dass die Quelle der Unterdrückung in dem Glauben an objektive Werte, allem voran im religiösen Glauben begründet liegt. Aus dieser Sicht ist der Anspruch auf Objektivität, Wahrheit und Moral Quelle der Diskriminierung derer, die diese Wahrheiten und Werte nicht teilen.

An diese zwei Thesen knüpft schließlich das Prinzip des Säkularismus an. Wenn die gesamte Menschheitsgeschichte eine Geschichte der Unterdrückung ist, diese Unterdrückung daher rührt, dass Menschen, die an bestimmte Werte und Wahrheiten glauben, versuchen, diese anderen aufzudrängen, es sich bei diesen Menschen um gläubige Menschen handelt, dann ist die Quelle der Unterdrückung in der Religion, insbesondere in der Institution der Katholischen Kirche, zu suchen.

Was ich hier ausführe, ist eine enorme Vereinfachung der historischen Realität. In dieser Vereinfachung lässt sich die politische Korrektheit aber als eine Ideologie herausarbeiten, die das edle Ziel verfolgt, allen Gruppen und Individuen gleiche Rechte zu gewähren. Diese Ideologie hat allerdings eine anti-religiöse Wendung genommen. Politische Korrektheit in ihrer heutigen Variante stellt den Versuch dar, gläubigen Menschen den Mund zu verbieten. Unter dem Vorwand der Offenheit und des Pluralismus wird im Wesentlichen der Versuch unternommen, eine der gesellschaftlichen Minderheiten aus der öffentlichen Debatte zu verdrängen. Im heutigen Europa sind das die Christen.

Wie sollen wir als Christen nun mit politischer Korrektheit umgehen?

[...] Politische Korrektheit sollte für religiöse Menschen eine Warnung vor zwei Arten von Gefahren sein. Eine Gefahr besteht auf Seiten der Religion, im Fanatismus und Fundamentalismus, vor denen wir uns wirklich in Acht nehmen sollten. Die andere steckt hingegen in einem falschen Konformismus bzw. Opportunismus mit den anti-religiösen Kräften der heutigen Welt.

Wo liegt nun die Grenze zwischen der alten politischen Korrektheit, die darin

bestand, anderen Menschen Höflichkeit und Achtung entgegenzubringen, und der heutigen, ideologisierten, radikalen Version?

Eine einfache Grenze, ein einfaches Rezept, kann ich nicht aufzeigen. Ich bin der Überzeugung, dass wir den traditionellen Wegweisern vertrauen müssen, die uns die Regeln des guten Geschmacks, der guten Erziehung, der Toleranz und allem voran der Achtung der Würde eines jeden Menschen, unabhängig von seinem Geschlecht, seiner Hautfarbe oder seiner Weltanschauung vorgeben. Wenn wir uns an diese Regeln halten, benötigen wir keine politische Korrektheit.

Roman Graczyk

Herr Gowin führte aus, dass politische Korrektheit im Wesentlichen das Ziel verfolgt, der Minderheit, die die Christen in der heutigen Welt ausmachen, den Mund zu verbieten. Geht diese Diagnose nicht zu weit? Ist diese Wortwahl angemessen oder eher Ausdruck einer gewissen Hysterie? In diesem Zusammenhang möchte ich den fehlenden Verweis auf das christliche Erbe Europas in der Präambel der europäischen Verfassung ansprechen. [...] Als Valéry Giscard D'Estaing sagte, dass es keine Notwendigkeit solcher Formulierungen in der europäischen Verfassung gäbe, da die europäischen Gesellschaften sowie die EU laizistische Organismen seien, hat das in Polen große Empörung hervorgerufen. Der moderne Nationalstaat ist aber de facto ein laizistisches Konzept. Selbst die Kirche hat sich für eine Trennung von Staat und Kirche ausgesprochen. Meine These lautet also, dass die Christen den Verweis auf den Beitrag des Christentums zur europäischen Geschichte zwar zu Recht einfordern, jedoch zu Unrecht in Hysterie verfallen und zu Unrecht Menschen wie Giscard D'Estaing als persönliche Feinde Gottes ansehen.

Maria Martens

Der Verlauf der Verfassungsdebatte, insbesondere die Kontroverse um den Gottesbezug und den Verweis auf das christliche Erbe Europas haben mich sehr überrascht. [...] Aus meiner Sicht hatten wir zu klären, welche Tradition

welchen Beitrag für das heutige Antlitz Europas geleistet hat. Und niemand kann leugnen, dass das Christentum hier einen enormen Beitrag geleistet hat. So wie die Griechen uns die Demokratie gaben, die Römer die Grundlagen für unsere gesellschaftlichen Strukturen legten, brachte das Christentum sein Verständnis von Nächstenliebe und Gerechtigkeit ein. Das sind wichtige Prinzipien, die für das Verständnis Europas unabdingbar sind. Warum sollten wir sie negieren? [...]

In den Niederlanden rief die Debatte jedoch eine große Unruhe hervor. Vieles von dem, was gesagt wurde, deutete auf eine Art Allergie gegen Religion hin. Aus meiner Sicht wurde in der Debatte gegen den Pluralismus verstoßen. In vielen der Aussagen kam Intoleranz zum Ausdruck. Wenn wir jedoch in Frieden leben wollen, dann müssen wir unsere Heterogenität achten. Menschen werden nie alle an das Gleiche glauben. Für eine stabile Gesellschaft müssen wir die Meinung anderer akzeptieren, zugleich aber auch über die Grenzen dieser Akzeptanz sprechen. Damit kommen wir letztlich wieder zu der Frage nach den Grundwerten. [...] Wenn wir unsere Werte nicht diskutieren, schaffen wir keine Lösung für den Umgang mit unserer Heterogenität. Wir müssen daher über unsere Werte diskutieren und dafür sorgen, dass diese Werte zu den Grundlagen der EU werden. Und wir müssen ehrlich aufzeigen, wo die Intoleranz beginnt, wo die Selektivität beginnt. Denn die gegenwärtige Intoleranz ist sehr selektiv.

Christoph Böhr

Ich glaube, dass die Diskussion über die Formulierungen in der Verfassung nicht als politische Korrektheit aufzufassen ist. Hier geht es um andere Dinge. Die Länder haben jeweils andere Traditionen, in denen die Trennung von Religion und Gesellschaft jeweils andere Züge angenommen hat. Natürlich gibt es auch Versuche, mit Hilfe dieser Kontroverse eigene politische Interessen durchzusetzen. Ich möchte jedoch an eine Beobachtung von Frau Martens anknüpfen. Sie sagte an einer Stelle, dass es in Europa eine weit verbreitete Allergie gegenüber nicht nur christlichem, sondern religiösem Denken gibt. Und die Frage ist, was

die Gründe für diese Allergie sind, die wir meiner Meinung nach in allen europäischen Ländern in unterschiedlichen Ausprägungen vorfinden können? [...]

Ich glaube, dass ein Grund für diese Allergie darin liegt, dass vielen Menschen heute unwohl ist, wenn sie sich vor Augen führen, dass es da andere Menschen gibt, die mit ihren religiösen Überzeugungen in einer Welt, in der alles bedingt und mehr oder weniger unverbindlich ist, plötzlich eine letzte Verbindlichkeit haben, plötzlich das Unbedingte anerkennen. Man kann zum Unbedingten stehen wie man will – man kann es ablehnen, man kann es annehmen –, es erzwingt jedoch immer eine Entscheidung. Und viele sind ängstlich geworden, diese Entscheidung zu treffen, sowohl für sich ganz privat, als auch im öffentlichen Leben. Daher meine ich, dass diese Allergie Folge einer in Europa heute aller Orten völlig ungeklärten Frage ist, nämlich der Frage danach, welche Rolle Religion, also der Rekurs auf das Unbedingte, im politischen Leben spielt, das sich eigentlich mit Fragen der Bedingtheit auseinandersetzt.

Es gibt heute keine europäischen Antworten auf diese Frage. Es gibt sogar eine ausgesprochene Scheu, diese Frage zu diskutieren. Und unsere ganze Verunsicherung gegenüber anderen Kulturen, die eine andere Trennlinie zwischen dem Säkularen und dem Sakralen haben, erwächst unter anderem aus dieser eigenen Verunsicherung bei uns. Wir können mit dieser Frage nicht umgehen. Alle Antwortversuche, die gelegentlich gegeben werden, führen zu Kontroversen. Viele sind besorgt und ängstlich, weil eine Antwort immer damit verbunden ist, Grenzen der Verbindlichkeit zu ziehen, sie aber lieber in einer Welt leben wollen, in der die Grenzen des Verbindlichen verschwimmen.

Nach meiner Überzeugung ist politische Korrektheit der Versuch, in einer Gesellschaft, in der die Grenzen des Verbindlichen verschwimmen, eine Illusion neuer Handlungsorientierungen zu schaffen.

In diesem Zusammenhang möchte ich einen Gedanken vorstellen, der aus den Schriften der zwei Päpste Ratzinger und Wojtyła hervorgeht. Beide berufen sich ausdrücklich auf einen Vernunftbegriff, der von sich behauptet, der glei-

che Begriff von Vernunft im Religiösen wie im Säkularen zu sein. Gemeint ist die eine und gleiche menschliche Vernunft, [...] die Einheit der menschlichen Vernunft, die nicht ihre Maßstäbe wechselt, je nachdem ob sie im religiösen oder im säkularen Bereich zur Geltung gebracht wird. Ich glaube, dass das der Wegweiser ist, dem wir folgen müssen, wenn wir der Frage nachgehen wollen – nachgehen müssen –, warum sich bei vielen Menschen Verunsicherung und eine Art Allergie gegen religiöses Denken breit macht.

Jan Tombiński

Die Diskussion über die Präambel der europäischen Verfassung war eine der interessantesten Debatten im Frankreich der letzten Jahre. Interessant war sie jedoch nicht in erster Linie aufgrund ihres Inhalts, sondern vor allem, weil sie viele Tabus und Bereiche offen legte, die bis dahin keine Berücksichtigung in der öffentlichen Diskussion fanden. [...]

In Frankreich stehen sich bis heute zwei große Weltanschauungen gegenüber. Auf der einen Seite finden wir das weiterhin sehr lebendige, auch wenn zahlenmäßig immer weiter schrumpfende, Christentum. Auf der anderen Seite gibt es eine sehr starke Strömung, die in der Tradition der unvollendeten Französischen Revolution und der Aufklärung steht. [...] Die zweite Weltanschauung, die von einer vollständigen Säkularisierung und einer postchristlichen Gesellschaft träumt, wird von der französischen Massonerie getragen, die in Frankreich, anders als in Polen, keine historische, sondern eine politische Gruppierung ist. [...]

Die Verfassungsdebatte wurde zum Katalysator einer neuen Debatte über den Laizismus in Frankreich. Von den europäischen Ländern ist Frankreich das einzige, das den Laizismus als eine Art Verfassungsnorm kodifiziert hat. Die 25 Mitgliedsstaaten der EU haben sehr unterschiedliche Normen in ihren Verfassungen. Einige berufen sich explizit auf Gott. Andere sprechen von einer Staatsreligion. Das Staatsoberhaupt ist hier zugleich das Kirchenoberhaupt. Wieder andere verzichten völlig auf jedwede Berufung auf Religion. Für die Franzosen ist es häufig schwer nachzuvollziehen, dass es im europäischen Raum

nur zwei Länder gibt, die den Laizismus zur Verfassungsnorm erhoben haben: Frankreich und die Türkei. Sie befinden sich beide in einer ähnlichen Situation, auch wenn sie auf ganz anderen Wegen zu ihrem Laizismus gekommen sind.

Im ursprünglichen, korrekten französischen Verständnis steht Laizismus für die Neutralität der staatlichen Institutionen gegenüber allen Religionen. Die Aufgabe des Staates besteht in diesem Verständnis darin, die Freiheit der Religionsausübung oder der Nichtausübung zu sichern. In der jüngsten Debatte über den Laizismus tauchen jedoch ganz neue Inhalte auf. Wir haben es hier vielleicht nicht so sehr mit politischer Korrektheit zu tun, denn mit einer intellektuellen Aggression, die zum Ziel hat, die bisherige Grenze noch weiter zu verschieben und alles Religiöse aus der öffentlichen Sphäre zu vertreiben.

Die laizistische Strömung ist jedoch nicht die einzige Bewegung in Frankreich. [...] Es gibt auch eine Bewegung, die die Existenz von Religiosität in Frankreich respektiert und würdigt. [...] In Frankreich existiert in vielen Kreisen das Gefühl, dass die Debatte über den Laizismus zu weit gegangen ist. Das französische Episkopat müsste in dieser Debatte seine Stimme ergreifen, ist jedoch leider recht passiv. Von Seiten des französischen Episkopats hat es sehr wenige Signale gegeben, um in der Verfassungsdebatte durchzusetzen, dass die historische und moralische Realität Europas Berücksichtigung findet. Man diskutierte hinter geschlossenen Türen, um keine erneuten Angriffe gegen die Kirche zu provozieren. Die Kirche steht hier unter einem großen Druck der gesellschaftlichen Umwelt, insbesondere des laizistischen Integrismus.

Jarosław Gowin

Wir sind hier alle damit einverstanden, dass die Nichterwähnung des christlichen Erbes in der Präambel der europäischen Verfassung eine Operation darstellt, für die sich auch das Orwellsche Wahrheitsministerium nicht schämen müsste. Doch was verbirgt sich hinter dieser Operation?

Unter anderem lässt sie sich auf eine bestimmte Vorstellung von der Neutralität

des Staates zurückführen. Die Präsenz religiöser Symbole in der Öffentlichkeit wird in diesem Verständnis als Diskriminierung Nichtgläubiger aufgefasst. Meiner Meinung nach handelt es sich hier jedoch um eine große Mystifizierung. Aus der Perspektive des demokratischen Rechtsstaates ist die Forderung nach der Präsenz religiöser Symbolik in der Öffentlichkeit genauso gerechtfertigt wie ihre Ablehnung. Wenn der Staat also auf eine dieser beiden Forderungen eingeht, handelt er nicht mehr neutral, sondern ideologisch. Indem er die Präsenz der Religion in der Öffentlichkeit verbietet, stellt er sich auf die Seite anti-religiöser Ideologie.

Kann man hier denn bereits davon sprechen, dass den Christen der Mund verboten wird? Für die Beantwortung dieser Frage ist der Fall Buttigliones sehr lehrreich. Einerseits haben wir hier ein Beispiel dafür, dass man anfängt, die Christen in Europa zu verfolgen, wie man Jahrhunderte lang die jüdische Minderheit verfolgt hat. Auf der anderen Seite muss man jedoch auch eine gewisse Distanz zu den Ereignissen behalten. Buttiglione erzählte mir von seinem Gespräch mit seiner Frau, bei der er sich nach dem Rückzug seiner Kandidatur beschwert hatte. Sie soll geantwortet haben: „Rocco, niemand will Dir Deinen Kopf abreißen. Was sie wollen, ist, Deinen Allerwertesten von Deinem Stuhl zu trennen“. Das ist das, was uns droht: Dass man versucht, uns von unseren Stühlen zu vertreiben. So banal ist die Sache jedoch nicht. Die Stühle sind wichtig. Sie sind nicht wichtig, weil wir darauf sitzen, sondern weil die Menschen, die darauf sitzen, wichtige Entscheidungen treffen, die über die Gestalt der heutigen und zukünftigen Welt entscheiden.

Die Außerachtlassung des christlichen Erbes in der Verfassung ist somit nicht bloß eine Mystifizierung der Vergangenheit, sondern auch eine Grundlage dafür, die Zukunft Europas ohne den Beitrag des Christentums zu gestalten. Um mit den Worten von Johannes Paul II. zu sprechen, haben wir die Aufgabe, die Areopage der heutigen Welt mit unseren Überzeugungen, mit den Botschaften des Evangeliums zu stürmen. Daher denke ich, dass die christlichen Politiker in Polen, Deutschland und den Niederlanden sich niemals damit einverstanden erklären können, dass die Europäische Verfassung keinen Verweis auf die

christliche Tradition enthält.

Diskussion mit dem Publikum

In der anschließenden Diskussion mit dem Publikum dominierten weitgehend drei Fragen: Ist politische Korrektheit nützlich oder gefährlich, bringt sie die Christen auf neue Wege oder eher auf Abwege? Wie sollen christliche Politiker mit dem Imperativ der politischen Korrektheit umgehen? Besteht ein Widerspruch zwischen Ehrlichkeit und Höflichkeit?

Die Nützlichkeit der politischen Korrektheit versuchte **Krzysztof Bobiński** zu verteidigen:

„Ich möchte mich für die politische Korrektheit aussprechen. Ich denke, dass die politische Korrektheit ein wichtiger Mechanismus zur Begrenzung sprachlicher Aggressionen gegenüber anderen Gruppen, insbesondere neuen Gruppen ist. Ich bin sicher, dass das, was heute noch als politisch korrekt gilt, in einigen Jahren als Ausdruck guten Geschmacks und der Toleranz gelten wird. Ich denke, dass die Christen nicht befürchten sollten, durch die Ausbreitung der politischen Korrektheit eliminiert zu werden.“

Zur Untermauerung seines Arguments verwies er auf Briefe und Kommentare im Internet:

„Es ist schockierend, wie die Menschen hier reagieren. Und sie reagieren so, weil sie anonym bleiben. [...] Im Internet gibt es keine politische Korrektheit. Schaut ins Internet, um zu sehen, was passiert, wenn es keine politische Korrektheit gibt.“

Die Gefahren der politischen Korrektheit betonte hingegen vor allem **Bischof**

Jarecki: „Die politische Korrektheit, wie sie von Frau Martens beschrieben wurde, führt meiner Meinung nach auf dem besten Weg zu einer Verfälschung der Gesellschaft. [...] Die politischen Eliten verzichten in gewisser Weise darauf, ein Konzept für das Ganze zu formulieren. Sie erliegen den gesellschaftlichen Trends, die durch Massenmedien und Lobbyismus manipuliert werden. Eine so verstandene politische Korrektheit fügt der Politik einen Schaden zu. [...] Sie stellt aus meiner Sicht eine große Gefahr für unsere Gesellschaft dar, weil sie zweifellos zu einem Relativismus und sogar einem gesellschaftlichen Zynismus führt. Sie konstruiert eine Pseudo-Demokratie. Sie ist ein Feind einer reifen Demokratie.“

Auf die Frage, wie man mit der politischen Korrektheit umzugehen habe, waren sich die Redner weitgehend einig: Man brauche vor allem den Mut zur Wahrheit. **Michael Gahler** betonte in diesem Zusammenhang, dass sich die christlichen Politiker nicht als Opfer der politischen Korrektheit sehen, sondern zur Gegenoffensive übergehen sollten, da es durchaus möglich sei, auf die Vorgaben der politischen Korrektheit Einfluss zu nehmen. Dafür gab er einige Beispiele aus der bundesdeutschen Politik an:

„In der sozialen Marktwirtschaft galt lange Zeit die Ansicht, dass man den Schwachen der Gesellschaft helfen müsse, weshalb wir den Sozialstaat eingerichtet haben. Plötzlich stellten wir nach Jahren fest, dass es zu enormen Missbräuchen kommt, was politisch jedoch nie offen eingestanden wurde. Das hat sich jedoch mit der Zeit verändert, so dass es heute wiederum politisch nicht korrekt ist, die Missbräuche im Sozialstaat nicht zu thematisieren. [...] Ich bin also der Meinung, dass man die Grenzen der politischen Korrektheit durchaus verschieben und eine mutige Debatte führen kann. Der Großteil der Staats- und Regierungschefs – vielleicht mit Ausnahme Frankreichs und Belgiens – würde es als politisch korrekt ansehen, den Verweis auf das christliche Erbe in der Präambel der Verfassung anzubringen. Wir können also den Spieß umdrehen und behaupten, dass Frankreich sich politisch nicht korrekt verhalten hat. Wir

müssen uns nicht immer in der Opferrolle sehen. [...] Ich denke, dass wir diese Debatten offensiv führen und uns nicht sofort in eine Opfer- oder Minderheitenrolle zurückziehen sollten.“

In diesem Zusammenhang wurde auch die Rolle der Medien und der Kirche kurz angesprochen. Herr Tombiński appellierte an die Medien, ihren Einfluss auf die öffentliche Debatte ethisch zu reflektieren. Ein anderer Redner rief wiederum die Kirche dazu auf, „den Politikern zu sagen, dass Ehrlichkeit das Wichtigste ist“.

Die Bedeutung der Ehrlichkeit stellte auch **Wladyslaw Bartoszewski** ins Zentrum seines Kommentars, betonte jedoch, dass wir neben der Wahrheit auch der Achtung des Anderen verpflichtet sind:

„[...] Ist es denn in jeder Situation angemessen, all das zu sagen, dessen wir uns bewusst sind? [...] Wir sind einerseits der Wahrheit verpflichtet. Andererseits tragen wir aber auch die Verantwortung für die Konsequenzen bestimmter Ausdrücke, Meinungen etc. Diese Verantwortung ist im Falle einer Privatperson im Privatleben eine andere als die eines Politikers oder eines Regierungschefs. [...]

Ich habe lange Zeit in der Außenpolitik gearbeitet. Ich muss Ihnen gestehen, dass ich kein einziges Mal in keiner Situation, vom Iran über Südafrika, über China, Moskau und die Vereinigten Staaten, Mal gelogen habe. Das heißt nicht, dass ich immer und allen all das gesagt habe, was ich über sie dachte. Schließlich verpflichtet niemand niemanden zu einer allgemeinen Beichte. Nichtsdestotrotz gibt es ein Minimum an eigenem Gewissen und eigener Würde. Wenn jemand mir gegenüber eine radikale Unwahrheit verkündet, dann kann ich nicht schweigen. Wenn er anderer Meinung ist als ich, kann ich entgegenen, dass unsere Ansichten an dieser Stelle auseinander gehen. [...]

Ich habe mein ganzes Leben lang Zigeuner gesagt und mir nichts dabei gedacht. Heute lautet die richtige Bezeichnung Sinti und Roma und so sage ich zum Ende meines Lebens eben Sinti und Roma. Das wiederum ist eine Frage der

Höflichkeit. [...]“

An die Ausführungen von Władysław Bartoszewski anknüpfend sprach sich auch **Christoph Böhr** für eine Differenzierung aus:

„[...] Es gibt begriffliche Umdeutungen, die begründet sind, die zum Beispiel Diskriminierungssachverhalte aus der Welt schaffen. Ich habe auch nichts dagegen, dass Zigeuner nun Sinti und Roma heißen. Es gibt aber auch sehr viel weniger neutrale Umdeutungen, mit denen Interessen verfolgt werden. Deswegen muss man sehen, dass es da eine fließende Grenze gibt. Politische Korrektheit ist auch ein Instrument zur Ausübung von Herrschaft. Und es sind politische Interessen, die auf dem Wege politischer Korrektheit zur Geltung kommen. [...] Politische Korrektheit kann dazu führen, dass diejenigen, die in einer Gesellschaft über die Deutungshoheit verfügen, andere bevormunden, weil sie die Macht dazu haben. Politische Korrektheit ist also eine zweiseitige Sache.“

Das Problem der politischen Korrektheit besteht immer darin, dass sie für sich gesehen, ausnahmslos mit moralischen Argumenten verbunden wird. Aber nicht jede Angelegenheit ist eine moralische Sache. [...] In dem Moment, in dem ich aus allem eine moralische Angelegenheit machen möchte, wird die moralische Ordnung der Gesellschaft verändert. [...] Unsere Vernunft verlangt daher, dass wir mit scheinmoralischen Argumentationen sehr vorsichtig umgehen.“

Die Diskussion beendete **Jan Tombiński** mit einem Zitat des beliebten französischen Politikers Bernard Kouchner: „Politik ist nicht ausschließlich eine Lüge.“ ■

Solidarität – ein Charakteristikum Europas?

Panel II

Moderator: Tomasz Lis

Podium: Dieter Althaus

Jan Olbrycht

Jaime Mayor Oreja

Jose Kardinal da Cruz Polcarpo

Vincuk Viacorka

Einführung

Tadeusz Pieronek

Einige Antworten auf die Frage, die wir heute diskutieren wollen, und zwar, ob Solidarität heute noch ein Charakteristikum Europas ist, wird uns ein Diskussions- teilnehmer geben, der nicht anwesend ist, weil er in Minsk an einer wichtigen Kund- gebung teilnimmt. Es handelt sich um den Vorsitzenden des Rates der Vereinigten Demokratischen Kräfte Weißrusslands, dessen Anwesenheit bei der Veranstaltung in Minsk unentbehrlich ist, Herrn Alexander Milinkiewitsch. Er hat uns allerdings einen Brief geschickt, indem die gestellte Frage folgendermaßen beantwortet wird:

Minsk, 14. September 2006

Eminenz, Exzellenz, sehr geehrte Damen und Herren,

die internationale Konferenz zur "Rolle der Katholischen Kirche im Prozess der europäischen Integration" erfreut sich dank ihres hohen fachlichen Niveaus, der moralischen Verantwortung ihrer Teilnehmer sowie der Aktualität ihrer Themen großer Beliebtheit und Autorität auf dem gesamten Kontinent (und auch in unserer Region).

Das Thema der diesjährigen Konferenz „Die zivilisatorischen Herausforderungen Europas“ findet in meinem Land, Weißrussland, aufgrund der Betonung der Solidarität – eines zentralen Wertes des Christentums – großen Anklang. Diktatorische Regime setzen nicht zufälligerweise alles daran, jegliche Anzeichen menschlichen Mitgefühls und gemeinsamen Handelns zu zerstören, zu deformieren oder zu verschweigen. Der diesjährige weißrussische Frühling hat jedoch gezeigt, dass es nicht möglich ist, den Keim der Wahrheit, Freiheit, Unabhängigkeit und Solidarität zu ersticken.

Obwohl die Diktatur an der Macht geblieben ist, ist die weißrussische Gesellschaft heute eine andere, als sie es noch vor einem Jahr war, weil ein bedeutender Teil ihrer Bürger die Angst überwunden hat. Auf dem Oktoberplatz haben wir erkannt, dass wir gar nicht mehr so wenige sind. Leider sind diejenigen, die zwar alles verstanden haben, jedoch stumm bleiben, noch in der Mehrzahl. Entweder spüren sie das Potential der Solidarität noch nicht oder sie sind noch nicht informiert.

Dieser Fortschritt wäre ohne die grenzüberschreitende Solidarität nicht möglich gewesen. Euer Verständnis und Mitgefühl spüren wir jeden Tag aufs Neue. Wir freuen uns sehr, dass unsere Nachbarländer, aber auch die Europäische Union, erkannt haben, wie wichtig die Unterstützung einer unabhängigen Informationssphäre, die Unterstützung Unterdrückter – inklusive Studenten – sowie die Förderung gesellschaftlicher Aktionen sind. Zum Glück ist Solidarität noch ein Charakteristikum Europas.

Besonders wichtig ist es, die Unumkehrbarkeit der Unabhängigkeit Weißrusslands vorzubereiten. Wichtig ist aber auch die Bewahrung unserer nationalen und kulturellen Identität, weil sich sonst der Homo Sovieticus breit macht und die Träger des Widerstandes – physisch und rechtlich – vernichtet, wie das mit unseren Freunden von der Opposition, aber auch mit dem Verband der Polen oder der Menschenrechtsorganisation „Frühling“ geschehen ist. Handeln wir jedoch solidarisch – sowohl im Land als auch in Europa – so können wir uns dem widersetzen.

Ich bin Seiner Exzellenz Bischof Tadeusz Pieronek für die Einladung sehr dankbar. Leider kann ich an der Diskussion nicht persönlich teilnehmen. Ausgerechnet am Tag der Konferenz findet in Minsk eine große Kundgebung statt, die dem Tag der Solidarität – dem Gedenken an unsere Freunde – gewidmet ist. Diese Kundgebung soll einen weiteren Beitrag zum Frühlingserwachen der Weißrussen leisten. Der Herbst läutet schließlich nicht den Niedergang, sondern einen neuen Frühling ein.

Ich wünsche eine gelungene Konferenz. *Szcześć Boże. (Glück Gottes.)*

Alexander Milinkiewitsch

Vorsitzender des Rates der Vereinten Demokratischen Kräfte Weißrusslands

Bogusław Sonik

Ist Solidarität noch ein Charakteristikum Europas? Sicherlich wird es in der folgenden Diskussion um die Spannung zwischen dem Bewusstsein, dass Europa den Herausforderungen der modernen Welt nur gemeinsam die Stirn bieten kann, und der Erkenntnis gehen, dass es gewisse nationale Egoismen gibt. [...]

Solidarität, wie sie jedoch auf den Plakaten visualisiert ist, beinhaltet das Zeichen der „Solidarność“, ein polnisches Symbol. Vielleicht geht es um unsere Solidarność-Bewegung? Ist sie für Europa noch von Bedeutung? Wie sollen

wir dieses Symbol auf den Plakaten verstehen?

„Solidarisch ist der heutige Tag, der morgige ist ungewiss“. So lautet der Text eines polnischen Liedes aus den 80er Jahren, der den Geist der damaligen Zeit sehr gut wiedergibt. Wir haben damals in einer nationalen Auflehnung gemeinsam Widerstand geleistet. Das war ohne Präzedenz in Europa. Mit unserem Freiheitsdrang, mit unserer Fähigkeit, uns über soziale und politische Unterschiede hinweg zu verbünden, haben wir Europa überrascht.

Dieser Energieausbruch wäre jedoch ohne Johannes Paul II. nicht möglich gewesen. Es war der 16. Oktober 1978. An diesem Tag hielten Kraft und Glauben in uns Einzug, dass das Unmögliche Realität werden kann. Als wir dann die 1979 im Blonie-Park versammelte Menge sahen, wurde deutlich, dass Solidarität bedeutet, das Beste in uns mit anderen zu teilen. Daraufhin haben wir uns stark und selbstbewusst gefühlt, entschlossen, unser Ziel zu erreichen.

Warum erwähne ich diese Zeit heute? Nicht aus Sentimentalität. Auch nicht, um Lob für unser Land zu bekommen [...]. Ich will damit ganz klar sagen, dass Solidarität nicht nur für die Unterstützung Bedürftiger steht. Heute versteht man die europäische Solidarität als finanzielle Umverteilung. Sicherlich ist das Ausdruck einer Politik der Solidarität, die es auch verdient, als solche anerkannt zu werden. An die polnische Bewegung des Jahres 1980 erinnere ich jedoch, weil wir nicht von Solidarität sprechen können, wenn diese nicht auf einem gemeinsamen Fundament basiert, das unterschiedliche Weltanschauungen zusammenschweißt und einen gemeinsamen Weg aufzeigt. Wir haben das Gemeinsame damals in unserem gemeinsamen christlichen Erbe gefunden, das auch ein Charakteristikum Europas ist.

Das heutige Europa sorgt sich vor allem um die wirtschaftliche Freiheit, um die Sicherung der Bürgerrechte, um die mysteriöse, solidarische Konstruktion des europäischen Budgets. Dieser alternde Kontinent, der sich seiner Zukunft nicht gewiss ist, ist – wie die Referenden in Frankreich und den Niederlanden gezeigt haben – ein Kontinent voller Angst. Solange Europa es vermeidet, die

christlichen bzw. jüdisch-christlichen Werte, auf denen der Kontinent basiert, beim Namen zu nennen, kann es keine eindeutige Botschaft an den Rest der Welt aussenden.

Solidarität lässt sich nicht in der Leere oder dem sterilisierten Raum einer Glückseligkeit aller mit allen verankern. Solidarität verlangt Hingabe. Wie Freiheit ist auch Solidarität ein Wert, für den man kämpfen und gelegentlich auch zahlen muss. Unsere Freunde aus Weißrussland wissen das. Einer von ihnen, Vincuk Viacorka, ist heute hier unter uns.

Wir Polen sollten in Europa genau darüber reden, darüber, dass Solidarität nicht nur auf den Teil beschränkt werden sollte, der uns unmittelbare Vorteile bringt. Solidarität steht für die gegenseitige Unterstützung bei der Lösung der Schwierigkeiten unseres Kontinents. Zögern wir nicht, unsere Erfahrungen zu teilen, denn wir können unseren Kontinent zu einem besseren machen. Lasst uns an uns und unsere Möglichkeiten glauben, weil das „Morgen“ aus dem eingangs zitierten Lied aus den 80er Jahren heute bereits bekannt ist. Heute sind wir Teil der europäischen Familie und es ist unsere Aufgabe, ihre Zukunft mit den Mitteln zu gestalten, die uns zur Verfügung stehen. Niemand anderes wird dies für uns tun. Wir müssen unser gemeinsames Fundament wieder finden.

Tomasz Lis

Bogusław Sonik hat davon gesprochen, wie Papst Johannes Paul II. auf die Ausformung unserer Solidarität Einfluss genommen hat. Der Papst hat bereits mehrere Jahre vor dem Beitritt Polens in die EU darüber gesprochen, wie das gemeinsame Europa mit Polen als Mitglied aussehen soll. Er hat dabei immer wieder unterstrichen, dass sich diese Einheit nicht nur auf die ökonomische, materielle Dimension beschränken könne. Europa sei auch eine Gemeinschaft des Geistes, eine Traditionsgemeinschaft, eine Gemeinschaft der Ideen, der Werte, eine Gemeinschaft, die durch gegenseitige Verantwortung gekennzeichnet ist.

Von der gegenseitigen Verantwortung ist es nicht mehr weit bis zur Solidarität,

zu einer europäischen Solidarität. Diese muss folglich in ihren zwei Dimensionen diskutiert werden: In ihrer ökonomischen Dimension und in ihrer normativen Dimension, also im Kontext der Werte, im Sinne einer Wertgemeinschaft, einer Gemeinschaft der Ideale.

Damit der zentrale Gegenstand der Diskussion – die Frage, ob Solidarität noch ein Charakteristikum Europas ist – nicht allzu abstrakt bleibt, möchte ich die Diskussionsteilnehmer bitten, so weit wie möglich zu präzisieren, was unter der europäischen Solidarität zu verstehen ist, was sie ist bzw. was sie sein sollte.

Dieter Althaus

Da ich glaube, dass die Frage, ob Solidarität zu leisten ist, außer Frage steht, will ich darauf eingehen, wie Solidarität erhalten bleibt. [...] Wo wurzelt Solidarität und wie kann man Solidarität aus diesen Wurzeln heraus inhaltlich erhalten?

Das Problem liegt darin, dass Werte heutzutage noch existieren, aber nicht mehr umfassend akzeptiert werden. Gesellschaft und Politik müssen sich also darum bemühen, die Gründe für diese nicht mehr vorhandene Akzeptanz zu suchen und Veränderungen zu bewirken. [...] Werden Werte wie Solidarität, Subsidiarität, Gemeinwohl, Menschenwürde, Freiheit, Gerechtigkeit, die für den Bestand der Gesellschaft wesentlich sind, heute noch akzeptiert? Ermöglichen unsere ordnungspolitischen Regeln überhaupt wirklich solidarisches Handeln und fordern sie es auch ein? Wenn wir nicht immer wieder danach fragen, werden wir diesen schleichenden Verlust der Akzeptanz unserer Werte weiterhin erleben. Und wir werden erleben, dass der Staat, die Gesellschaft, die Ordnung gezwungen werden, die nicht mehr vorhandenen Solidaritätswurzeln durch Regeln der Verteilung zu ergänzen oder zu ersetzen. [...]

Für uns als Christen ist der Mensch ganz selbstverständlich Ursprung, Träger und Ziel der gesellschaftlichen Verantwortung. Meiner Meinung nach müssen wir ihn aber auch immer im Kontext der Gesellschaft sehen. Dieses Verhältnis müssen wir wiederum daraufhin untersuchen, ob nicht ein Missverhältnis

entsteht. Der Mensch steht heute zwar im Mittelpunkt, der Bestand der Gesellschaft, in dem der Mensch dauerhaft existiert, wird jedoch aus den Augen verloren. Und das hat schon fast eine existentielle Dimension angenommen.

Wenn also Selbstverständlichkeiten wie Solidarität zwar politisch und christlich gesetzt sind, jedoch nicht mehr bei den einzelnen Menschen wurzeln, dann wird die Gesellschaft insgesamt nicht solidarisch sein. Ein Beispiel für diese Entwicklung ist der in Deutschland häufig diagnostizierte Werteverfall. Meiner Meinung nach gibt es keinen Werteverfall. Es gibt nur die nicht mehr vorhandene Akzeptanz der genannten Werte, die individuell beginnt, im Kleinen, und die sich dann plötzlich auf eine ganze Gesellschaft ausbreitet. Diese Prozesse zu erkennen, heißt auch, Fehler der Politik zu erkennen, und zwar über die Geschichte hinweg. [...]

Der Staat hat über Jahre hinweg, ohne dass er das absichtlich und böswillig getan hätte, immer mehr Aufgaben übernommen und damit die Grundlage für Solidarität, für Eigenverantwortung und damit auch für dauerhaften Wohlstand selbst ein Stück weit in Frage gestellt. Daher stellt sich für mich als Ministerpräsident nicht die Frage zuallererst, ob ich Solidarität begründe. Das steht für mich gerade als bekennender Katholik außer Frage. Für mich stellt sich vielmehr die Frage, wie wir wieder zur Solidarität fähig werden. Und damit meine ich nicht die Solidarität, die in Verträgen zwischen Nationen oder innerhalb eines Landes vereinbart wird, sondern die Solidarität, die zuallererst im Kleinen wurzelt. [...]

Auch unsere europäische Solidarität wurzelt wie unsere nationale und regionale Solidarität im Individuellen. Und sie hat ganz viel mit Subsidiarität zu tun. Kardinal Höffner, Mitbegründer der christlichen Gesellschaftslehre, hat die wesentliche Grundlage für Solidarität und Subsidiarität nicht zuallererst im Staat, in der Gesamtgesellschaft, sondern in der Familie, in der Kommune, im Unternehmen festgemacht, also in der kleinen Einheit der Gesellschaft. Weil wir es über die Jahre gut gemeint hatten und immer wieder die Ebene der Verbände oder des Staates dafür verantwortlich machten, dass es uns gut ging, ist

es uns zu wenig gelungen, diese kleine Einheit solidarisch und subsidiär weiter zu erhalten.

Wir müssen wieder zurück auf die Ordnungsebene Nummer eins, auf die familiäre, die kommunale, die kleine Ebene der Gesellschaft, weil die Grundlagen der Solidarität zuallererst hier zu erhalten sind. Das andere wird sonst zu einem wunderbaren Gebäude, das irgendwann ohne Fundament da steht und damit auch dauerhaft keinen Bestand hat. Ich will Ihnen ein Beispiel geben und damit schließen.

Als nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland das soziale Sicherungssystem eingeführt wurde, das auf solidarischer Basis entwickelt worden ist, haben damals Wilfrid Schreiber und der schon erwähnte Kardinal Höffner, der damals noch Professor für christliche Gesellschaftslehre war, einen wichtigen Ansatz für die sozialen Sicherungssysteme formuliert. Sie haben ihn interessanterweise mit dem Titel Existenzsicherheit der industriellen Gesellschaft überschrieben, also nicht den Menschen als Einzelnen, sondern die Existenz der ganzen Gesellschaft in den Fokus gerückt.

Zum Thema Rente, das ich hier herausgreifen will, haben beide den klassischen Generationenvertrag, der drei Generationen beinhaltet, vorgeschlagen. Nach der Umsetzung nannten sie das Rentensystem jedoch ein Stückwerk. Stückwerk deshalb, weil man das Bindeglied und die Verantwortlichkeit nicht festgelegt hatte, nämlich Ja zu Kindern zu sagen. Erst damit wird der Generationenvertrag vollständig. Die Verantwortung für Kinder blieb jedoch individualisiert, was auch selbstverständlich ist, was aber das System nicht vorsah. Es wurde nicht festgelegt, dass diese Verantwortung die eigentliche Grundlage der solidarischen Sicherung bildet.

Neben dem Wort Stückwerk wurde damals auch gesagt, dass das soziale Sicherungssystem Mentalitäten ändern wird. Und genau das ist über Jahrzehnte erfolgt. Sukzessive haben sich die Mentalitäten so verändert, dass heute alle glauben, die soziale Sicherung stehe außer Frage, egal ob man Verantwortung

für Ehe, Familie und Kinder übernimmt oder nicht. Und sie steht deshalb außer Frage, weil ja der Staat sich verantwortlich gemacht hat, diese nicht vorhandenen Generationen, Solidarität und Verantwortlichkeit durch Steuermittel zu ersetzen. Diese Luftblase ist jedoch inzwischen geplatzt. Die Verschuldung ist nicht nur in Deutschland, sondern in vielen Teilen Europas gigantisch. Sie bringt jedoch die grundlegende Erfahrung mit sich, dass die Gesamt solidarität des Systems nur erhalten werden kann, wenn die eigene Verantwortlichkeit und damit die Grundlage der Solidarität erhalten bleiben.

Deshalb kann ich nur sagen, dass auch eine freiheitliche Gesellschaft Spielregeln braucht, die moralisches Handeln fördern. Eine Moralpredigt allein hilft da nicht weiter. Sie hilft möglicherweise, einen Teil der Gesellschaft zu motivieren. Und wir Katholiken halten uns vielleicht für den Teil, der sich motivieren lässt. Aber ein Großteil der Gesellschaft braucht grundsätzlich Regeln.

Damit Werte in unserer Gesellschaft von unten bis in die Spitze der Gesellschaft hinein auch erhalten bleiben, brauchen wir ordnungspolitische Entscheidungen. Solidarität ist jedoch nicht nur ein Ordnungsprinzip über Gesetze und Verteilungsprinzipien, sondern muss am Ende bei jedem selbst durch die Eigenverantwortung und die Weitergabe von Verantwortung wurzeln. Und das wiederum beginnt zuallererst in der Familie.

Jose Kardinal da Cruz Policarpo

Auf die Frage, ob Solidarität noch ein Charakteristikum Europas ist, ob sie noch ein kulturelles, praktisches Merkmal Europas, insbesondere der EU, zu der auch unser Land gehört, darstellt, würde ich antworten: „Ja, aber“.

Warum Ja?

Solidarität ist in Europa sehr tief in der Kultur verwurzelt, kommt aber auch praktisch auf individueller wie institutioneller Ebene in vielen Bereichen zum Ausdruck. Es gibt viele Situationen, die diesen Optimismus bestätigen. Diesen

Optimismus teilen auch die Heiligen Väter. Johannes Paul II. schreibt in seiner Adhortation *Ecclesia in Europa* – Sie erlauben, dass ich ihn mit großer Rührung insbesondere in dieser Stadt, in der er Erzbischof war, zitiere:

„Blicken wir auf Europa als bürgerliches Gemeinwesen, so fehlt es uns nicht an Zeichen, die Anlass geben zur Hoffnung. In ihnen können wir, wenngleich in den Widersprüchlichkeiten der Geschichte, mit dem Blick des Glaubens die Gegenwart des Geistes Gottes erfassen, der das Gesicht der Erde erneuert. Die Synodenväter haben zum Abschluss ihrer Arbeiten diese Zeichen so beschrieben: „Mit Freude stellen wir die zunehmende Öffnung der Völker aufeinander hin fest, die Versöhnung zwischen Nationen, die lange Zeit verfeindet waren, die fortschreitende Ausdehnung des Einigungsprozesses auf die Länder Osteuropas. Es wachsen Anerkennung, Zusammenarbeit und Austausch aller Art, so dass nach und nach eine europäische Kultur, ja ein europäisches Bewusstsein entsteht, das hoffentlich, besonders bei den Jugendlichen, das Gefühl der Brüderlichkeit und den Willen zum Teilen wachsen lässt. Als positiv vermerken wir, dass dieser ganze Prozess sich nach demokratischen Spielregeln auf friedliche Weise und in einem Geist der Freiheit vollzieht, der die berechnete Vielfalt achtet und zur Geltung bringt und so den Prozess der Einigung Europas vorantreibt und unterstützt. Wir begrüßen mit Genugtuung alles, was getan wurde, um die Bedingungen und Modalitäten zur Achtung der Menschenrechte präzise darzulegen. Im Zusammenhang mit der legitimen wirtschaftlichen und politischen Einheit Europas erkennen wir schließlich einerseits die Zeichen der Hoffnung, die aus der Bedeutung erwachsen, die dem Recht und der Lebensqualität zuerkannt wird; auf der anderen Seite aber wünschen wir uns lebhaft, dass in einer schöpferischen Treue zur humanistischen und christlichen Tradition unseres Kontinents der Vorrang der ethischen und geistlichen Werte garantiert werde.“ (*Ecclesia in Europa*, Nr. 12). [...]

Wenn wir also auf die vorhergehenden Jahrhunderte zurückblicken, dann kommen wir nicht umhin, dem Herrn dafür zu danken, dass das Christentum für diesen Kontinent von primärer Bedeutung war. Der christliche Glaube gehört auf eine radikale und determinierende Weise zum Fundament der europäischen

Kultur. Das Christentum gab Europa seine Form, indem es gewisse fundamentale Werte einführte. Ich muss hinzufügen, dass selbst Werte, die uns heute als universelle, menschliche Werte kommuniziert werden, ihre Wurzeln im Kern im Christentum haben. Sie werden auch weiterhin fortbestehen, sich weiterentwickeln und immer reicher werden. Doch Vorsicht!

Kulturen haben eine gewisse Dynamik. Sie entwickeln sich, transformieren sich, mutieren. Um auf eine wirkungsvolle Art und Weise in diese kulturelle Mutation überzugehen, sollte die Kirche zu Wort und Tat greifen, das heißt das Evangelium verkünden und die Liebe leben. Der Heilige Vater Benedikt XVI. hat uns in seiner Enzyklika *Deus Caritas est* vor die große Aufgabe gestellt, uns in jeder Aktivität um eine Konkretisierung der Liebe und der Barmherzigkeit zu bemühen.

Meine Antwort auf die eingangs gestellte Frage lautet „Ja, aber“, weil die europäische Kultur zwar ein wichtiger Träger der Solidarität ist, gegenwärtig aber auch voller Unklarheiten steckt. Sehr starke kulturelle Bewegungen haben zum Ziel, den christlichen Ursprung der grundlegenden Werte der europäischen Kultur zu verwischen und in Vergessenheit geraten zu lassen. Der naturalistische Laizismus gibt immer stärker vor, Quelle und Ausdruck dieser Werte zu sein. Wenn er nur könnte, würde er dazu führen, dass die Kirche in Vergessenheit geriete. [...] Die Authentizität des Ideals der Solidarität wird darüber hinaus in der Realität der Europäischen Union durch zahlreiche Anzeichen individuellen und kollektiven Egoismus verdunkelt. Damit meine ich den individuellen Egoismus eines jeden von uns, den Egoismus der Mitgliedsländer im harten Kampf um die Verteidigung der eigenen Interessen, den Egoismus einiger Unternehmen, die die Arbeitnehmerrechte nicht respektieren und sich allein an ihrem Gewinn orientieren, aber auch den Egoismus der Gewerkschaften, die häufig Gefangene diverser Ideologien sind, die niemandem dabei helfen, die Wirklichkeit zu erhellen. [...] Von allen Formen des Egoismus ist Korruption jedoch die hässlichste. Sie zerstört die Konstruktion der gesellschaftlichen Solidarität und der solidarischen Gesellschaft grundlegend.

Um der Solidarität treu zu bleiben, muss die EU weise und mutig sein, sich einigen Herausforderungen der gegenwärtigen, globalisierten Welt zu stellen.

1. Die erste Herausforderung.

Die EU darf sich nicht darauf beschränken, einen grenzenlosen Fortschritt um jeden Preis anzustreben. Sie sollte vielmehr an eine authentische Entwicklung der Menschen und Nationen denken. Das wiederum macht eine ethische Dimension notwendig. Solidarität kann nur befreiend wirken, wenn die Harmonie der Natur respektiert wird. Es geht also um die Gestaltung eines Europas, das als eine Gemeinschaft der Nationen und der Menschen, eine solidarische Gemeinschaft im Zeichen der Hoffnung verstanden wird, die nicht ausschließlich dem Gesetz des Marktes unterstellt ist, sondern sich vehement für die Verteidigung der Menschenwürde einsetzt und dies auch in ihren ökonomischen und gesellschaftlichen Berichten zum Ausdruck bringt.

2. Die zweite Herausforderung.

Europa darf sich nicht wie eine Festung verschließen. Der Kontinent muss für die Probleme der gesamten, sich globalisierenden Welt sensibel bleiben. Ich verweise hier erneut auf *Ecclesia in Europa*:

„Wenn man „Europa“ sagt, soll das „Öffnung“ heißen. Trotz gegenteiliger Erfahrungen und Anzeichen, an denen es wahrlich nicht gefehlt hat, ist es die Geschichte Europas selbst, die dies einfordert: „Europa ist in Wirklichkeit kein geschlossenes oder isoliertes Territorium; es hat sich dadurch aufgebaut, dass es über die Meere hinweg auf andere Völker, andere Kulturen, andere Zivilisationen zugegangen ist“. Daher muss es ein offener und gastfreundlicher Kontinent sein, der in der aktuellen Globalisierung weiterhin Formen nicht nur wirtschaftlicher, sondern auch sozialer und kultureller Zusammenarbeit umsetzt.

Es gibt eine Forderung, auf die der Kontinent positiv antworten muss, damit sein Gesicht tatsächlich neu ist: „Europa kann sich nicht auf sich selbst zurückziehen.

Es kann und darf nicht völliges Desinteresse für den Rest der Welt zeigen, es muss sich im Gegenteil der Tatsache voll bewusst sein, dass sich andere Länder oder andere Kontinente von ihm mutige Initiativen erwarten, um den ärmsten Völkern die Mittel für ihre Entwicklung und ihre soziale Organisation anzubieten und eine gerechtere und brüderlichere Welt aufzubauen.“ Die angemessene Ausführung dieses Auftrags verlangt „ein Überdenken der internationalen Zusammenarbeit im Sinne einer neuen Kultur der Solidarität“ (*Ecclesia in Europa*, Nr. 111).

3. Die dritte Herausforderung.

Europa steht gegenwärtig vor einer riesigen Herausforderung. Migranten, Arme, die von überall ankommen, die ihr Leben riskieren, suchen Europa auf, weil sie das Leben suchen. Dieses Thema ist besonders schwierig, schmerzvoll, doch dringend und schrecklich aktuell zugleich. Die Politiker der Gemeinschaft sind in dieser Hinsicht sehr zurückhaltend. Ich gebe zu, dass eine Lösung nicht einfach ist. Wie auf der Synode zum Thema Migration gesagt wurde, steht Europa vor der Herausforderung, neue, intelligente Formen der Gastfreundschaft und der Aufnahme zu finden. [...] Eine universalistische Vision des Guten erfordert das. Wir müssen auf das Schicksal der gesamten Menschheit blicken. Das Phänomen der Globalisierung verlangt Offenheit und Bereitschaft zum Teilen, wenn es nicht zur Quelle der Exklusion und Marginalisierung, sondern im Gegenteil zur Quelle der Solidarität und solidarischer Partizipation aller an der Produktion und am Tausch der Güter werden soll. Jeder sollte sich bemühen, zum Wachstum einer soliden Kultur der Gastfreundschaft, der Aufnahme, beizutragen, die die Gleichheit der Würde aller Menschen anerkennt und die Pflicht der Solidarität gegenüber den Schwächsten betont. Die grundlegenden, fundamentalen Rechte der Migranten müssen anerkannt werden. Angesichts dieses schmerzvollen Problems muss es eine Lösung geben, die in einem neuen Engagement und einer neuen Dynamik Europas besteht, den Herkunftsländern der Migranten in ihrer Entwicklung zur Seite zu stehen.

Die genannten Herausforderungen stellen die EU vor die Frage nach der moralischen Qualität ihrer eigenen Zivilisation. [...] Es ist jedoch der Moment

gekommen, nicht mehr nur über Ideen zu diskutieren, sondern auch Aktivitäten zu initiieren. Darin liegt auch die absolute Schlüsselrolle der Christen, die in das konkrete Leben eingebunden sind.

Auf der Suche nach Lösungen für die Konstruktion Europas denke ich häufig an den schönen Text aus dem Buch Genesis, in dem Gott ankündigt, dass er Sodom zerstören wird, woraufhin Abraham fragt:

„Willst du denn den Gerechten mit dem Gottlosen umbringen? Es könnten vielleicht fünfzig Gerechte in der Stadt sein; wolltest du die umbringen und dem Ort nicht vergeben um fünfzig Gerechter willen, die darin wären?“ (Gen 18, 23f)

Die Verhandlung zwischen Gott und Abraham geht so weit, dass Gott zugesteht, die Stadt nicht zu zerstören, wenn sich fünf Gerechte in ihr befinden. Wir müssen uns die Bedeutung dieser fünf Gerechten in jeder Stadt ins Bewusstsein rufen. Heiligkeit ist nicht nur eine Frage der Persönlichkeit. Es geht nicht nur darum, das eigene Schicksal zu lösen. Heiligkeit ist eine Gemeinschaftsarbeit mit anderen Gesandten Gottes, um eine Menschheit zu schaffen, die gerecht und brüderlich ist und sich an der Liebe ausrichtet. Solidarität, was ist das? Für uns Christen bedeutet Solidarität Pflicht, Kreativität, Teilen, Zusammenarbeit, Gemeinschaft. Für uns Christen ist das in Wirklichkeit die existentielle Inkarnation der Barmherzigkeit.

Tomasz Lis

Meine nächste Frage möchte ich an Herrn Vincuk Viacorka richten. Der Kardinal sagte, dass Europa sich nicht wie eine Festung verschließen dürfe, sondern offen sein sollte. Letzte Woche hat Nicolas Sarkozy, möglicherweise zukünftiger Präsident Frankreichs, gesagt, dass es an der Zeit sei, sich eine Antwort darüber zu geben, wo Europa aufhört und wer Europäer ist und wer nicht. Haben Sie in Weißrussland den Eindruck, dass die Belarussen in den Augen Europas Europäer sind? Und wie sollte Ihrer Meinung nach die europäische Solidarität aussehen?

Vincuk Viacorka

Solidarität innerhalb einer Gemeinschaft hängt mit der Solidarität zwischen Gemeinschaften eng zusammen. Das, was im Frühjahr dieses Jahres in meinem Land geschehen ist, zeugt davon, dass es bei uns noch Solidarität gibt, dass sie bei denjenigen in Weißrussland, die einen Wandel anstreben, noch nicht erstickt wurde. Diese warme Welle nicht nur des Mitgefühls, sondern der Bereitschaft, gemeinsam zu handeln, war für unser Land etwas Neues. Und ich möchte dem Kardinal völlig zustimmen, dass Mitgefühl in Handeln umgesetzt werden muss, dass echte Solidarität erst beim Handeln anfängt.

Leider verstehen das auch Regime, wie wir es in Weißrussland haben, so. Die Lukaschenko-Diktatur kultiviert wieder den Stalinismus, um die fast genetische Angst vor den stalinistischen Repressionen dazu zu nutzen, den Willen meiner Mitbürger zu lähmen. Die Abschreckungsmaßnahmen unseres Regimes haben dazu geführt, dass Millionen Weißrussen, die zwar mit den Menschen auf dem Platz mitgeföhlt hatten, nicht den Mut aufbringen konnten, die Schwelle ihrer Wohnung zu überschreiten. Sie blieben in der sprichwörtlichen Küche. Solidarität ist jedoch das zentrale und effektivste Medikament gegen die Angst, die von einer Diktatur verbreitet wird.

Diese zig Tausende – mit den Regionen zusammengenommen Hunderttausende – an Menschen im März und April haben bestätigt, dass Weißrussland ein europäisches Land ist. Die Weißrussen sind eine europäische Nation, weil sie die primären Werte Europas teilen. Meine Mitbürger sind nicht aus Schaulust auf den Platz gegangen, sondern um der Demütigung der menschlichen Würde, der Demütigung und Zerstörung der Traditionen unserer Vorfahren, unserer Sprache, unseres historischen Gedächtnisses, unserer Freiheitsliebe, ein Ende zu setzen. Aus diesen Gründen sind sie auf den Platz gegangen. Und weil sie das getan haben, hat unsere Gesellschaft jetzt eine andere Qualität. Eine Fortsetzung des Freiheitskampfes Weißrusslands wird es jedoch ohne echte allgemeuropäische Solidarität nicht geben.

Wir gehören historisch zu Europa. Seit 1100 Jahren sind wir ein christliches Land, in dem mehrere christliche Konfessionen harmonisch koexistieren und miteinander im Dialog stehen. Wir gehören historisch zum europäischen zivilisatorischen Raum Europas. Wir hatten schon vor langer Zeit eine Demokratie, wählten unsere Regierungsorgane selbst. Die Geschichte unseres Parlamentarismus ist nicht bloß fünfzehn Jahre alt. Daher hoffen wir auf Verständnis, denn Solidarität ist ohne Verständnis nicht möglich. Verständnis ist der erste Schritt in Richtung einer wahrhaftigen Solidarität.

Und wir sehen, dass ein solches Verständnis existiert. Es wird uns von Seiten unserer Nachbarn entgegengebracht, denen wir nicht lange erklären müssen, was es bedeutet, in einer Diktatur zu leben, was es bedeutet, wenn die eigene Identität in Gefahr ist, wenn die nationale Unabhängigkeit in Gefahr ist. Und wir sehen, dass mit der Erweiterung der EU und dem Beitritt der so genannten „neuen“ Mitglieder – ich bin mit dieser Unterscheidung in alt und neu überhaupt nicht einverstanden – sich nicht nur die Sprache der EU Weißrussland und der Ukraine gegenüber geändert hat, sondern, was noch wichtiger ist, Taten erkennbar sind.

Und wir hören, dass die politisch-moralischen Einschätzungen der Ereignisse in meinem Land mit dem übereinstimmen, wie wir sie wahrnehmen. Wir sehen, dass konkrete Sachen passieren, wie beispielsweise die Unterstützung einer unabhängigen Berichterstattung. Das ist wichtig, weil nur ein Mensch, der darüber informiert ist, dass seine Nachbarn so denken, wie er, wahre Solidarität an den Tag legen kann. Wir sind aufrichtig dankbar für so praktische Taten wie die Auszeichnung Alexander Milinkiewitschs mit dem Sacharow-Preis. Dafür sind wir den hier anwesenden und nicht anwesenden Europaabgeordneten – Jacek Saryusz-Wolski, Michael Gahler, Bogusław Sonik und anderen – sehr dankbar. Alexander ist heute nicht anwesend, weil es zu einer zufälligen Überschneidung zweier Termine gekommen ist: Ausgerechnet morgen, am 16. September, ist ein Jahrestag des Verschwindens unserer Freunde, die gegen die Diktatur und für die Unabhängigkeit gekämpft haben. Ich spreche von den Herren Gontschar, Krasowski, Sawadski, Sacharenko und anderen, die verschwunden sind. Inter-

nationale Aktionen, die Verkündung dieser Namen, helfen uns, wenigstens eines der Grundrechte zu verteidigen, nämlich das Recht auf Leben. Zum Glück sind seit dem Verschwinden dieser Menschen keine weiteren mehr verschwunden. Morgen findet eine große Kundgebung in Minsk statt, an der Alexander teilnehmen muss. Ich dachte zuerst auch daran, entschied mich dann aber dafür, heute bei Euch zu sein, um unsere Botschaft an dieses Auditorium weiterzugeben.

Um auf die Solidarität im europäischen Kontext zurückzukommen, kann ich sagen, dass die gemeinsame Botschaft an alle Christen auch in unserem Land hörbar ist. Hier in Krakau erlaube ich mir, auf die Worte Johannes Paul II. zu verweisen: „Fürchte dich nicht!“. Diese Botschaft wurde von unserem größten lebenden Poeten, Rygor Baradulin, aufgenommen. Da das Regime seine Poesie verbietet, finden Präsentationen seiner Bücher jetzt im kirchlichen Rahmen statt. In einem seiner Bücher schreibt er:

„Herr, lass mich Angst haben, jedoch nur vor Dir.“

Tomasz Lis

Unserem Gast aus Weißrussland danke ich für die leidenschaftlichen Worte. Nun möchte ich Herrn Jaime Mayor Oreja nach seiner Definition der europäischen Solidarität fragen. Aber damit das, was Sie sagen, nicht ohne Verknüpfung zu dem steht, was Ihr Vorredner gesagt hat: Ist Europa Ihrer Meinung nach dazu bereit, Weißrussland, diesem zutiefst europäischen Land, nicht nur Mitgefühl und Verständnis, sondern eine absolut reale Dimension der Solidarität entgegenzubringen?

Jaime Mayor Oreja

Sie werden verstehen, dass ich als Spanier davor zurückschrecke, meine Stimme in der Frage der Solidarität zu erheben. Es wäre doch ungewöhnlich, wenn ich Ihnen erklären sollte, was Solidarität ist, weil Sie doch diejenigen sind, die wissen, was ihr tiefer, wahrhaftiger Sinn ist. Solidarität ist ja gerade in Ihrem

Land zu einer historischen Realität und damit zu einem entscheidenden Schritt in Richtung Freiheit geworden, worauf alle Europäer sehr stolz sind.

Auf die Frage, ob Europa solidarisch ist oder nicht, möchte ich mit den Worten des Erzbischofs von Lissabon antworten: „Ja, aber“. Vor allem möchte ich argumentieren, dass Freiheit und Solidarität zwei Gesichter der gleichen Realität, zwei Seiten einer Medaille sind. Wo es keine Freiheit gibt, dort herrscht Angst. Und wo Angst herrscht, dort gibt es keine Solidarität. Nur freie Gesellschaften können solidarisch sein. Deshalb ist die Debatte über Solidarität auch eine Debatte über Freiheit. Tomasz Lis hat zu Recht bemerkt, dass wir uns in dieser Debatte nicht nur mit der ökonomischen, sondern auch mit der normativen Ebene der Solidarität, mit den Werten, befassen müssen.

Deshalb würde ich sagen, dass Europa in den nächsten Jahren vor zwei Herausforderungen steht, die darüber entscheiden werden, ob Solidarität noch ein Charakteristikum Europas sein wird oder nicht.

Wie sowohl der Erzbischof von Lissabon als auch der Kollege aus Weißrussland zutreffend gesagt haben, muss Europa die Fähigkeit entwickeln, seine Nachbarschaftspolitik zu definieren. Wir müssen uns bewusst machen, dass wir uns gegenüber den Regionen, in denen noch zu wenig Freiheit herrscht, nicht verschließen dürfen. Damit meine ich vor allem die Ukraine und Weißrussland. Natürlich ist es schwierig, hier eine Agenda für das Engagement der EU in dieser Sache vorzusehen. Das, was in ihren Nachbarländern geschieht, muss jedoch zum Maßstab der europäischen Nachbarschaftspolitik werden. Wir müssen begreifen, dass Freiheit eng mit Solidarität zusammenhängt.

Die zweite Herausforderung, vor der wir stehen, besteht darin, das Verständnis der Solidarität innerhalb der EU umzudeuten. Solidarität kann keine automatische Regel sein, im Rahmen derer die wohlhabenden Länder den ärmeren Ländern Geld geben. [...] Solidarität ist ein Wert an sich. Und wir müssen Solidarität zu einer Selbstverständlichkeit machen. Solidarität muss zu einem der wichtigsten Werte des heutigen und zukünftigen Europas werden. Das Eu-

ropäische Parlament, in dem ich tätig bin, hat bereits begonnen, die ersten Grundlagen für diese Zukunft zu schaffen. [...]

Zum Schluss möchte ich noch einen Gedanken mit Ihnen teilen. Gerade wir christlichen Politiker müssen fähig sein, immer die Avantgarde im Kampf um die Freiheit zu sein. [...] Doch was geschieht mit uns Christen in den Ländern, in denen wir uns der Freiheit schon seit etlichen Jahren erfreuen? Was geschieht mit uns? Was fehlt uns? Oder vielleicht: Wovon haben wir zuviel?

Ich würde sagen, dass uns Glaube und Überzeugung fehlen. Und deshalb fehlt uns auch eine gewisse Determination. Und das, wovon wir mehr als genug haben, das sind Angst und Sorge. Wir fürchten, dass die Menschen, die unsere Überzeugungen nicht teilen, denken, dass wir wieder zu überholten Fragen zurückkehren wollen, während dem gar nicht so ist. In vielen Ländern der EU stoßen gläubige Menschen auf ernste Probleme, als stünde die Tatsache, dass jemand gläubig ist, im Widerspruch zu einer demokratischen Einstellung.

Solidarität erfordert also, dass Menschen, die sich als Katholiken bezeichnen, solche Befürchtungen und Ängste überwinden und für ihre Werte eintreten.

Jan Olbrycht

Ähnlich wie mein Vorredner habe ich mit Menschen zu tun, die über die ernstesten Fragen Europas diskutieren, und das sowohl in allgemeinen als auch in sehr technischen Kategorien. Daher ist für mich hier in Polen die Frage, ob Solidarität noch ein Charakteristikum Europas ist, auch eine Frage danach, ob Solidarität auch ein Charakteristikum Polens ist. [...]

Auf Konferenzen, die die Rolle der Kirche thematisieren, wird üblicherweise mit Zitaten Johannes Paul II. begonnen. Ich fange mit einem anderen Zitat an. Der Premier der vorhergehenden polnischen Regierung gab im Juni dieses Jahres folgende Beschreibung der Solidarität zum Besten:

„Solidarität in der Ära der Globalisierung ist keine Frage charitativen Engagements für den Nächsten oder für ein anderes Land oder für einen anderen Kontinent. Solidarität ist eine Frage des wohl verstandenen, langfristigen, eigenen Interesses.“

Das ist eine Stimme aus Polen. Wir sprechen so und diese Stimme erreicht andere. Ich möchte jedoch ganz deutlich sagen, dass es nicht darum geht. So spricht man nicht im Europäischen Parlament und so sollte man auch in Polen nicht sprechen.

Die Frage danach, ob Solidarität noch ein Charakteristikum Europas sei, suggeriert, dass man das Problem von außen betrachten könnte. Stellen wir uns vor, dass wir uns außerhalb der EU befinden. Schauen wir uns die EU von außen an und denken wir darüber nach, ob es in der EU etwas Charakteristisches gibt, das sie von anderen Konstruktionen in der Welt unterscheidet und ob Solidarität eine ihrer charakteristischen Eigenschaften ist. Und die Antwort wird Ja lauten. Warum? Weil die Konstruktion der EU eine gewisse Philosophie in sich trägt. Eine bestimmte Art, über den Menschen, über Andere, über Zusammenarbeit nachzudenken. Ob wir das wollen oder nicht, ob wir es kodifizieren oder nicht, ob es uns gefällt oder nicht: Diese Konstruktion ist von Menschen geschaffen worden, die aus dem christlichen Denken hervorgehen. [...] Auch im ökonomischen Sinne enthält sie Spuren solidarischen Denkens. [...] Und woher kommen die Menschenrechte? Warum kann man sie nicht ohne den Begriff der Menschenwürde diskutieren? [...]

Wenn wir diese Konstruktion von außen betrachten, dann handelt es sich zweifellos um eine Konstruktion, die auf christlichen Werten basiert. Ob wir es wollen oder nicht. Es stellt sich nur die Frage, ob diese Konstruktion die ganze Zeit über die Last oder das Privileg des christlichen Denkens trägt. Hält sie es aus? Kann sie es in die Praxis umsetzen? Ich möchte mich den Aussagen meiner Vorredner anschließen. Ist Solidarität noch ein Charakteristikum Europas oder nicht? Auch meine Antwort lautet: „Ja, aber“.

In Polen hat sich eine spezifische Denkweise durchgesetzt, die nationale Interessen sofort in Kategorien des nationalen Egoismus interpretiert. Wir sind der Meinung, dass die Wohlhabenden dieser Welt, weil sie wohlhabend sind, weil sie die Schuld für unseren Schaden tragen, uns dafür bezahlen sollten. Und wie lange sollen sie bezahlen? So lange, bis wir uns auf der gleichen Ebene wie sie befinden. Und dies wird lange Zeit in Anspruch nehmen. Doch diese Meinung entspricht dieser spezifischen Art des Denkens, dieser spezifischen Anspruchshaltung, die dem Anderen vorwirft, nicht solidarisch zu sein, weil er wohlhabend ist, ohne zu teilen.

Der Andere denkt jedoch in anderen Kategorien. Er denkt in Kategorien der Öffnung, der Konkurrenz, des offenen Marktes. Und er sagt: Man muss jemandem die Hand reichen, wenn er sich in einer sehr schwierigen Situation befindet. Doch sobald ich ihm die Hand gegeben und ihn auf einen geraden Weg gebracht habe, lasse ich ihn seine eigenen Entscheidungen treffen. Er wird mich sicherlich nicht in den nächsten fünfzig, sechzig Jahren aufholen können, da auch ich vorwärts gehe. Der Andere bleibt nicht stehen. Er wartet nicht auf uns.

Die Frage ist nun, ob sein Wohlstand in irgendeiner Weise auch Wohlstand für uns bedeutet. Ein solches Denken wäre sicherlich günstiger. [...] Wir können uns natürlich darüber streiten, in welchem Moment man jemandem die Hand reichen sollte, in welchem Moment jemand wirklich Hilfe braucht und wann man ihn wieder stehen lassen soll, weil er nunmehr für sich selbst verantwortlich ist. West- und Osteuropa scheinen sich in ihrem Solidaritätsverständnis auch grundlegend zu unterscheiden. [...]

Wenn wir an unsere Solidarität, unsere Solidarność-Treffen zurückdenken, dann werden wir uns erinnern, dass sie abgesehen davon, dass sie schwierig und kompliziert waren, eine wichtige Sache mit sich brachten, nämlich Freude. Sie erfüllten uns mit der Freude, anderen zu helfen, sowie mit einer Art Gemeinschaftsgefühl, einer inneren Zufriedenheit darüber, dass wir mit einander sind.

Als wir im Europäischen Parlament eine Aktion für die Ukraine veranstaltet und zu diesem Zweck in orange Schals in die Sitzung gegangen sind, um unsere Unterstützung für die Ukraine zum Ausdruck zu bringen, haben einige unserer Kollegen gefragt, warum wir die holländischen Fußballer unterstützen. Von einem Tag zum nächsten fingen die Leute jedoch an zu verstehen, dass es darum geht, an einer fantastischen Sache teilzunehmen. Ich fange an, einem anderen zu helfen. Es passiert etwas Fantastisches in der Geschichte. [...] Und plötzlich haben unsere Kollegen aus Spanien, Portugal, angefangen, gemeinsam mit uns Druck bei hohen Beamten der EU zu machen, die der Meinung waren, dass man nicht nach Kiew reisen müsse, weil es ausreiche, in telefonischem Kontakt zu bleiben. Wir waren dagegen der Meinung, dass wir helfen müssen, und zwar nicht, indem wir ihnen Geld schicken, sondern indem wir bei ihnen sind. Damit das Fernsehen zeigt, dass sie unterstützt werden, damit es die Schals zeigt. [...] Zum Schluss war der gesamte Saal in orange Schals gekleidet, unabhängig davon, ob man die Regierenden mochte oder nicht, ob man sie unterstützte oder nicht. Die Haltung war das, was zählte. Die Teilnahme an der Aktion Solidarität.

Als Herr Viacorka und Herr Milinkewitsch ins Europäische Parlament kamen und von ihren Mitbürgern sprachen, passierte etwas Ähnliches. Von einem Treffen zum nächsten, von einer Minute zur nächsten, gab es immer mehr Menschen, die über Weißrussland sprachen. Plötzlich wurde deutlich, dass sich die Menschen dafür interessieren. Daher bin ich der Meinung, dass Solidarität erfüllend sein kann. Und es ist unsere Pflicht, das zu teilen, nicht nur weil wir den Kommunismus zu Fall gebracht haben oder weil der Heilige Vater hier war, sondern weil Solidarität auch Zufriedenheit, Freude und Erfüllung spendet.

Aber ich füge noch eine zweite Perspektive hinzu. Sind wir Polen den Westeuropäern gegenüber solidarisch, verstehen wir ihre Probleme? Natürlich geht es nicht darum, die Situation der Westeuropäer mit den Menschen in der Ukraine oder Weißrussland zu vergleichen. Aber verstehen wir die Lage der Menschen auf Lampedusa, auf den Kanarischen Inseln, wo wöchentlich einige Tausend Menschen aus Afrika an Land kommen, von denen vorher ein Teil auf hoher

See ertrinkt. Was ist unsere Position, als Katholiken, angesichts einer solchen Situation?

Das sind nicht ihre Probleme, das sind unsere Probleme. Doch interessieren wir uns dafür? Fragen wir: Kann man Euch irgendwie helfen? Gibt es eine Situation, in der wir helfen könnten? Wie reagieren wir Polen auf die Ausstellung im Treppenhaus des Europäischen Parlaments, die die Opfer terroristischer Anschläge im Baskenland zeigt? Auch da gibt es sehr ernste, schwerwiegende Probleme. Verstehen wir sie? Wollen wir sie verstehen, wenn wir ihnen vorwerfen, nicht solidarisch zu sein, weil sie uns nicht so viel Geld geben, wie wir gern hätten? Sind wir bereit, den Worten des Heiligen Vaters zu folgen und eine Denkweise in die EU einzubringen, die es ermöglicht, den freien Markt mit Solidarität zu verbinden? [...] Sind wir – von Portugal bis zu den Grenzen und ich hoffe, inklusive der Ukraine und Weißrusslands – bereit, über unser Europa nachzudenken?

Das sind unsere ethischen Fragen von heute. Das sind die Fragen, die wir beantworten müssen. Wenn Europa solidarisch sein soll, dann müssen auch wir solidarisch sein.

Zum Schluss möchte ich noch das berühmte Sprichwort „Europa wird christlich sein, oder es wird nicht mehr sein“ paraphrasieren: Europa wird solidarisch sein, oder es wird nicht mehr sein.

Diskussion mit dem Publikum

In der Diskussion mit dem Publikum wurde zunächst herausgestellt, dass Solidarität eigentlich ein Wert sei, der in Zeiten des Kampfes und der Unfreiheit große Bedeutung habe, in Zeiten der Stabilisierung jedoch schnell an Bedeutung verliere. Die Diskussionsteilnehmer waren sich einig, dass es sehr wichtig sei, an seinen Werten auch in Zeiten der Stabilität festzuhalten. **Vincuk Viacorka** brachte in diesem Zusammenhang das Beispiel der Ukraine ins Gespräch:

„Die jüngsten Ereignisse in der Ukraine zeigen, wie wichtig es ist, an den Werten festzuhalten, um die man gekämpft hat. Wenn man sie nicht bewahrt, wenn man schnell vergisst, worum und warum man gekämpft hat, sind Rückkehr, Rückschlag, Diskreditierung und Hoffnungslosigkeit möglich. Wir haben das verstanden und denken daran.“

Einen zentralen Diskussionspunkt stellte jedoch weiterhin die Frage dar, ob Solidarität ein Charakteristikum Europas sei oder nicht. Von einigen Rednern wurde das stark in Frage gestellt. Andere wiederum versuchten, optimistisch zu sein.

Ein Diskussionsteilnehmer argumentierte, dass Europa der Ukraine viel zu wenig Unterstützung habe zukommen lassen und es zweifelhaft sei, ob Europa nicht auch im Falle Weißrusslands wieder einen Rückzieher machen werde. Dem wurde jedoch von anderer Seite heftig widersprochen. Ein **oppositioneller Aktivist** Weißrusslands bedankte sich für die Solidarität und die Unterstützung, die ihm und seinen Kollegen von Seiten Polens und Europas entgegengebracht werden. Neben einigen Fakten betonte er, dass Solidarität nicht nur materielle Unterstützung bedeute:

„[...] In der oppositionellen Aktivität zählt nicht immer Geld, nicht immer Hilfe. Der hier anwesende Vincuk Viacorka wird das bestätigen. Die größte Kraft kommt von einer anderen Form von Solidarität: Wenn Du in einer Zelle sitzt und den Glauben verlierst, man Dich demütigt und Dir plötzlich jemand eine Nachricht schmuggelt, in der nur zwei Worte stehen, „Kopf hoch. Wir stehen hinter Dir“. Und diese Nachricht kam nicht aus Weißrussland, sondern aus Polen, von einem bekannten politischen Aktivist. Das ist Solidarität.“

Die Solidarität in Europa verteidigte auch eine junge **Vertreterin der Jugendbewegung „Freies Weißrussland“**. Sie plädierte dafür, die Solidarität in Europa und in Polen nicht allzu pessimistisch zu zeichnen, da sich ihrer Meinung nach die Jugend Europas durchaus für die Ukraine, für Weißrussland, den Libanon und viele andere Länder, denen es schlecht geht, mit großem Engagement einsetze.

Der Vorwurf des Pessimismus wurde auch an **Bischof Jarecki** gerichtet, der sowohl die polnische als auch die europäische Solidarität als krank bezeichnete. In seinem Kommentar sprach er von einer großen Schizophrenie Europas, für die er mehrere Beispiele gab: „[...] Schauen wir uns die Menschenrechte an: Unsere Lippen sind voll davon, doch immer wieder hören wir auch von Arbeitslagern, vom schändlichen Frauenhandel in Europa, in dem einige Regierungen Gegenmaßnahmen blockieren, weil sie finanziellen Nutzen aus dem Status Quo beziehen. Eine Schizophrenie. Auf der anderen Seite der Platz Gottes. Man sagt zwar, dass die diesseitigen, materiellen Grundlagen nicht ausreichen, doch für Gott gibt es im Verfassungsprojekt keinen Platz. Und gleichzeitig erfahren wir aus Umfragen, dass die europäische Gesellschaft eine sehr abergläubische ist und sich alle Arten von Wahrsagern größten Zulaufs erfreuen. Erneut eine Schizophrenie. [...]“

Stephan Raabe plädierte hingegen für mehr Optimismus: „[...] Ich habe eben, als Bischof Jarecki gesprochen hat, Beifall geklatscht und möchte ihm jetzt dennoch widersprechen. Ich denke, dass das, was Sie gesagt haben, richtig ist. Aber nur zur Hälfte. Und die andere Hälfte würde ich kritisch beurteilen. Wenn wir auf Europa schauen, müssen wir uns fragen, ob das Glas halb voll ist oder halb leer. Zunächst einmal ist Europa gerade angesichts der Geschichte, die wir in diesem Jahrhundert hatten, ein Riesenerfolg. In Europa werden die Menschenrechte so unproblematisch wie kaum irgendwo anders in der Welt gewährt. Auch die Religionsfreiheit, die uns die Religionsausübung ermöglicht, gibt es kaum irgendwo sonst auf der Welt. Wir haben die Möglichkeit, dieses Europa weiter zu gestalten. Gemeinsam. Es liegt an uns, inwieweit wir dieses Europa prägen. Also bitte ich darum, das Glas positiv mindestens halb voll zu sehen. Es ist unsere Aufgabe, das, was wir an Werten bereits haben, zu vermehren.“

Schließlich wurde noch auf die Reziprozität von Solidarität eingegangen, insbesondere auf die Frage, welchen Beitrag die „neuen“ Mitgliedsländer im Gegenzug für die Solidarität leisten können, die ihnen seitens der „alten“ Mitgliedsländer entgegengebracht wird. In diesem Zusammenhang wurde vor allem das Verhältnis zwischen Polen und Deutschland angesprochen. **Dieter**

Althaus kommentierte dieses Verhältnis mit einem Verweis auf die gemeinsame deutsch-polnische Geschichte. Hier betonte er die besondere Verantwortung Deutschlands für das Leid, das es während der Diktatur auch über Polen gebracht hatte. Gemeinsame Erfahrungen bildeten seiner Meinung nach jedoch auch eine Quelle der Solidarität. Voraussetzung dafür sei jedoch Vertrauen bzw. eine Solidarität des Vertrauens, die es ermögliche, „auch kritische Fragen miteinander auszutauschen, ohne gleich das Verhältnis grundsätzlich zu belasten.“

Als den größten Erfolg der Diskussion interpretierte **Tomasz Lis** schließlich die sehr breite Definition der Solidarität, deren Konkretisierung letztlich nur beispielhaft erfolgt war: „Wenn wir das Wort Solidarität in Zukunft hören, hoffe ich, dass wir es nicht stereotypisch überhören, sondern dass wir sowohl für die unterschiedlichsten Lesarten der Solidarität als auch für die unterschiedlichen Formen von Egoismus, die für diese Solidarität eine Gefahr darstellen, sensibilisiert sein werden“. ■

Die Zukunft – Kampf der Zivilisationen oder Zivilisation der Kämpfe?

Panel III

Moderator: Krzysztof Bobiński

*Podium: Naika Foroutan
Hans Langendörfer SJ
Stefan Meller
Mariusz Siwoń*

Einführung

Horst Langes

Bei dem Thema dieser Podiumsdiskussion haben die Organisatoren sicherlich an das Buch Huntingtons gedacht, das genau diesen Titel trägt. Ich kann Ihnen dieses Buch nur empfehlen, wobei ich damit nicht sagen will, dass alles in diesem Buch seine Richtigkeit hat. Doch die darin enthaltenen Statistiken und Analysen sind für uns und unsere Diskussion wesentlich. [...]

Im Laufe meines Studiums wurde mir klar, dass mein Volk, aber auch das, was sich die europäische Kultur nennt, zutiefst gespalten war: Dem ungeheuren Glauben an die Wissenschaft stand das – wie es damals hieß – Irrationale, Dumpfe, Dumme der Kirche, des Christentums gegenüber. [...] Nach dem Zweiten Weltkrieg begann jedoch etwas, das Huntington die Rache Gottes nennt, nämlich eine Art Wiederbesinnung auf wesentliche Fragen des Glaubens, des Christentums. [...] 1949 hat die *Invocatio Dei* in die deutsche Verfassung Eingang gefunden, wo sie übrigens auch heute noch, nach dem Zusammenschluss mit der DDR, steht. Diese Gegenbewegung hielt auch in den 70er und 80er Jahren an, nicht zuletzt dank Papst Johannes XXIII.

Was wir also festhalten müssen, ist, dass der Streit um das Wesentliche, um die Werte, innerhalb Europas vorhanden war und ist. Bevor wir uns also mit den anderen befassen, müssen wir uns erst mit uns selbst auseinandersetzen. [...] Wir müssen uns selbst befragen, ob die gegenwärtige Krise nicht auch in unserem eigenen Wesen und System steckt. Und wir müssen uns fragen, was wir tun können, um diese Krise etwa auch im Gespräch mit der Orthodoxie und den Protestanten zu vermindern.

Zweitens müssen wir uns ehrlich sagen, dass Begriffe wie Menschenrechte und Demokratie von uns hinterfragt werden müssen. Ist das, was man in der Menschenrechtsvereinbarung von 1948 in der UNO oder in Helsinki gesagt hat, für diese Welt noch gültig? Sind die Vorstellungen des Demokratischen noch gültig, oder gibt es in der Welt nicht ganz andere Vorstellungen? [...] Wird es in der Türkei verstanden, wenn wir Religionsfreiheit einfordern? Oder herrscht dort nicht ein ganz anderer Begriff von Freiheit und Gleichheit vor?

Das Gespräch mit dem Islam ist zwar notwendig, wir müssen uns aber auch fragen, was Dialog heißt und ob ein Dialog mit dem Islam überhaupt möglich ist. Als politischer Mensch bin ich natürlich dafür, dass man mit Marokko oder Bahrain oder anderen Ländern spricht. Aber können wir mit ihnen einen Dialog führen wie wir ihn mit der Orthodoxie oder den Protestanten aller möglichen Schattierungen führen können? [...] Ich bin sehr skeptisch, ob dies möglich ist.

Krzysztof Bobiński

Das Thema unserer Podiumsdiskussion lautet: „Zukunft – Kampf der Zivilisationen oder Zivilisation der Kämpfe“. Ich denke, dass wir gerade in diesem Kreis eine besondere Verantwortung für diese Zukunft tragen, weil das Fundament der Zivilisationen, über die wir sprechen werden, Religion, eine große Rolle für diese Zukunft spielt und wir hier viele Geistliche und Gläubige unter uns haben.

Zu Beginn möchte ich trotz dem, was Horst Langes gerade gesagt hat, behaupten, dass die Weltreligionen gemeinsame Wurzeln haben, und nicht nur geographische, sondern auch philosophische. Ich würde sogar die Behauptung riskieren, dass wir alle zum selben Gott beten. [...] Vergegenwärtigen Sie sich doch bitte die Art und Weise des Betens: Die Juden stehen und wippen. Wir knien, gelegentlich beugen wir uns nach vorne. Die Muslime knien und beugen sich ganz weit nach vorne. Der Unterschied besteht nur im Grad der Beugung. Auch die Kleidung hat ähnliche Wurzeln. Unsere Priestertracht ist nichts anderes als ein arabisches Männerbekleidungsstück. Auch die Bekleidung einiger Frauenorden entspricht der arabischen Kleidungsweise aus Palästina.

Ich würde daher damit anfangen, dass wir gemeinsame Wurzeln haben, was nicht heißt, dass Menschen mit ähnlichen Religionen und gemeinsamen Wurzeln sich nicht im Namen dieser Religionen gegenseitig ermorden. In Europa waren wir Zeugen von Religionskriegen. Gegenwärtig erleben wir, wie sich auch in der islamischen Welt die Sunniten und Schiiten gegenseitig ermorden. Die Sache ist also nicht ganz einfach.

Als in Dänemark die umstrittenen Karikaturen veröffentlicht wurden, schien es einen Moment lang so, als wäre der Kampf der Zivilisationen bereits ausgebrochen. Zumindest wurde das von den Medien so dargestellt. [...] In Wahrheit war da jedoch sehr viel Manipulation mit im Spiel. In Polen hat man wenig davon bemerkt, dass die Reaktionen auf die Veröffentlichung der Karikaturen auch in der arabischen Welt umstritten waren. Obwohl die Menschen empört waren,

unterstützten sie nicht jede Art von Demonstrationen, die von einigen Politikern zu reinen Manipulationszwecken initiiert wurden.

Der Umstand, dass die arabische Welt für ihre Werte und das Recht eintrat, religiöse Inhalte auf eine aus ihrer Sicht adäquate Art und Weise in der Öffentlichkeit darzustellen, wurde in Polen in einigen Kreisen auch durchaus positiv aufgenommen. Einige Stimmen fragten danach, warum nicht auch die Christen ihre Symbole auf dezidiertere Art und Weise verteidigen. [...] In unserem Alltag haben wir es mit einer unwahrscheinlichen Banalisierung und Beleidigung religiöser Gefühle zu tun, ohne dagegen zu protestieren. Ich denke aber, dass die Art und Weise, wie in der islamischen Welt mit Religion umgegangen wird, auch die Christen in Europa mobilisiert. In England findet man islamische Jugendgruppen, die auch die christliche Jugend mobilisieren. Im Folgenden werden wir vielleicht über die Konflikte und Widersprüche zwischen den Zivilisationen sprechen. Ich denke aber, dass es gute Chancen gibt, eine kreative Lösung für diese Probleme zu finden.

Naika Foroutan

Ich möchte nur kurz darauf eingehen, dass Sie vielleicht Recht damit haben könnten, dass der Kampf der Zivilisationen konstruiert ist. Huntington wurden wegen seiner Theorie sehr viele Vorwürfe gemacht. Unter anderem sagte man, dass er eine *self-fulfilling prophecy* aufgestellt hat, eine Prophezeiung also, die, wenn man sie nur oft genug wiederholt, auch eintritt. Man hat ihm darüber hinaus vorgeworfen, dass er als Berater des US-Außenministeriums eine neue Feindbildkreation vorgenommen hat, nachdem der alte Feind Kommunismus nach dem Ost-West-Konflikt abhanden gekommen war und man die Rolle der Verteidigungsbündnisse im Westen in Frage gestellt sah. Bereits Machiavelli hatte gesagt, dass ein äußerer Feind sehr sinnvoll sein kann, um eine innere Gemeinschaft zu schützen. Und der neue Feind des Westens sollte jetzt die islamische Welt sein. Schließlich wurde der Theorie vorgeworfen, dass sie eigentlich nur diskursiv erzeugt war, also Realität nur diskursiv bestimmt hat.

Auch wenn wir die Probleme dieser Theorie erkennen und den Kampf der Kulturen als konstruiert ansehen mögen, können wir nicht leugnen, dass wir uns jetzt mitten drin befinden. Wir können nicht leugnen, dass neben machtpolitischen, oder geopolitischen oder energiepolitischen Konflikten, die es zwischen dem Westen und der islamischen Welt weiterhin gibt, Kultur in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen hat. Kultur und Religion.

Wir befinden uns also mitten im Kampf der Kulturen. Zur Beschreibung der eben genannten Zusammenhänge möchte ich mit Pierre Bourdieu von Hyperrealität sprechen. Selbst wenn wir die Realität als anders gegeben anerkennen, gibt es oberhalb dieser Form von Realität eine Form von Hyperrealität, die unser Dasein jetzt bestimmt. Ein Beispiel: Wenn man einem kleinen Kind immer wieder sagt, „geh nicht in den Keller, im Keller ist der Schwarze Mann“, dann ist das natürlich nicht wahr, und im Keller gibt es keinen schwarzen Mann. Aber die Angst des Kindes ist real. Deswegen müssen wir jetzt auch den Kampf der Kulturen als real ansehen, auch wenn wir möglicherweise der Meinung sind und auch wissen, dass die wahren Bedrohungen der westlichen Gesellschaften in der Arbeitslosigkeit, im demographischen Wandel und der Überalterung der Gesellschaftsstrukturen liegen. Trotzdem müssen wir die gefühlte Bedrohung der westlichen Gesellschaft anerkennen. Um mit dem Problem jedoch besser umgehen zu lernen, müssen wir zunächst nach Erklärungen suchen. Wir müssen uns also fragen, warum es diesen Konflikt gibt.

Die Analyse dieses Konfliktes möchte ich gern mit dem 11. September als Schlüsseldatum beginnen. Die Bombenattentate vom 11. September verstehen wir zunächst als Angriff der Islamisten auf die westliche Welt. Wir müssen uns aber fragen, ob der Kampf der Kulturen tatsächlich an diesem Datum ausgebrochen ist. Wenn wir das hinterfragen, können wir feststellen, dass es nach dem 11. September einen kurzen Moment der enormen Solidarität auch seitens der arabischen Welt gab. Jordanische Frauen legten Blumen vor die amerikanische Botschaft in Damaskus. Es gibt ein Kondolenzschreiben des Bürgermeisters von Teheran an den damaligen Bürgermeister Giuliani. Es gibt Fotos und Bilder von Demonstrationen und Solidaritätsbekundungen, die von der Türkei bis nach Pakistan reichen.

Die Bereitschaft zum Kampf der Kulturen war also keinesfalls sofort da. Die Solidarität hat noch eine ganze Weile angehalten. In Afghanistan war man sogar bereit, eine internationale Allianz gegen den Terror zu gründen, an der auch islamische Staaten, unter anderem Iran, Indonesien, Pakistan oder die Türkei, teilnehmen sollten.

Dann kam jedoch der Irakkrieg, der sozusagen den umgekehrten Angriff darstellt. In der arabischen Welt wird er als Angriff des Westens auf die islamische Welt interpretiert. Im Irakkrieg hat der Westen sehr viel an seiner Glaubwürdigkeit verloren. Sie müssen überlegen, dass gerade seit dem 11. September und besonders seit dem Irakkrieg die westlichen Werte, die von den Islamisten angeblich angegriffen werden, ganz massiv von den eigenen Regierungen untergraben werden. In dem Sinne kann man natürlich sagen, dass Osama Bin Laden Erfolg hatte. Fakt ist, dass der Kampf der Kulturen seit diesem Moment in aller Munde ist und wir uns jetzt fragen müssen, was dem wirklich zu Grunde liegt.

Soeben habe ich die drei einschneidenden Momente genannt, die dazu geführt haben, dass der Kampf der Kulturen von der Hypothese Huntingtons schrittweise in die reale Politik übergegangen ist. Nun möchte ich auf die Ursachen eingehen, die diesem Prozess zu Grunde liegen.

Eine allgemein anerkannte Ursache des Problems wird auf Seiten des Westens zunächst in der Globalisierung, insbesondere der Erschließung neuer Märkte, gesehen. Exportiert werden jedoch nicht nur wirtschaftliche, sondern auch moralische Werte. Auf Seiten der islamischen Welt gibt es wiederum den Anspruch nach fünfzig Jahren Blockkonfrontation endlich auch an der Neustrukturierung der Weltordnung beteiligt zu sein. Im Bewusstsein der Muslime waren sie für die Gestaltung der Weltordnungspolitik fünfzig Jahre lang absolut nicht relevant. Ihr Anspruch auf Mitgestaltung prallt nun mit dem westlichen Anspruch auf Globalisierung und den Export westlicher Werte zusammen.

Eine weitere Quelle der Konflikte ist daneben sicherlich auch im Wegfall der Ideologien zu sehen. Als nach den langen Jahren des Kalten Krieges die Ideo-

logien weggefallen sind, waren die ersten Jahre auch innergesellschaftlich von der Suche nach einem neuen Sinn geprägt. In dieser Zeit haben die Religionen wieder an Bedeutung gewonnen, und das auf *beiden* Seiten. Dass Religion an Wichtigkeit gewonnen hat, ist also ebenfalls ein wichtiger Prozess, der dem Kulturkampf zu Grunde liegt.

Warum ist dem so?

Die islamische und die christliche Religion scheinen eine gewisse Prädisposition dafür zu haben, aufeinander zu prallen. Diese Prädisposition rührt aus einer Art kollektiver Trauma-Erlebnisse. Vamik Volka, ein amerikanischer Psychoanalytiker der Universität Virginia, hat gezeigt, dass Großgruppen Traumata wie psychosoziale Gene von Generation zu Generation weitervererben können. Bei den Juden können Sie sich sicherlich vorstellen, dass man den Holocaust als Trauma auffasst. Doch auch zwischen Muslimen und Christen hat es Ereignisse gegeben, die sich als Traumata auffassen lassen.

Für die Christen können z.B. die Eroberung Andalusiens durch die Mauren im 8. Jh., die Zerstörung der Grabeskirche in Jerusalem im 11. Jh. oder aber die Türken vor Wien als traumatische Gegebenheiten aufgezählt werden. Auf Seiten der islamischen Welt gibt es wiederum andere, eigene Traumata. Hier beginnen sie beispielsweise mit den Kreuzzügen. Sie ziehen sich weiter über den Ägyptenfeldzug von Napoleon, über die Kolonialisierung, die Unterdrückung demokratischer Gesellschaftsstrukturen und die ganz massive Unterstützung autoritärer Diktaturen und Regime bis in die heutige Zeit hinein. Hinzu kommt die Ressourcenausbeutung durch den Westen.

Das Gefühl der Großkollektive, angegriffen worden zu sein, ist auf beiden Seiten vorhanden. Diese historischen Ereignisse schreiben sich im kollektiven Gedächtnis fest und kreieren Feindbilder. Diese Feindbilder sind jedoch nicht starr. Sie lassen sich immer wieder aufrufen und modifizieren. Sie führen dazu, dass man nicht nur andere ausgrenzt, sondern auch sein eigenes Bild neu definiert. Dieses neue Bild, was auch *invented tradition* genannt werden kann,

führt dazu, dass man seine eigenen Werte gegenüber denen der Anderen als höherrangig klassifiziert. Man meint auf beiden Seiten, selbst eine bessere Form der Zukunftsgestaltung zu haben. Von Seiten des Westens sieht man diese Zukunftsgestaltung z.B. in der Demokratisierung der islamischen Welt bzw. des Nahen Ostens. Im Nahen Osten wird diese Form der Demokratisierung jedoch als Neo-Kolonialisierung aufgefasst.

Beide Seiten nehmen also für sich in Anspruch, die Wahrheit selbst neu definieren zu können, weil sie beide den Anderen jeweils als ungerecht ansehen. Sie sehen vielleicht in erster Linie die Gefahr der bärtigen Muslime, der Bombenleger, der Terroristen. Sie müssen aber auch begreifen, dass der Westen in der islamischen Welt ganz anders wahrgenommen wird, als Sie ihn vielleicht wahrnehmen. Wenn Sie beschreiben sollten, was die Islamisten gegen den Westen haben, würden Sie wahrscheinlich sagen, dass sie die Werte des Westens zerstören wollen. Würde man Sie fragen, welche Werte das sind, würden Sie wahrscheinlich Demokratisierung, Pluralismus, Freiheitsrechte, Offenheit etc. aufzählen. Für die islamische Welt sind das jedoch keineswegs die Werte des Westens. Die islamische Welt ist durch Erfahrungen mit der westlichen Welt traumatisiert, die keineswegs demokratisch oder freiheitlich, sondern sehr stark kolonialistisch, durch Fremdherrschaft, Ausbeutung, ständige Demütigung und immer wieder fortwährende Lüge bestimmt waren.

Beide Seiten haben unterschiedliche Selbst- und Fremdwahrnehmungen, die dazu führen, dass sich beide Seiten jeweils im Recht und den Anderen als grausam ansehen und der Meinung sind, das Ganze müsste durch ihren Eingriff korrigiert werden. So lange es auf beiden Seiten diesen Korrekturwahn gibt, wird es auch den Kampf der Kulturen geben.

Mariusz Siwoń

Es gibt wohl wenige Begriffe oder Slogans in der Politologie, die eine solche Karriere gemacht haben, wie der „Kampf der Kulturen“ Huntingtons. Wenn es um die Anzahl der Zitate und Symposien geht, wäre vielleicht sonst nur das

„Ende der Geschichte“ Fukuyamas vergleichbar. Da dieses Konzept so häufig diskutiert wird, habe auch ich mich zunächst dieses Instruments bedient, um die Situation im Kosovo zu analysieren. Ich habe versucht, den Konflikt im Kosovo mit Hilfe dieses Konzepts des „Kampfes der Kulturen“ zu ordnen, weil der Mensch nun mal diese Tendenz hat, sich gewisse Sachen ordnen und erklären zu wollen. Meine Erfahrungen mit der Durchführung einer solchen Analyse haben mich zu der Erkenntnis geführt, dass die Verwendung solcher Instrumente trügerisch sein kann. Einerseits erlauben sie es uns, alles zu erklären. Andererseits kann es aber auch sein, dass sie nichts erklären. An dieser Stelle möchte ich das an einigen Beispielen aus dem Kosovo verdeutlichen.

Die erste Situation, die ich beschreiben möchte, sieht folgendermaßen aus: Im Kosovo hatten wir es natürlich mit internationalen Truppen zu tun, deren Ziel es war, die albanische Bevölkerung vor Attacken des serbischen Staates zu schützen. Die albanische Bevölkerung Kosovos ist zu 90% muslimisch. Also hatten wir es hier keineswegs mit einem Kampf der Kulturen zu tun, sondern mit einer Situation, in der Vertreter der christlichen, westlichen Welt sich für den Schutz der muslimischen Bevölkerung einsetzen. Welche die Ursachen dieses Einsatzes waren, ist noch einmal eine andere Frage. Auf jeden Fall hatten wir es hier mit einer Situation zu tun, die den Analyserahmen des Huntingtonschen Konzepts des Kampfes der Kulturen sprengt.

Das zweite Problem, das sich vor dem Hintergrund dieses Konzepts stellt, ist der evidente religiöse Konflikt im Kosovo-Krieg. Seit 1999 schätzt man, dass im Kosovo etwa 120 alte orthodoxe Kirchen zerstört wurden. In derselben Zeit wurden etwa 200 Moscheen gebaut. Es geht nicht darum, diese Zahlen zu verifizieren. Die Veränderungen sieht man mit dem bloßen Auge, wenn man durch den Kosovo fährt. Auf der einen Seite werden da riesige, schöne Moscheen gebaut. Auf der anderen Seite finden wir Ruinen orthodoxer Kirchen vor, so zum Beispiel in Decan, der Perle der europäischen Kultur. Das Kloster hier wird zu seinem Schutz von einem militärischen *cordon* umstellt. Wenn es nicht geschützt wäre, würde es wohl innerhalb kürzester Zeit zerstört.

Bei diesem Beispiel könnten wir vielleicht sagen, dass wir es mit einem Konflikt zwischen der islamischen und der christlichen Welt – hier vertreten durch die Orthodoxe Kirche – zu tun haben, wenn nicht eine gewisse Ergänzung nötig wäre. Leider behandelt auch die Orthodoxie in diesem Zusammenprall der Zivilisationen die Katholische Kirche als Feind. Ich empfehle einen Bericht der serbischen Orthodoxie über die Situation der Serben und der Orthodoxen Kirche im Kosovo und Metohija. In diesem Bericht wird die Katholische Kirche angeklagt, anti-orthodoxe Tendenzen zu unterstützen. Natürlich wird ihr nicht vorgeworfen, die Zerstörung der Kirchen und Kloster zu ermutigen. Es wird ihr aber vorgeworfen, die Geschichte zu verfälschen, wenn sie beispielsweise behauptet, dass die orthodoxen Klöster auf noch älteren katholischen Fundamenten stehen.

Das nächste interessante Detail der Situation im Kosovo ist die nationale Symbolik dieser Bevölkerung Albaniens, die eigentlich zu 90% muslimisch ist. Wenn wir uns die nationale Symbolik anschauen, die Figuren, die für die Albaner als Helden gelten, dann stellen wir fest, dass z.B. Georg Kastrioti, ein mittelalterlicher Kämpfer, den Kampf der Albaner gegen die Türkei symbolisiert. Er war jemand, der vom Papst als der Verteidiger des Glaubens bezeichnet wurde. Auch Mutter Teresa aus Kalkutta, die wirklich sehr populär ist, gilt als nationales Symbol, unabhängig davon, ob es sich um Moslems oder Katholiken handelt. Mutter Theresa wird von den Kosovaren sehr geschätzt und verehrt. Und so gerät an dieser Stelle alles wieder durcheinander.

Im Kosovo ist meiner Meinung nach ein anderer Konflikt sichtbar. Die Bevölkerungsgruppe, die zu 90% muslimisch ist, war lange Zeit starken säkularisierenden Tendenzen ausgesetzt. Im Kosovo waren die früheren kommunistischen Regime sehr einflussreich. Auf die muslimische Bevölkerung hatte auch das durch Hoxha regierte Albanien, ein stalinistischer Staat, einen großen Einfluss. Und auch das spielt eine Rolle, wenn man von der albanischen Bevölkerung spricht, von der man sagt, sie sei muslimisch, während sie eigentlich eher säkularisiert ist. Eine Reibungsfläche besteht somit auch zwischen dem Islam und der Säkularisierung.

Hans Langendörfer SJ

Ich will denselben Weg gehen, den meine Vorredner gegangen sind und zunächst eine Analyse vorschlagen, um von da aus einen Schritt weiterzugehen und zu diskutieren, was uns denn abverlangt ist und was wir tun sollten.

Erlauben Sie mir vor dem Blick in die Zukunft jedoch einen kurzen Rückblick. Es steht außer Frage, dass sich die politische Architektur der Welt seit den Revolutionsjahren um 1989 – die in Polen bereits rund zehn Jahre zuvor ihren Anfang genommen haben – grundlegend gewandelt hat. Die für uns über Jahre so vertraute bipolare Weltordnung wurde durch eine andere Ordnung ersetzt, in der es wohl nur noch eine Weltmacht, aber auch eine Fülle weiterer Akteure auf dem Spielfeld der internationalen Politik gibt, oftmals entstanden durch ihre zunehmende ökonomische Potenz. Hier ist insbesondere Asien mit China, aber auch Indien, zu nennen. Diese politische Multipolarität, die uns allen unübersichtlich ist, verbindet Samuel P. Huntington mit einer zweiten Wahrnehmung: Diese neuen Akteure entstammen unterschiedlichen Kulturkreisen. Die Weltpolitik ist damit nicht nur multipolar, sondern zugleich multikulturell. Und die Kulturverhaftung ist es, die in dieser multipolaren Ordnung für die Einzelnen in großem Maß identitätsbildend ist und als Kriterium der Abgrenzung gegenüber den anderen dienen kann. Nach den Zeiten, in denen jeweils Fürsten gegen Fürsten, Nationen gegen Nationen und Regime gegen Regime gekämpft haben, sei nun die Zeit gekommen, in der Kulturen aufeinander prallen werden, so die These Huntingtons, die er bereits 1993 formuliert hat.

Die Entwicklungen seitdem scheinen ihm Recht zu geben: Zunächst die Kriege auf dem Balkan, dann der 11. September, gefolgt von blutigen Auseinandersetzungen in Afghanistan und im Irak, von Anschlägen und Attentaten in Madrid, Bali, London und an vielen Orten. Es lässt sich nun trefflich darüber streiten, ob und wie all dies Zeichen eines Kampfes der Kulturen sind oder ob hier nicht doch wieder Macht- und Interessenfragen die eigentlich bestimmenden Faktoren sind, seien es Interessen von mehr oder weniger legitimierten Regierungen oder von fanatischen Einzelnen, Gruppen oder Netzwerken. Denn

auch dies gehört zu der neuen Unübersichtlichkeit: dass nicht mehr nur Staaten miteinander in Konflikt geraten, sondern dass sich mitunter nicht genau definierbare Gruppierungen miteinander, aber auch mit Staaten auseinandersetzen.

Selbstverständlich sind Terror und Gewalt und Menschenverachtung durch nichts zu rechtfertigen – da möchte ich nicht missverstanden werden. Dennoch lohnt es sich, nach den Gründen für diese Form der Auseinandersetzung noch vertieft zu fragen. Dies ist für die Kirche um so nahe liegender, als bei Huntington nicht nur die Kulturen stark religiös geprägt erscheinen, sondern tatsächlich auch viele der Attentäter augenscheinlich religiös motiviert sind.

- Unmittelbar nach den Anschlägen vom 11. September wurde als ein Begründungszusammenhang die große Ungerechtigkeit in der Verteilung des Wohlstandes weltweit angeführt. Diese Dimension dürfen wir sicher nicht unterschätzen. Sie bildet ohne Zweifel den Subtext für viele der Entwicklungen. Sie dürfte als Erklärung aber kaum ausreichen, da etwa die wohl organisierten Anschläge des 11. September gerade von Personen aus den ökonomischen Eliten geplant und von Menschen ausgeführt wurden, die in den westlichen Gesellschaften auskömmlich leben konnten.
- Hier kommt wohl eine zusätzliche Dimension hinzu, die der deutsche Soziologe Hermann Schwengel überzeugend herausgearbeitet hat: Die Modernisierungsprozesse, die den Westen seit dem 18. Jahrhundert erfasst haben, durch berufliche, geographische und soziale Mobilisierung, Differenzierung der Gesellschaft in ökonomische, politische, kulturelle und soziale Funktionssysteme, Steigerung der allgemeinen Partizipationsbereitschaft und Individualisierung der sozialen Konflikte, verbunden mit einer ungeheuren Erweiterung des naturwissenschaftlichen und technischen Wissens sind drauf und dran, sich durch die Globalisierung (ein Begriff, den Huntington noch nicht gebraucht hat) weltweit auszubreiten. Doch dies wird, und das ist wohl auch ein Kern in Huntingtons These, in anderen Kulturkreisen abgelehnt.

- Zu der Absage an globale Ungerechtigkeit und der Absage an eine einfache Übernahme westlicher Modernisierungserfahrungen kommt, so scheint mir, noch ein drittes, das der Papst vergangenen Sonntag bei seiner Predigt in München sehr eindrücklich beschrieben hat, hinzu:

„Die Völker Afrikas und Asiens bewundern zwar unsere technischen Leistungen und unsere Wissenschaft, aber sie erschrecken zugleich vor einer Art von Vernünftigkeit, die Gott total aus dem Blickfeld des Menschen ausgrenzt und dies für die höchste Art von Vernunft ansieht, die man auch ihren Kulturen aufdrängen will. Nicht im christlichen Glauben sehen sie die eigentliche Bedrohung ihrer Identität, sondern in der Verachtung Gottes und in dem Zynismus, der die Verspottung des Heiligen als Freiheitsrecht ansieht und Nutzen für zukünftige Erfolge der Forschung zum letzten ethischen Maßstab erhebt.“

Dieser dritte Punkt scheint mir von besonderer Bedeutung, auch wenn natürlich die Berufung auf Gott nie Terror und Gewalt legitimieren kann. Man muss Huntingtons Überlegungen zu einem „Clash of Civilizations“ also nicht in allem folgen, einen gewissen heuristischen Wert für die Beschreibung der aktuellen globalen Realität wird man ihnen aber doch zuschreiben müssen. Doch was folgt daraus? Was ist zu tun?

Die Veranstalter haben uns hier eine Alternative vorgegeben: die „Civilization of Clashes“. Was kann damit gemeint sein? Zunächst, meine ich, muss man zwei mögliche Lesarten dieser Formulierung ausschließen: „Civilization of Clashes“ kann nicht meinen, dass wir uns mit der Tatsache von Konflikten und dem Aufeinanderprallen von Kulturen einfach abfinden. Es wäre eine Absage an jeden Begriff von Kultur und Zivilisation, wenn wir Konflikte als unabänderlich hinnähmen, weil „die Welt nun mal so sei“. Ebenso wenig aber reicht es, wenn man nur versuchen würde, die gewalttätigen Auswüchse der Clashes zu verhindern und einem unverbundenen Nebeneinanderbestehen aller Kulturen das Wort redet. Schlichte Beliebigkeit und Sprachlosigkeit untereinander wären ebenfalls ein Abschied vom Begriff der Kultur.

Wenn hier von „Civilization of Clashes“ die Rede ist, dann kann es nur darum gehen, eine „Kultur des Dialogs“ zu entwickeln. Leider ist der Begriff des Dialogs bisweilen etwas entwertet, da gelegentlich jedes Gespräch, auch wenn man eher aneinander vorbei redet, als Dialog bezeichnet wird. Um dies zu vermeiden, muss uns unsere eigene Ausgangsposition bewusst sein. Dazu abschließend einige Thesen:

Um wirklich in einen Dialog mit anderen Kulturen eintreten zu können, zu dem uns Papst Benedikt in seiner Vorlesung an der Universität Regensburg erneut eindringlich aufgefordert hat, bedarf es, wie mir scheint, dreier Bedingungen:

- Wir müssen die Ungerechtigkeit bei der Verteilung der Güter in der Welt wahr- und ernst nehmen. Was wir durch Zölle, Handelsbeschränkungen oder in Doha-Runden tun, be- oder verwirkt die Glaubwürdigkeit der reichen westlichen, europäischen Gesellschaften in anderen Teilen der Welt.
- Wir müssen auf die Behauptung universalistischer Modernisierungsprinzipien verzichten. So wie es die Kirche in den besten Zeiten ihrer Mission verstanden hat, die jeweiligen kulturellen Eigenheiten der Länder, in denen sie den Glauben verkünden wollte, aufzunehmen, so muss auch der Westen, wenn er für seine „modernisierte Form“ des Lebens werben will, verstehen lernen, dass diese in anderen Teilen der Welt und in anderen Kontexten nicht in gleicher Weise möglich und gewollt ist und dass er in der Lage sein muss, die jeweiligen dortigen Traditionen anzunehmen. Dabei bleibt freilich ein normativer Kern unverzichtbar, nämlich die Überzeugung, dass der Mensch unveräußerliche Menschen- und Freiheitsrechte hat.
- Wenn wir in unseren westlichen Gesellschaften – und diese enden nicht am ehemaligen Eisernen Vorhang – wirklich zu einer Kultur des Dialoges in der Lage sein wollen, dann müssen wir den „Zynismus, der die Verspottung des Heiligen als Freiheitsrecht ansieht“, wie ich den Papst

vorhin zitiert habe, überwinden. Wir müssen eine echte Toleranz und kulturelle Offenheit entwickeln, die – so Papst Benedikt – „die Ehrfurcht vor Gott einschließt – die Ehrfurcht vor dem, was anderen heilig ist. Diese Ehrfurcht vor dem Heiligen der Anderen setzt voraus, dass wir selbst die Erfahrung Gottes wieder lernen. Diese Ehrfurcht kann in der westlichen Welt nur dann regeneriert werden, wenn der Glaube an Gott wieder wächst, wenn Gott für uns und in uns wieder gegenwärtig wird“. Dafür zu werben, das scheint mir die „Rolle der katholischen Kirche im Prozess der europäischen Integration“ zu sein, zu der diese internationale Konferenz tagt. Die besondere Herausforderung dieser Aufgabe wird es sein, Glaube und Moderne, Glaube und Vernunft nicht gegeneinander auszuspielen. Wir dürfen – und ich möchte noch einmal den Papst zitieren – der Größe der Vernunft nicht eine schlichte Absage erteilen, sondern müssen „den Mut zur Weite der Vernunft“, die das Göttliche einschließt, aufbringen. Das wäre eine echte Chance für eine „Kultur gegen den Clash“.

Stefan Meller

Der Titel „Zukunft – Kampf der Zivilisationen oder Zivilisation der Kämpfe?“ impliziert, dass wir eine Wahl haben, wir wählen entweder das erste oder das zweite und diagnostizieren so den Zustand unserer Welt. Ich meine, dass die Vorstellung einer Kultur der Kämpfe auf Europa eigentlich schon seit jeher zutrifft. Seit Europa existiert, haben wir es mit einer Kultur der Kämpfe zu tun; so hat sich Europa entwickelt, bekämpft und wieder integriert. Kampf ist eine von Europas immanenten Eigenschaften.

Ihre Art und Weise hingegen, die äußere Welt zu erkennen – sei es die Entdeckung Amerikas oder die Asienexpeditionen – war durch etwas ganz anderes gekennzeichnet. Es ging weniger um Konfrontation, denn um Erkenntnis und Entdeckung von etwas Neuem. Ich denke nicht, dass sich die Geschichte seit dem späten Mittelalter als Kampf oder Konfrontation bezeichnen lässt. Genauso wie auch die Expansion der Macht und der Gebiete des Römischen Reiches kein Kulturkampf war, auch wenn das durchaus gelegentlich vorkam.

Der Kampf der Zivilisationen, wie wir ihn verstehen und diagnostizieren, ist ein neues, spätes Phänomen, das mit der Globalisierung, Entkolonialisierung, mit dem Zerfall der Welt in politische Lager zusammenhängt. Am Rande bemerkt: In meinem Empfinden hatten wir es nie mit dem Zusammenprall des Kommunismus mit der Demokratie zu tun, sondern mit dem Kampf des Totalitarismus gegen die Freiheit der Menschen – das war kein ökonomischer Zusammenprall. In der heutigen Situation hat der Kampf der Zivilisationen eine globale Dimension erreicht. Im Unterschied zur Kultur der Kämpfe umfasst das Phänomen Politik, Kultur, Konfession, Wirtschaft und Gesellschaftssysteme. Ich denke, dass wir in einer Zeit leben, in der beide Phänomene, sowohl der Kampf der Kulturen als auch die Kultur der Kämpfe, gleichzeitig auftreten.

Allein die Diagnose führt meiner Meinung nach jedoch nicht weit. Notwendig ist die Frage [...], wie man unter solchen Bedingungen überhaupt einen Dialog führen soll? Lässt sich das mit dem Werkzeug, das uns heute zur Verfügung steht, überhaupt bewerkstelligen? Die Antwort darauf ist sehr schwer und ich möchte auch gar keine geben. Der verstorbene Premier Chinas antwortete 1989 anlässlich des 200-jährigen Jubiläums der französischen Revolution auf die Frage, was er von der Revolution halte: Es ist wohl noch nicht genug Zeit verstrichen, damit ich ein Urteil abgeben kann.

Wir leben inmitten dieses jungen Phänomens, der Koexistenz der Zivilisation der Kämpfe und des Kampfes der Zivilisationen. Noch scheint es früh genug zu sein, um in jedem Bereich, sowohl dem politischen, als auch dem wirtschaftlichen, kulturellen und religiösen nach Lösungen zu suchen. Ich befürchte nämlich, dass der Umstand, dass beide Phänomene zusammen auftreten, die Perspektiven der globalen Entwicklung gänzlich verändern wird. Aus meiner Sicht sind diese Themen substantiell genug, um auf die Agenda internationaler Organisationen zu gelangen. Das ist eine absolut prioritäre Angelegenheit, denn es geht um den Sinn des Zusammenlebens der Menschheit auf unserem Planeten. Die wesentliche Frage ist also eine existentielle und nicht bloß eine technische, die die Technik des Dialogs anspricht.

Diskussion mit dem Publikum

In der Diskussion mit dem Publikum wurde vor allem vertieft, ob ein Dialog zwischen dem Islam und der westlichen Welt überhaupt möglich sei, welche Rolle dabei dem Christentum zufalle und was die Probleme und Voraussetzungen einer solchen Annäherung wären.

Die Schwierigkeiten eines Dialogs zwischen dem Islam und der westlichen Welt wurden unter anderem in der Gewaltbereitschaft des Islams, in dem gänzlich anderen kollektiven Gedächtnis der islamischen Welt sowie in der fehlenden Trennung von Staat und Religion im Islam gesehen. **Michael Gahler** sah im letzten Punkt die Hauptquelle von Missverständnissen:

„Die Einheit von Staat und Religion im Islam hat zur Folge, dass die Herrschaft absolut ist und mit der einen oder anderen Sure gerechtfertigt werden kann. [...] Ich würde mir den Diskurs mit den anderen Religionen in einer Atmosphäre wünschen, in der nicht gleichzeitig Fragen der Religion, der Staatlichkeit oder der Selbstbestimmung faktisch in Frage gestellt werden. Der Islam hat es noch nicht geschafft, Staat und Religion effektiv auseinander zu halten. Ich glaube, das ist eines der grundlegenden Probleme.“

Ein zentrales Thema der Debatte war vor allem die Geschichtswahrnehmung. Einige Redner berichteten von ihren Erfahrungen mit Muslimen, die in gemeinsamen Gesprächen auf Themen zu sprechen kamen, die aus westlicher Sicht längst verjährt sind. **Naika Foroutan** versuchte, diese Zusammenhänge mit Verweis auf die unterschiedlichen Wahrnehmungen zu erklären:

„Es gibt unterschiedliche Wahrnehmungen von Geschichte. Das kollektive Gedächtnis, das ich vorhin mit traumatisiertem Gedächtnis versucht habe zu beschreiben, ist das, was Geschichte nicht verschwinden lässt. Wenn Sie sagen, dass die Kreuzzüge schon so lange her sind, dass man dafür heute niemanden mehr verantwortlich machen kann, möchte ich entgegenen, dass das Bedürfnis nach Verantwortung, nach der Identifizierung von Tätern, etwas ist, das es

nicht nur bei traumatisierten Gesellschaften, sondern auch bei traumatisierten Personen immer wieder gibt. Das heißt, dass die Aufarbeitung der Geschichte einen ganz wichtigen Punkt darstellt, um Dialoge zu beginnen. Um aber nicht allzu pessimistisch zu sein, möchte ich darauf aufmerksam machen, dass der Moment für den Dialog ganz häufig der Konflikt ist. Erst wenn wir uns mitten im Konflikt befinden, öffnen wir die Augen und die Bereitschaft für den Dialog. Solange wir nicht im Konflikt sind, erkennen wir noch nicht die Notwendigkeit an. Wenn wir uns aber im Konflikt befinden und den Dialog beginnen müssen, beginnt das meiner Meinung nach mit etwas vielleicht sehr Christlichem, nämlich der Frage nach Schuld und Sühne. Damit meine ich vor allem den Gedanken, sich Schuld auch einzugestehen. Das ist allerdings sehr schwierig, wenn man seine Schuld nicht wahrnimmt, wenn man für sich in Anspruch nimmt, dass das, was man gemacht hat, immer eigentlich etwas Gerechtes war.“

Die Geschichts- und Perzeptionsproblematik wurde daraufhin von mehreren Diskussionsteilnehmern kommentiert. **Christoph Böhr** machte in diesem Zusammenhang auf einen wichtigen Punkt aufmerksam:

„Wenn ich einen Dialog über verschiedene Perzeptionen beginnen will, dann brauche ich selbst als Teilnehmer dieses Dialogs eine Perspektive. [...] Und meine Frage ist: Was ist unsere Perspektive, wenn wir mit einem anderen Kulturkreis wie dem islamischen in den Dialog treten? [...] Der Papst sagt, dass es eine Pathologie der Vernunft gibt, die die Transzendenz des Menschen ausklammert. Das setzt aber voraus, dass es eine allgemeine, verbindliche Vernunft gibt, die wir als die Grundlage jeden interkulturellen Dialoges für uns beanspruchen. Die Frage ist, ob wir von dieser Verbindlichkeit für uns absehen können und ob wir andere aus dieser Verbindlichkeit entlassen können. Beide Fragen müssen mit einem Nein beantwortet werden. Und so lange wir uns in dieser Frage nicht einig sind, kann es keinen fruchtbaren Dialog mit anderen Kulturkreisen geben.“

Eine etwas andere Perspektive vertrat unter anderem **Mariusz Siwoń**:

„Ich denke, dass die islamische Welt zurzeit dämonisiert wird. Ich paraphasiere Voltaire: Wenn es den islamischen Terrorismus nicht gäbe, würden wir Europäer ihn uns ausdenken. Warum? Weil er uns angesichts unserer Identitätsprobleme und der Schwierigkeit zu sagen, wer wir sind und wohin wir wollen, enorm hilft, über die Abgrenzung von den Anderen zumindest zu sagen, wie wir nicht sind. Wir wissen nicht, was Europa ist – es gibt in Europa keinen Konsens über die europäischen Werte, die Diskussion dauert an – aber so wie die islamischen Extremisten sind wir nicht.“

Die Debatte stellte auch die Frage nach der Rolle der Christen in dem Dialog zwischen der westlichen Welt und dem Islam dar. Von einigen Diskussions-Teilnehmern wurde die Meinung vertreten, dass gerade den Christen eine ganz besondere Rolle in diesem sicherlich schwierigen Dialog zufalle, weil sie die Einzigen sind, die vom Islam als Vermittler anerkannt werden.

Um zu verdeutlichen, dass ein Dialog zwischen dem Westen und dem Islam durchaus möglich ist, schloß **Wladyslaw Bartoszewski** die Diskussion mit einer Anekdote aus seiner Zeit als Außenminister:

„Ich bin kein Theologe und habe bis vor kurzem keine Ahnung von den theologischen Spannungen zwischen dem Christentum und dem Islam gehabt. Natürlich informiere ich mich, aber ich bin nicht sachkundig. In meiner Erfahrung als Außenminister habe ich gute Erfahrungen mit sechs islamischen Ländern gesammelt. Es hängt alles von der Methode ab. 1995 war ich in Saudi-Arabien, 2000 in der Türkei, dann in Gaza, Libyen und im Iran. Am besten habe ich mich merkwürdigerweise mit dem Iran einigen können, weil ich zu dem Gespräch einen Schlüssel gesucht habe. [...]

Ich wollte vom Iran nur eines: die Genehmigung für die Erneuerung der polnischen Friedhöfe im Iran. Es gibt fünf polnische Friedhöfe im Iran, auf denen Tausende Polen, Opfer des Stalinismus, begraben liegen. 1942 wurden infolge einer Intervention Churchills 80.000 Polen in den Iran gebracht und gerettet. Viele sind geblieben, haben Familien, polnisch-iranische Familien, gegründet,

die wir bis heute vorfinden. Keine Wolke hatte seitdem das Verhältnis zwischen Polen und dem Iran getrübt. Das habe ich mir als Rezept für das Gespräch überlegt. [...]

Am nächsten Tag hatte ich meinen Termin beim Präsidenten. Und ich habe theologisch angefangen und mich zunächst dafür bedankt, dass er mich empfangen hat. Ich sagte: ‚Als Staatsoberhaupt mussten Sie doch nicht einen bescheidenen Außenminister wie mich persönlich empfangen.‘ Und ich fuhr fort: ‚Herr Präsident, ich bin gottgläubig, ich bin katholisch, ich glaube an Gott. Sie sind ein Theologe, ein bedeutender Theologe, nicht nur ein Staatsoberhaupt. Können Sie mir erläutern, ob wir an denselben Gott glauben?‘ Er hat mich angesehen und genickt. Darauf sagte ich: ‚Herr Präsident, ich bin nicht gekommen, um den Iran zu kritisieren, ich bin nicht hier, um mich als Europäer wichtig zu machen, denn ich bin nicht sachkundig. Ihre Kultur ist älter als unsere Kultur in Mitteleuropa. Aber: Wir haben eine gemeinsame Geschichte. Ich bin gekommen, um mich bei Ihnen herzlich für die Großzügigkeit und für die Achtung der Menschenrechte seitens der Iraner zu bedanken.‘ Das war eine Premiere. Niemand aus Europa hat sich jemals beim Iran für die Achtung der Menschenrechte bedankt. [...] Ich fuhr fort: ‚Es geht um das Jahr 1942. 80.000 Polen wurden aus der gottlosen, kommunistischen, stalinistischen Sowjetunion in den Iran gebracht, vom iranischen Volk gerettet und herzlich und menschlich empfangen. Einige sind später weiter gewandert, andere sind geblieben. Wir haben fünf christliche Friedhöfe hier, auf denen diese Menschen, diese Opfer der Willkür, des gottlosen Kommunismus begraben sind. Ich habe die bescheidene Bitte, auf unsere Kosten diese Friedhöfe renovieren zu dürfen und im kommenden Jahr, 2002, das 60-jährige Jubiläum der großzügigen iranischen Aktion zugunsten der Polen gemeinsam begehen zu können.‘ ‚Ich habe nichts dagegen,‘ sagte er. Und dies wurde von meinem Nachfolger dann auch durchgeführt. [...] Ich sehe überhaupt keine Probleme. Es hängt alles von der Methode ab.“ ■

Die Europäische Union – Zwischen vertiefter Integration und Erweiterung

Panel IV

Moderator: Marek Orzechowski

*Podium: Michael Gahler
Jacques Santer
Jacek Saryusz-Wolski*

Marek Orzechowski

Bevor ich die Stimme an die Diskussionsteilnehmer übergebe, möchte ich einige Worte zum Thema unseres Treffens sagen: „Die Europäische Union – Zwischen vertiefter Integration und Erweiterung“. Ein so gestelltes Thema lässt erwarten, dass wir es mit einer gewissen Spannung zu tun haben werden. Die vielleicht wichtigste Frage wird wohl sein, ob das eine das andere ausschließt, ob also die Reform der EU ihre Erweiterung und umgekehrt die Erweiterung eine vertiefte Integration ausschließt. Wenn wir feststellen, dass sie sich nicht ausschließen, dann gilt es wiederum herauszufinden, in welchem Tempo und in welcher Form diese zwei Probleme gelöst werden sollten.

Zweifellos durchlebt die EU zur Zeit eine gewisse Krise, und es handelt sich dabei nicht um eine zyklische Krise, die in den Staaten, in ihren Ökonomien oder Gesellschaften auftaucht und nach der Anwendung gewisser Methoden verschwindet, so dass die Normalität wieder einkehrt. Wir haben es zurzeit mit einer tieferen Krise zu tun, mit einer Krise des Vertrauens zwischen den Bürgern der EU und der zentralen Idee der EU an sich. Nicht überall wird diese Krise gleich wahrgenommen, nicht überall verläuft sie gleich. Nicht überall wird sie mit der gleichen Intensität diskutiert. In den alten Mitgliedsländern sieht es anders aus als in den neuen. Bei uns ist das Interesse für diese Problematik, abgesehen von kleineren Intellektuellen- und Elitengruppchen, eher gering. Etwas anders sieht die Lage im Westen aus. Dort wird das Problem in vielen Kreisen sehr persönlich genommen, als etwas, das unmittelbare Konsequenzen auch für das eigene Leben hat.

Für diese Krise sind zunächst zwei Ereignisse von Bedeutung. Erstens die historische Osterweiterung, die eine Zäsur für alle darstellte. Zweitens die Unterzeichnung des Verfassungsvertrags einige Monate später, der anschließend in den Referenden in Frankreich und den Niederlanden abgelehnt wurde. [...] Die Krise der fundamentalen Idee der Europäischen Union geht jedoch auch Hand in Hand mit den Schwierigkeiten der Globalisierung. Den Politikern fällt es sehr schwer, Antworten darauf zu geben, wie die Menschen mit diesem Phänomen am besten umgehen sollten. Dass ein Arzt in Holland nunmehr mit Ärzten aus Estland konkurrieren muss, war vor einigen Jahren noch undenkbar. Dass ein polnischer Architekt mit Architekten aus Stockholm konkurrieren muss, hat es vor einigen Jahren nicht gegeben. Hinzu kommen Ärzte, Architekten, Ingenieure aus China, Indien und der ganzen Welt. Die Menschen spüren die Folgen der Globalisierung und fragen sich, warum das alles geschieht und wer dafür verantwortlich ist. Die EU wird dann gern für schuldig erklärt, weil sie eben doch sehr greifbar ist und natürlich auch ihren Anteil an diesen Phänomenen hat. Es scheint ganz so, als hätte der gemeinsame Markt, der von der Europäischen Gemeinschaft ins Leben gerufen wurde, der Globalisierung Tür und Tor geöffnet. Man könnte auch sagen, dass die EU zum Opfer des eigenen Erfolgs wurde.

Daher möchte ich mit der sehr grundsätzlichen Frage an Herrn Jacques Santer beginnen: Was ist der Sinn der Europäischen Integration unter den Bedingungen, in denen wir gegenwärtig leben? Das Ziel der EU wurde doch sicherlich in den 50er, 60er und 90er Jahren jeweils anders definiert. Wie sollte es heute definiert werden? Kann es sein, dass die Politiker im Westen es nach dem Zerfall des Kommunismus vergessen haben, die Idee der EU angesichts der neuen Rahmenbedingungen neu zu definieren? Wozu brauchen wir die europäische Integration heute?

Jacques Santer

Sie haben eine ganze Reihe von Problemen angesprochen, so dass es nun schwer wird, auf alles einzugehen. Sie haben gesagt, dass wir uns in einer tief greifenden Krise befinden. Krisen hat es in der Europäischen Union jedoch schon immer gegeben. Einer der Begründer der EU, Jean Monnet, hat einmal gesagt: „Die Krisen sind die großen Einiger“. Das hat sich im Laufe der Jahre auch so herausgestellt. Krisen haben, das wollen wir hier gar nicht leugnen, den europäischen Integrationsprozess natürlich auch immer eine Zeit lang gelähmt. Sie haben diesen Prozess jedoch nie komplett stoppen können, da sie stets als Chance wahrgenommen wurden.

Ich möchte an dieser Stelle gern das chinesische Zeichen für Krise anbringen. Auf der einen Seite bedeutet ein und dasselbe Schriftzeichen Chaos, auf der anderen Seite – mit einer etwas anderen Betonung – steht es für Hoffnung. Ich glaube, dass Krisen auch zu Hoffnungen führen können. Man darf nämlich eines nicht übersehen: Die Europäische Union ist seit fünfzig, sechzig Jahren eine Erfolgsstory Europas. Wir befinden uns in der längsten Friedensperiode in unserer Geschichte. Die alten Mitgliedstaaten haben das erreicht, wofür sie sich seit 1950, seit der Erklärung von Robert Schuman, eingesetzt haben. Und auch heute noch ist die Integration für die ca. 470 Mio. Einwohner der EU ein großer Erfolg, ein so großer Erfolg, dass Jeremy Rifkin, ein Amerikaner, in seinem jüngsten Buch *Der europäische Traum* über die Geburt einer neuartigen Wirtschaftssupermacht spricht. Er schreibt:

„Die Europäische Union, von einigen als zögerliches Imperium bezeichnet, das noch in den Kinderschuhen steckt, ist doch ein bedrohlicher Riese. Ihre 475 Mio. Bürger repräsentieren 7% der Menschheit. China und Indien sind mit jeweils über einer Milliarde Menschen zwar noch größer, aber die EU übertrifft bereits die USA mit ihren 290 Mio. Bürgern bzw. 4,6% der Menschheit. Japan ist mit seinen 120 Mio. Bürgern bzw. 1,2% der Menschheit dagegen ein Zwerg.“ [...]

Wie ist also die gegenwärtige Krise entstanden? Und da gebe ich Ihnen völlig Recht, wenn Sie sagen, dass Europa, die Europäische Union, Opfer ihres eigenen Erfolgs geworden ist. Das lässt sich ganz leicht belegen, wenn man sich die Versöhnung früherer Feinde, Deutschland und Frankreich, den durch den gemeinsamen Markt erwirtschafteten Wohlstand, das Ende des Kalten Krieges, den Fall der Berliner Mauer, etc. vergegenwärtigt. All das scheint bereits erreicht und keiner neuerlichen Anstrengung zu bedürfen. Europa ist heute zu etwas Alltäglichem geworden und hat damit den Reiz des Abenteuers eingebüßt.

Gleichzeitig setzen sich unsere Bürger heute mit neuen Problemen und neuen Werten auseinander, von denen in den Verträgen seit 1957 kaum oder gar nicht die Rede ist. Sie stellen fest, dass sich die Europäische Union nicht automatisch aus der wirtschaftlichen Dimension ergibt, allzu viele fruchtlose Dimensionen aber ebenfalls die Glaubwürdigkeit und Aktualität des gemeinsamen Unternehmens in Frage stellen. Insofern ist auch der Europa-Gedanke Opfer seiner Fehlschläge geworden.

Man sagt heute, nach dem Scheitern der Referenden in Frankreich und den Niederlanden, dass wir jetzt wieder in eine Reflexionsphase eingetreten sind. Der Europäischen Rat, unsere Staats- und Regierungschefs, haben im Juni 2005 eine Denkpause dekretiert, die allerdings nur ihre Ratlosigkeit darüber, wie es weiter gehen soll, zum Ausdruck bringt. Aus meiner Sicht muss Europa am Ende dieser Reflexionsphase auf drei Fragen eine Antwort geben können:

1. Wie viel Europa wollen wir? Wie weit soll also die Vertiefung gehen? Damit ist die politische Finalität Europas angesprochen.

2. Wo liegen die Grenzen der Europäischen Union? Wie viel Erweiterung können wir vertragen und verkraften?
3. Was trägt Europa zur Sicherung unserer Zukunft bei? Wie bewahren wir Wohlstand und soziale Sicherheit?

Ich glaube, dass damit die drei Hauptfragen angesprochen sind, auf die wir bzw. die Staats- und Regierungschefs, die Politiker eine Antwort geben müssen. Das muss jedoch im Dialog mit den Bürgern geschehen.

Es wäre anmaßend von mir, bereits in diesem Stadium verbindliche Antworten auf die gestellten Fragen zu geben. Eines scheint mir jedoch klar zu sein. Wenn Europa die politische Finalität erreichen will, muss es sich vertiefen. Damit sind aber auch die Fragen nach den Grenzen Europas meines Erachtens von entscheidender Bedeutung. Der französische Historiker, Jacques Le Goff, hat deutlich gemacht, dass es ohne eine geographische Abgrenzung keine Identität Europas geben kann. Und so stellt sich die Frage, ob wir nicht beispielsweise in der Türkeifrage zu voreilig waren, die Kandidatur anzunehmen, ohne ein Grundkonzept über die Entwicklung in den anderen Staaten unseres Kontinents zu entwerfen. Das ist eine grundlegende Frage. Je weiter wir die Grenzen Europas ausdehnen, desto größer und aufdringlicher wird die Frage nach einem Kerneuropa. [...]

Wir haben heute bereits viel über die Geschichte gesprochen. Wenn man die Lehren aus der europäischen Geschichte betrachtet, dann lässt sich beobachten, dass große Imperien, länderübergreifende Reiche immer in eine ihre Existenz in Frage stellende Phase treten, sobald sie erstens ein gewisses Maß an territorialer Ausdehnung erreichen, zweitens einen bestimmten Grad an innerer Heterogenität überschreiten, und drittens ihre institutionellen Strukturen überlasten, so dass ihr Regelwerk, das die Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit sichern soll, den Herausforderungen nicht mehr gewachsen sind. Die zentralen Herausforderungen, mit denen die erweiterte Union heute konfrontiert ist, sind meiner Meinung nach folgende:

1. Die Sicherstellung der Handlungsfähigkeit und Problemlösungskapazität Europas. Unsere Institutionen funktionieren zwar alle, wenn ich aber die einzelnen Institutionen durchgehe, frage ich mich, wie man die Handlungsfähigkeit einer Kommission mit 25 oder 27 Mitgliedsstaaten aufrechterhalten kann. Eine Straffung ist vonnöten. [...] Wie kann ein so großer Ministerrat entscheiden, wenn in vielen Bereichen noch das Einstimmigkeitsprinzip gilt? Wie kann er mit einer Stimme gegenüber der Welt auftreten? Wir haben es versäumt, die politischen Konsequenzen aus der wirtschaftlichen Dimension zu ziehen.
2. Die zweite Herausforderung besteht in der Entwicklung einer europäischen Identität und Solidarität.
3. Die dritte Aufgabe besteht in der Stärkung der Demokratie und der Wiedergewinnung des Vertrauens der Bürger durch diese Stärkung.
4. Die Wahrung globaler Interessen und die Übernahme von Verantwortung. Wir sind als Europäer ein ‚Global Player‘ auf der Weltbühne. Ca. 60% der gesamten Entwicklungshilfe global gesehen kommen von der europäischen Union und ihren Mitgliedsstaaten. Über 50% des UNO-Hochkommissariats für Flüchtlinge werden von den Europäern finanziert. Die finanziellen Hilfen für den Nahen Osten, Palästina, werden nicht von den USA gestellt, sondern von uns. Sogar für Israel ist Europa der größte Handelspartner und nicht die USA. Aber wo steht Europa in den Diskussionen über den Friedensprozess im Nahen Osten? Wir sind ein ‚Global Player‘. Aber wir haben nicht die politische Verantwortung in all diesen Fragen übernommen.

Der Vertragsentwurf hat in seiner Substanz diese Fragen weitgehend im Konsens gelöst. Natürlich haben wir strategische Fehler gemacht. Man hätte nicht das Kapitel drei hinein nehmen dürfen, sondern sich nur auf Kapitel eins und zwei beschränken sollen, die für die Bürger auch verständlich sind. Das hat aber die Regierungskonferenz vereitelt, nicht der Konvent.

Der Vertrag muss in seiner Substanz erhalten bleiben. Ich bin nicht der Meinung, dass der Vertrag tot ist. Das wäre sehr gefährlich und ein Schlag ins Gesicht all der Länder, die ihn bereits ratifiziert haben. Und das sind fünfzehn Mitgliedsländer. Morgen werden es mit Finnland sechzehn sein und in Zukunft sicherlich weitere hinzukommen. Die große Mehrheit der europäischen Bevölkerung hat dem Vertrag also bereits zugestimmt. Er muss erhalten bleiben, auch wenn er den Staaten, die ihn nicht unterschrieben haben, nicht in derselben Form unterbreitet werden kann. Diese Fragen müssen aber gelöst werden, damit Europa nicht nur zu einer erweiterten Freihandelszone wird, es das politische Projekt, für das wir seit über 60 Jahren eingestanden sind, auch weiterhin Bestand hat.

Marek Orzechowski

Herr Gahler, ist es nicht so, dass Bulgarien und Rumänien höchstwahrscheinlich am 1. Januar 2007 der EU beitreten werden, weil die europäischen Führungseliten ihnen ihr Versprechen gaben, dieser Beitritt jedoch mit so drastischen Bedingungen und Einschränkungen belastet sein wird, dass die EU damit im Grunde eine Mitgliedschaft zweiter Klasse schafft? Ist die Erweiterung tatsächlich ein Patentrezept für alle Länder unseres Kontinents, die der Gemeinschaft beitreten möchten? Wäre es nicht sinnvoll, sich über andere Formen, andere Modelle der europäischen Integration Gedanken zu machen, die nicht notwendigerweise in einer Mitgliedschaft münden, den betroffenen Ländern jedoch handfeste Fundamente für eine enge Zusammenarbeit mit der EU bieten würden? Und wenn ja, welche Modelle sollte es geben, um die Dynamik der EU zu bewahren, zugleich aber auch den Erwartungen derer gerecht zu werden, die durchaus auch Recht haben, wenn sie sagen, dass die EU, zumindest institutionell betrachtet, ihre Grenzen hat. Sonst gelangen wir bis Kasachstan und China, wenn diese die demokratischen Kriterien, die in den Römischen Verträgen festgeschrieben sind, erfüllen. Welche Chancen sehen Sie für die Schaffung eines Modells, das den Ambitionen der Länder gerecht wird, die voraussichtlich nicht der EU beitreten werden (können)?

Michael Gahler

Wir haben als Europäische Union bereits unterschiedliche Modelle unterhalb der Mitgliedschaft entwickelt. Da wäre zunächst der europäische Wirtschaftsraum zu nennen, dem derzeit unter anderem Norwegen, Island und Liechtenstein angehören. Diese Form der Zusammenarbeit hat zur Folge, dass diese Länder zwar faktisch vollkommen in den Binnenmarkt integriert sind, sich aber an der politischen Integration nicht beteiligen. Um kompatibel zu bleiben, müssen sie jede Woche die Auflagen aus Brüssel in die jeweiligen Gesetze übernehmen, ohne sie vorher mitdebattiert zu haben. So bleiben sie zwar mit dem Binnenmarkt kompatibel, können aber nicht mitreden. Das ist ihre freiwillige Entscheidung. Wollten sie Mitglied werden, könnten sie das. Doch sie wollen nicht.

Des Weiteren haben wir die Kandidaten, die im Vorbeitrittsprozess mit dem Ziel der Mitgliedschaft fest eingebunden sind und es gibt die Europäische Nachbarschaftspolitik. Sie betrifft einerseits Osteuropa, andererseits aber auch den Mittelmeerraum, also die nordafrikanische Küste, und den Nahen Osten. Schließlich haben wir ein im Prinzip weltweit einsetzbares Stabilitätsinstrument entwickelt, das es uns ermöglichen soll, Ländern, die auch weiter weg von der EU gelegen sind, eine Stabilisierung angedeihen zu lassen. Diese Aufzählung soll für den Einstieg zeigen, welche unterschiedlichen Varianten es bei einer geographischen Betrachtungsweise gibt.

Im Rahmen der genannten Nachbarschaftspolitik kann es natürlich zu Divergenzen zwischen den bestehenden Mitgliedsländern und einem Land kommen, wenn die Mitglieder sagen, dass sie sich bei dem Land noch nicht vorstellen können, eine Mitgliedschaft einzugehen, das Land selbst aber diese Vorstellung hat. Die Ukraine wäre so ein Beispiel. Im Römischen Vertrag steht, wie schon gesagt wurde, dass im Prinzip jedes europäische Land Mitglied der EU werden kann. Dass die Ukraine ein europäisches Land ist, ist vollkommen unbestritten. Diese Grundaussage erfordert jedoch einer Konkretisierung auf einen Zeitplan und den Zeitpunkt dafür sehen die alten Mitglieder in aller Regel für noch nicht

gekommen. Umgekehrt glaubt die Ukraine, eine Mitgliedschaftsperspektive zu benötigen. Ich glaube, dass die Nachbarschaftspolitik, im Rahmen derer man einzelne Bereiche schon sehr genau koordinieren kann, ohne die Beitrittsperspektive auszuschließen, ein sehr geeignetes Instrument für solche vorbereitenden Maßnahmen darstellt.

Zu Bulgarien und Rumänien will ich konkret sagen, dass das, was dort geplant ist, keine Mitgliedschaft zweiter Klasse ist. Die Defizite, die diese Länder haben, sind wirklich stark. Es ist haarsträubend, welche Zustände z.B. in Bulgarien insbesondere im Bereich der organisierten Kriminalität herrschen. [...] Es ist wichtig, dass wir dort gewisse Vorkehrungen treffen, die sichern, dass das, was für uns alle gilt, auch in diesen Ländern gilt.

Zum Verhältnis zwischen Erweiterung und Vertiefung kann ich nur sagen, dass sich das Problem meiner Meinung nach ganz pragmatisch lösen wird. Ich denke nicht, dass dies aufgrund der Erkenntnis geschehen wird, dass uns viel mehr eint als uns trennt. Diese positiven Erwägungen wird es in der breiten Öffentlichkeit so nicht geben. Sie werden vor allem in der politischen Klasse und im kirchlichen Raum diskutiert, wo viele Kontakte nach außen bestehen. Nein, ich glaube, und da komme ich indirekt wieder auf das zu sprechen, was Frau Foroutan gesagt hatte, dass sich das Bewusstsein, dass wir zusammen gehören und sogar eine Schicksalsgemeinschaft sind, vor allem aufgrund äußerer Bedrohungen ergeben wird. Damit meine ich jedoch nicht die Herausforderungen, die wir im letzten Panel in Bezug auf den Terrorismus diskutiert haben. Meine These ist vielmehr, dass wir bei einer objektiven Bewertung der Herausforderungen, vor denen wir stehen, zu dem zwangsläufigen Schluss kommen werden, dass wir keine diese Herausforderungen einzeln werden bewältigen können. Wir müssen unsere nationalen Souveränitäten zusammentragen, um eine kritische Masse zu erreichen, die global relevant ist, um den heutigen Herausforderungen zu begegnen. An dieser Stelle möchte ich stichwortartig fünf konkrete Punkte nennen:

1. Globale Wirtschaft

Glaukt jemand im Ernst, dass Polen, Deutschland, Litauen den Chinesen im Alleingang klar machen können, dass sie unser geistiges Eigentum zu achten haben, dass sie unfaire Importzölle reduzieren müssen, dass sie nicht mit ihren Produkten zu Dumpingpreisen auf unsere Märkte drängen dürfen? Die Antwort ist Nein. Die kritische Masse, China zu beeindrucken haben allein der Binnenmarkt und die EU, und das offenbar auch nur dann, wenn wir gemeinsam mit den USA eine Klage bei dem Gerichtshof der Welthandelsorganisation einreichen.

2. Globale Unterentwicklung

Jeden Tag können Sie in der Zeitung von den Menschen lesen, die aus Afrika im Süden Europas ankommen. Da sind Millionen auf dem Weg. Und es ist nicht Aufgabe des Bürgermeisters von Lampedusa oder der Regionalregierung der Kanarischen Inseln diese Menschen unterzubringen. Das ist eine gemeinsame europäische Herausforderung, und damit meine ich nicht die Frage, wie man die Leute am besten wegschickt oder unterbringt, sondern: Wie gehen wir mit diesem Nachbarkontinent Afrika um, damit die Menschen dort zu Hause eine Zukunft sehen und sich nicht auf den Weg machen? Es machen sich im Übrigen nur die Stärksten auf den Weg, die noch ein bisschen Geld haben, um die Schleuser zu bezahlen. Wie gehen wir mit dem Elend um, das unmittelbar südlich von uns beginnt? Das ist eine Frage, die wir auch nur gemeinsam lösen können.

3. Innere Sicherheit

Dieser Bereich ist bereits angesprochen worden. Ich bin davon überzeugt, dass wir dort mehr gemeinsame Institutionen brauchen. Europol, die europäische Polizeibehörde, muss beispielsweise dadurch gestärkt werden, dass alle unsere Innenbehörden, unsere Sicherheitsbehörden, unsere Polizeibehörden zusammenarbeiten, damit wir ein gemeinsames Mosaik bekommen. Es reicht nicht, wenn ein Drogen-, Waffen- oder Menschenschmuggler, der z.B. in Przemysł über die Grenze kommt, dann aber nach Deutschland, Luxemburg oder Fran-

reich weiterreist und dort aktiv ist, von den polnischen Grenzbehörden registriert wird und diese Information in Warschau bleibt. Sie muss nach Den Haag weitergeleitet werden. Wenn er in Deutschland oder in Luxemburg oder wo auch immer sonst seine Spuren hinterlässt, muss auch das weitergemeldet werden, damit wir gemeinsame Schlüsse ziehen, um gemeinsam handeln zu können. Dies ist zurzeit noch zu unterentwickelt. Innere Sicherheit ist keine innere Angelegenheit mehr, da sich Verbrecher nicht an Grenzen halten.

4. Äußere Sicherheit

In bestimmten Regionen können wir Stabilität leisten. Wir stehen als Europäische Union in dieser Hinsicht zwar noch am Anfang, müssen aber gerade auf dem Balkan effektiver werden. Nach der wahrscheinlichen Unabhängigkeit des Kosovo werden wir dort sicherlich noch lange Zeit eine Stabilisierungstruppe benötigen. In Bosnien sind wir bereits, in Mazedonien haben wir es geschafft, mit einer Polizeigruppe einen Bürgerkrieg zu verhindern. Wir müssen eigene Beiträge zur äußeren Sicherheit leisten. Und das wiederum bedeutet ein weiteres Stück Vertiefung. Es sollte kein einzelnes europäisches Land Fakten in die eine oder andere Richtung schaffen. Das war alte Politik. Nur gemeinsam können wir dort für Stabilisierung sorgen.

5. Klimawandel, Umweltpolitik

Auch bei diesem Problem ist offensichtlich, dass es nicht national zu lösen ist. Als Beispiel kann man die Ostseereinholung anbringen, ein ganz kleines Beispiel, das nur die Region betrifft und mit den globalen Herausforderungen noch nichts zu tun hat. Selbst das ist nur gemeinsam durch ein EU-Programm zu lösen. Da jeder seine Abwässer in der Ostsee entsorgt, bringt ein eigenes staatliches Programm nichts. Wir müssen das Problem gemeinsam angehen. Und dazu müssen wir wiederum effektiv in der Lage sein.

Kurzum: Ich bin überzeugt, dass sich die Frage danach, ob sich Erweiterung und Vertiefung ausschließen, durch die Fakten zugunsten der Integration lösen

wird, ohne damit jedoch die Erweiterung zum Erliegen zu bringen. Das Konstrukt Europas ist ja so angelegt, dass diejenigen Länder, die in Europa liegen und dazu in der Lage sind, im Prinzip einen Beitrittsantrag stellen können. Auch im Interesse der Union sollten wir diesen dann angemessen behandeln. Ich bin wirklich dafür, dass wir die Erweiterungen schrittweise, begleitet von der notwendigen Vertiefung, fortführen. Dafür braucht man aber politische Führung. Und politische Führung, die das Gesamtprojekt voranbringt, kann nicht von uns Europaabgeordneten geleistet werden. Das müssen in erster Linie die Regierungschefs in den Nationalstaaten leisten. Sie müssen sich aus der Rolle eines Darstellers auf der nationalen Bühne hinausbewegen und die Verantwortung für das Gesamtprojekt annehmen. Niemand kann nationale Taktierereien durchführen und glauben, dass er gleichzeitig das gemeinsame europäische Projekt erfolgreich voranbringt.

Als letztes will ich noch bewusst das Thema Ostseepipeline ansprechen. Über die Art und Weise, wie der frühere Bundeskanzler diese Politik betrieben hat, habe ich mich sehr geärgert. Energiepolitik ist ein eminent wichtiges Thema. Wir müssen es schaffen, uns, ähnlich wie in der Verkehrspolitik, auch energiepolitisch zu vernetzen. Sowohl im Öl- als auch im Gasbereich müssen wir ein Netzwerk innerhalb der EU aufbauen, das dafür sorgt, dass kein Land der EU isoliert werden kann. Dieser Hinweis gilt natürlich Russland.

Die Russen versuchen, das eine oder andere Land besser oder schlechter zu behandeln, weil sie glauben, daraus Vorteile ziehen zu können. Auf den fehlenden Dialog mit Drittstaaten, auf die Defizite, die es bei den Verhandlungen in dieser Sache gegeben hat, kann ich nur antworten, dass wir die Pipeline, wenn sie gebaut wird, zu einem Teil eines europäischen Netzwerks machen müssen, von dem alle unsere Partner profitieren können. Die russische Seite hat mit ihrer Entscheidung sicherlich eine politische Absicht verfolgt. Denn die Kosten und Umweltgefahren der Seepipeline sind viel höher als bei einer Verlegung auf dem Festland. Ich hätte mir gewünscht, dass jeder der Staaten, die sich auf eine Landpipeline geeinigt hätten, die Verantwortung für die Instandhaltung übernommen, dafür aber auch Zugang zu dem Gas bekommen hätte. Das wäre

ein Beitrag zur Vernetzung gewesen. So haben wir es mit einem Versuch Russlands zu tun – leider vom früheren Bundeskanzler mitbetrieben – Politik im alten Stil zu machen.

Allen Ländern Europas muss wirklich klar sein, dass die Europäische Union ein Projekt aller sein muss. Der Kleine oder der Kleinere darf sich nicht so fühlen, als wäre er ein Objekt der Großen. Helmut Kohl hat immer gesagt: „Der Charakter der Europäischen Union zeigt sich daran, wie man mit den kleinen Staaten umgeht“. Das galt in der EU der Sechs, und der EU der Zwölf, etc. Und dies gilt auch heute noch. Ich würde mir nicht wünschen, dass die sechs Großen Strukturen eines Direktoriums schaffen. Das entspräche nicht dem Charakter der Union, wie ich sie mir wünsche. Ich wünsche mir eine Union, in der jeder seinen Beitrag leisten kann, in der aber gegenüber Drittstaaten gemeinsame Politiken formuliert werden.

Die Osterweiterung habe ich gerade mit Blick auf Russland sehr unterstützt. Weil ich Russland intensiv beobachte, habe ich mir erhofft, dass die Erfahrungen der mittelosteuropäischen Länder mit Russland Eingang in die Europäische Union finden. Im Augenblick bin ich in dieser Hinsicht jedoch etwas unzufrieden, weil viele der alten Mitgliedstaaten diese Erfahrungen nicht ernst nehmen. „Ach, die haben da so ein Trauma mit den Russen“, heißt es gelegentlich. Meiner Meinung nach wurzelt die andere Sichtweise nicht in einem Trauma, sondern in einer näheren Kenntnis des russischen Denkens und Charakters. Ich glaube, dass die Polen, die Balten oder auch die Finnen, die schon etwas länger dabei sind, wertvolle Beiträge in der Formulierung unserer Politik gegenüber Russland leisten können. Das gelingt jedoch nur, wenn wir immer im Hinterkopf behalten, dass wir das Gesamtprojekt voranbringen und nicht bloß nationale Ziele verfolgen wollen.

Marek Orzechowski

Aus dem gesamten Komplex der Phänomene, die Sie angesprochen haben, geht hervor, dass der Reformprozess der EU eine epochale Aufgabe darstellt. Meine

Frage an Jacek Saryusz-Wolski: Bieten die Römischen Verträge, die nächstes Jahr fünfzig Jahre alt werden, Ihrer Meinung nach eine Basis für die Lösung der Probleme, die Herr Santer angesprochen hatte. Oder brauchen wir etwas Neues? Es reicht doch nicht, davon zu sprechen, dass die EU reformiert werden soll. Was muss reformiert werden? Auf welche Weise muss es reformiert werden?

Jacek Saryusz-Wolski

Vereinfacht gesagt lautet meine Antwort Nein. Die Römischen Verträge, deren fünfzigjähriges Jubiläum wir bald feiern werden, sind zwar ein hervorragendes, weiterhin bedeutendes Fundament, man muss es jedoch dazu nutzen, weitere Stockwerke hinzuzubauen, wie dies im Übrigen auch bislang gehandhabt wurde. [...]

Ich möchte an das anknüpfen, was Herr Santer gesagt hat. Mir als Vertreter eines neuen Mitgliedslandes scheint, dass die EU in einem besseren Zustand ist, als das die alten Mitglieder einschätzen. Und dieses Urteil hat nichts mit Unwissenheit zu tun, sondern mit dem Umstand, dass wir wohl aus einer größeren Distanz auf die EU schauen und daher die größeren Erfolge stärker wahrnehmen als die kleinen, alltäglichen Probleme, die es natürlich auch gibt. Wir sind jedoch weniger geneigt von einer Katastrophe zu sprechen.

Um jedoch zum Thema zurückzukehren, möchte ich auf gewisse Missverständnisse hinweisen, die das unpräzise gestellte Thema „Die Europäische Union – Zwischen Reform und Erweiterung“ hervorrufen kann.

1. Geht es um vergangene oder um zukünftige Erweiterungen? Manchmal sprechen wir über das eine, denken an das andere und der Zuhörer hat noch etwas anderes im Sinn. Wenn wir über zukünftige Erweiterungen sprechen, dann gehört sicherlich die Frage nach den Grenzen dazu, die Jacques Santer bereits angesprochen hatte.
2. Wenn wir von Reformen sprechen, dann wird darunter meist eine Reform der Institutionen verstanden. Aber unter Reform ist meiner Meinung nach

auch die Reform von Politikbereichen zu verstehen. Ich würde geradezu sagen, dass unter Reformen in erster Linie die Reformierung von Politikbereichen und erst zweitrangig institutionelle Reformen zu verstehen sind.

3. Wofür steht das Wörtchen „zwischen“, das wir im Titel der Podiumsdiskussion vorfinden? Soll es eine Sequenz andeuten, also danach fragen, was zuerst geschehen soll, Reform oder Erweiterung bzw. umgekehrt? Oder geht es um ein Entweder-Oder? Entweder wir reformieren oder wir erweitern. Bei dieser Frage, dem Dilemma zwischen der Erweiterung und der institutionellen Reform, die gemeinhin als Vertiefung bezeichnet wird, handelt es sich um eine sehr alte Debatte, die in der EU seit den 70er Jahren andauert.

Ich möchte vielleicht etwas provokativ mit der These beginnen, dass es sich hier um ein falsches Dilemma handelt und damit argumentieren, dass diese zwei Prozesse, in der EU-6, EU-9, dann in der EU-12, EU-15, EU-25 und bald EU-27, stets beide präsent waren. Diese zwei Prozesse stehen im Zusammenhang. Die Frage danach, ob sie sich widersprechen, ist sicherlich auch interessant. In erster Linie ist es jedoch wichtig zu erkennen, dass sie miteinander verbunden sind.

Wenn wir uns die Geschichte der europäischen Integration ansehen, dann stellen wir fest, dass jede einzelne Erweiterung von einer institutionellen Vertiefung und einem Politikwechsel begleitet war. Mit jeder Erweiterung wurde die EU nicht nur reicher an Mitgliedern, sondern auch an institutionellen und politischen Instrumenten, die ihre Handlungsfähigkeit bereicherten. Mit der Erweiterung um Spanien, Portugal und Griechenland wurde die Einheitliche Europäische Akte ins Leben gerufen. Der Erweiterung um die skandinavischen Länder folgte der Maastrichter Vertrag, etc. Die beiden Prozesse haben sich in der Vergangenheit stets gegenseitig verstärkt. Zwischen ihnen besteht also kein Widerspruch, sondern vielmehr Synergie. Sie schließen sich nicht aus, sondern verstärken sich gegenseitig.

Ohne die Osterweiterung und die Reformen, die mit ihr einhergegangen sind, so meine These, hätte die EU stagniert. Sie hätte sich wesentlich weniger reformiert. Viele Stimmen in der alten EU haben sich von der Erweiterung wichtige Impulse für Veränderungsprozesse erhofft. Die Erweiterung war es, die diese Veränderungsprozesse erzwungen hat. Und damit meine ich nicht nur die Verfassungsänderung. Nach dem Nizza-Gipfel und dem schlechten, aber immerhin gemeinsamen Kompromiss, hat die EU-15 zunächst verkündet, für die Erweiterung institutionell bereit zu sein. Später hat man die Meinung geändert und die erreichten Reformen für nicht ausreichend befunden. Auch der damalige polnische Premier, Jerzy Buzek, sagte etwa sechs oder sieben Tage nach Nizza – das finden Sie in den Steno-Aufnahmen der Parlamentsdebatten –, dass der Nizza-Vertrag nicht weit genug gehe. Der berühmt gewordene Slogan „Nizza oder der Tod“ war eine Deformation, eine falsche Interpretation.

Die darauf folgende institutionelle Reform der EU, die im Verfassungsprojekt zum Ausdruck gekommen ist, war also vor allem aufgrund der Tatsache möglich, dass zehn Kandidaten auf den Beitritt warteten. Dieser Umstand gab dem Ganzen einen wichtigen Impuls und bestätigt meine These, dass die Erweiterung für die Reformdynamik der EU sehr wichtig ist. Natürlich sage ich nicht, dass die EU keine Dynamik hätte, wenn sie aufhören würde sich zu erweitern. Ich bin auch nicht der Meinung, dass die EU sich ad infinitum erweitern muss. Doch wenn wir die Frage nach den Grenzen der EU im Rahmen dieser Konferenz und im Kontext der bisher geführten Debatten stellen, so schließe ich daraus, dass die Definition der EU eher eine zivilisatorische denn eine geographische ist. Aus meiner Sicht sind diese Grenzen durch die Römischen Verträge – um auf die eingangs gestellte Frage zu antworten – ausreichend vorgezeichnet. In den Römischen Verträgen heißt es: „Jedes europäische Land, das...“. Was ein europäisches Land ist, wissen wir. Daher ist es nicht notwendig, eine Liste mit den in Frage kommenden Ländern zu erstellen. Noch weniger brauchbar erscheint mir eine Liste mit Ländern, die es auszuschließen gilt, und damit spiele ich auf die Ukraine und Weißrussland an. Wenn wir der Ukraine eine europäische Perspektive bieten wollen, dann sollten wir nicht die Türen verschließen. Für heute können wir Nein sagen, für die Zukunft sollten wir eine Mitgliedschaft jedoch nicht ausschließen.

Die Referenden in Frankreich und den Niederlanden, die so häufig zur Grundlage genommen werden, um von einer Katastrophe in der EU zu sprechen, haben das Dilemma Erweiterung vs. Vertiefung erneut zur Debatte gestellt. Doch nicht, weil diese zwei Prozesse sich ausschließen. Wie ich gezeigt habe, gehen sie Hand in Hand und können sich sogar gegenseitig verstärken. [...] Das Problem ist vielmehr darauf zurückzuführen, dass die Mitgliedsländer der alten EU ihrer Verantwortung nicht gerecht wurden, die darin bestand, ihren Bürgern die Vorteile der Osterweiterung zu verdeutlichen. Die Ergebnisse der Referenden in den zwei Ländern resultieren aus der unzureichenden Erfüllung der grundlegenden politischen Aufgabe, die darin besteht, den Erfolg der Erweiterung aufzuzeigen: Ihren ‚win-win‘-Charakter für einen Großteil der Bevölkerung, ihre politischen und ökonomischen Vorteile für Wirtschaft und Sicherheit, die über alle Kosten erhaben sind. Dieses Versäumnis hat in der relevanten Debatte dazu geführt, dass plötzlich der polnische Klempner und die Verlagerung von Arbeitsplätzen thematisiert wurden.

Versagt haben also die Eliten und nicht die Bevölkerung, die das europäische Projekt falsch verstanden hat. Wann immer es ein Problem zwischen den Eliten und der Bevölkerung gibt, suche ich den Fehler intuitiv bei den Eliten und nicht bei der Bevölkerung. Und wir haben im relevanten Moment vergessen, dass die EU eine Konstruktion ist, die das Recht hat, ihre fundamentalen Werte zu propagieren. Anstatt zu verkünden, dass die Erweiterung einen Prozess initiiert, der Arbeitsplätze schafft und das Wirtschaftswachstum ankurbelt, haben wir uns in einer falschen Debatte über Delokalisierung, Steuer- und Umwelt-Dumping oder diverse andere Gefahren der Integration verfangen. Stattdessen hätten wir über die Integration als Hoffnung, als Chance sprechen müssen.

Aufgrund der falschen Debatte, deren Korrektur nirgends zu sehen ist, haben Erweiterung und Vertiefung also aufgehört siamesische Zwillinge zu sein. Stattdessen wurde die Erweiterung zur Geisel der Vertiefung bzw. der institutionellen Reform. Viele Europäer haben angefangen, sich mit Ersatzthemen zu beschäftigen, die zwar wichtig, aber letztlich nur Surrogate sind, die als Vorwand dienen, sich nicht den echten Herausforderungen stellen und schwierige Entscheidungen

treffen zu müssen. Solche Ersatzthemen sind beispielsweise die Absorptionsfähigkeit der EU. Ein solches Problem existiert, aber es ist nicht vorrangig. Oder auch die Frage nach der endgültigen Festlegung der Grenzen, der finalité. Es ist traurig, etwas endgültig festzulegen. Ich möchte, dass sich dieses Projekt weiter entwickelt und nicht zu seiner Finalität kommt. Anstatt uns auf die Angelegenheiten zu konzentrieren, die wirklich die Bürger betreffen – und wir wissen, was sie wirklich betrifft, weil das Eurobarometer uns darüber informiert –, haben wir angefangen, uns auf etwas zu fixieren, das zwar wichtig, aber letztlich zweit-rangig ist. Institutionen sollen den Zielen und Bedürfnissen der Bürger dienen und nicht umgekehrt. Selbst die besten institutionellen Lösungen können den Mut zur Wahrheit, Handlungsbereitschaft und die Entschlossenheit zu wirklich essentiellen Reformen nicht ersetzen. Dabei sind die Begehren der Bürger drei ganz einfache Dinge: innere und äußere Sicherheit sowie Wohlstand.

Für mein Argument will ich das Beispiel der gemeinsamen Außenpolitik anführen. Selbst nach dem Inkrafttreten der wichtigsten Reformen, die im Verfassungsvertrag in diesem Bereich niedergeschrieben sind – der europäische Außenminister, eine außenpolitische Dienst Einheit, mehr Mehrheitsbeschlüsse, etc. –, werden wir die gemeinsame Außenpolitik nicht stärken können, solange wir ihr nicht mehr Mittel zur Verfügung stellen. Während die gemeinsame Außenpolitik in aller Munde war, haben Kommission und Ministerrat in ihrem Budgetvorschlag für die nächsten sieben Jahre ausgerechnet die Mittel für eine gemeinsame Außenpolitik enorm gekürzt. Wir werden die gemeinsame Außenpolitik nicht stärken, wenn es dafür keinen politischen Willen, kein Geld und keine Instrumente gibt. Und so werden einige Mitgliedsländer weiterhin allein agieren und ihre egoistischen, partikularen Interessen ohne Rücksichtnahme auf die Interessen anderer durchsetzen, wie wir dies am Beispiel der energetischen Sicherheit und der Ostseepipeline erlebt haben. Die EU braucht also politischen Willen, eine gemeinsame Vision und Solidarität, von der gestern so viel die Rede war und die wir wohl etwas zu breit definiert haben.

Um nicht missverstanden zu werden, möchte ich auf die Frage, ob wir eine institutionelle Reform brauchen, natürlich mit Ja antworten. Wir brauchen sie.

Wir brauchen ein weiteres Stockwerk des europäischen Hauses, das wir auf dem Fundament der Römischen und der darauf folgenden Verträge – Maastricht, Amsterdam, Nizza, etc. – errichten. Es stellt sich nur die Frage, was zuerst kommen soll. Institutionen müssen uns als Instrumente dienen, die von unseren Bürgern begehrten politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Ziele zu erreichen. [...]

Zurzeit beobachten wir jedoch den umgekehrten Prozess. Um die Franzosen nicht zu irritieren, haben wir auf dem Altar der institutionellen Reform einige wichtige Angelegenheiten geopfert. Auf diesem Altar haben wir den Euro-Stabilisierungspakt, den wir auf unzulässige Weise gelockert haben, geopfert. Wir haben damit zwei Kategorien geschaffen, einerseits die der großen Länder, mit denen man nachsichtiger ist, und die der kleinen und weniger einflussreichen Länder, mit denen rigoros umgegangen wird. Das untergräbt die Glaubwürdigkeit der EU. Das untergräbt das Prinzip der Gleichberechtigung und Gleichbehandlung aller in der EU.

Zweitens haben wir auf dem Altar dieser Reform die Dienstleistungsrichtlinie zerstört und damit die Vervollkommnung einer der vier Säulen des Freien Marktes vereitelt, nämlich die Freizügigkeit der Dienstleistungen. Die Dienstleistungsrichtlinie ist mittlerweile so verwässert, dass wir in der letzten Lesung gegen sie gestimmt haben.

Und schließlich wurde auf dem Altar dieser – ich wiederhole: notwendigen – Reform, die Bereitschaft zur Erweiterung geopfert. Wir haben das, was den größten Erfolg der Außenpolitik und der Identität der EU in der Welt und in ihrer nahen Nachbarschaft ausmacht, diskreditiert. Wir haben die Erweiterung abgebremst. Es gab Versuche, den Beitritt Bulgariens und Rumäniens, des Balkans, Kroatiens, etc. zu verzögern.

Die institutionellen Reformen sind sicherlich notwendig, sie können jedoch nicht als Abschreckung benutzt werden. Entweder nehmen wir die neuen ehrgeizigen Verfassungsbestimmungen an oder es kommt tatsächlich zur Katastro-

phe. Dieser Katastrophismus – und hier stimme ich dem Kommissionsvorsitzenden Barroso zu – ist übertrieben. Die Institutionen funktionieren. „Le défi du nombre“ von Jacques Delors ist nicht eingetreten. Die Sitzungen des Rates dauern sogar weniger lang als zuvor, weil niemand unnötig das Wort ergreift. In einem größeren Kreis ist es leichter, Entscheidungen zu treffen, als in einem kleineren. Und ich lade insbesondere die Gäste aus Deutschland zur Lektüre der Studien von Herrn Maurer vom Berliner Institut für Europäische Politik ein. Die Institutionen funktionieren. Natürlich könnten sie besser funktionieren, weshalb es auch wichtig ist sie zu verändern. Aber wir haben es mit keiner Katastrophe zu tun. Die Wirtschaft wächst. Mit unserem Wirtschaftswachstum haben wir derzeit die USA überholt. Damit wachsen jedoch auch die Erwartungen, so dass die Lücke zwischen den Erwartungen und der Realität immer größer wird. Ich kann dem jedoch einen gewissen Optimismus abgewinnen. Die Unzufriedenheit – wenn sie überhaupt existiert – bringt uns voran. Zufriedenheit allein würde zu fehlendem Handeln und zur Stagnation führen. Wir sollten also keinen Katastrophismus verbreiten.

Es besteht natürlich die Befürchtung, dass der Prozess der Erweiterung in dem Rahmen, den die Römischen Verträge festlegen, d.h. die Erweiterung um die demokratischen Länder Europas, die unsere Werte teilen und den *aquis* übernehmen, zur Zeit in Frage gestellt wird. Ich weiß allerdings, dass wir ihn fortsetzen müssen. Und hier spreche ich nicht von der Türkei. Das ist ein anderes Kapitel.

Die These, dass eine Erweiterung der EU um ein weiteres Land ohne das Inkrafttreten des Verfassungsvertrags nicht möglich sei, ist nicht wahr. Denn die nötigen Reformen – Anzahl der Kommissare, Stimmenverteilung – können wir auch durch einen einstimmigen Beschluss des Rates oder auf dem Wege der Beitrittsverträge, wie es bisher gehandhabt wurde, durchführen. Dazu ist nur politischer Willen nötig. Das heißt, dass wir Kroatien und eventuell auch andere Balkan-Staaten durchaus aufnehmen können. Es ist natürlich besser, eine vertragliche Basis zu haben, aber man kann Verträge durch andere Verträge verändern, was die europäischen Konstitutionalisten sehr wohl wissen.

Im Prinzip haben wir es hier mit einem Streit um die Methode der Integration zu tun. Das ist ein alter Streit, der bis in die 1950er Jahre zurückreicht. Damals standen sich in diesem Streit auf der einen Seite die so genannten Föderalisten und auf der anderen Seite die Funktionalisten gegenüber.

Die Föderalisten wollten die Gemeinschaft „von oben“, in Anlehnung an ehrgeizige Pläne und ein von vornherein konzipiertes Projekt konstruieren. Das war eine Konzeption des „großen Sprunges“. Dazu zählt auch die Vorstellung von einer „finalité politique“. Ich bevorzuge das Konzept einer „ever closer union“, d.h. einer graduellen Integration, wie wir sie auch in den heutigen Verträgen vorfinden.

Die Funktionalisten, allen voran Jean Monnet, einer der Gründerväter der EU, waren hingegen der Meinung, dass sich die Methode eines „großen Sprunges“ angesichts der Meinungs- und Interessenverschiedenheiten zwischen den Mitgliedsländern nicht bewähren kann. Auch wenn ich das nicht erfreulich finde, hat er wohl Recht gehabt. Und vielleicht müssen wir seine Gedanken zur Methode der kleinen Schritte und einer graduellen Integration Europas wieder aufwerten. Wenn wir uns beleidigt fühlen, weil die Bürger zweier Länder die Verfassung abgelehnt haben und aus diesem Grund aufhören, auch nur irgend etwas zu tun – was einige meiner Kollegen im europäischen Parlament tatsächlich vorschlagen – dann führt das sicherlich zu einer Katastrophe. [...]

Aus soziologischen Untersuchungen geht hervor, dass die Bürger der Mitgliedsländer weniger an den Verfassungskonstrukten und mehr an dem interessiert sind, was die EU Konkretes für ihr Leben bringt. Das aufzugreifen würde die Schließung des berüchtigten demokratischen Defizits ermöglichen, von dem wir viel reden, gegen das wir jedoch nichts tun.

Eine institutionelle Reform ist meiner Meinung nach also notwendig, doch man darf sie nicht fetischisieren und den Integrationsprozess aufhalten, weil der große Plan nicht erfolgreich war. Die EU steht doch vor neuen, wichtigen Aufgaben. Sie muss den eigenen Bürgern beweisen, dass sie nützlich ist, dass

sie ihnen etwas anbietet. Institutionelle Reformen allein schaffen das nicht. Hier ist politischer Wille für die Durchführung von Veränderungen vonnöten. Daher brauchen wir ein „Europa der Ergebnisse“ – das ist der Titel eines Dokuments der Kommission – das uns hilft, auch für die Verfassung neue Lösungen zu finden. Die Legitimität des Integrationsprozesses würde sich in dieser Konzeption einer „output-legitimacy“ aus den geleisteten Ergebnissen speisen. Über die Legitimität und Glaubwürdigkeit des Europaprojekts würden dann nicht in erster Linie institutionelle Reformen, sondern politische Leistungen entscheiden. Um das zu erreichen, sind zunächst fünf Aktionen vonnöten:

1. Erstens müssen wir uns um eine Vollendung des Binnenmarktes bemühen, womit vor allem die vollständige Öffnung des Dienstleistungs- und des Arbeitsmarktes angesprochen ist.
2. Zweitens brauchen wir eine Reform des EU-Budgets. Diese Forderung ist bei unserem 1%-igen Budget trivial. Leider sind einige der Meinung, dass man mehr Europa – im Sinne neuer Politikbereiche, neuer Mitglieder, neuer Institutionen – für weniger Geld, also bei gleichzeitiger Reduzierung der finanziellen Mittel haben könne.
3. Drittens wissen wir, dass es eine lange Liste mit Politikbereichen gibt, die einer Reform bedürfen. Zu nennen wären hier als erstes die Agrar- und Strukturpolitik.
4. Viertens müssen wir auf unsere Wettbewerbsfähigkeit achten, d.h. ernsthaft und nicht nur verbal versuchen, mit der Welt mitzuhalten. Angesprochen sind damit der Bereich der Forschung und Entwicklung, die Deregulierung der Märkte und schließlich die Eindämmung für die EU schädlicher Vorstellungen von einem sozialen Europa.
5. Die fünfte Aufgabe besteht in der Vollendung der Osterweiterung. Gemeint ist damit auf der einen Seite die rechtliche Angleichung der Neuen, auf der anderen die Politik der finanziellen Solidarität, die ich hier jedoch

nicht als charitative Aktivität, sondern als Element der Konsolidierung des europäischen Wirtschaftsraums verstehen will, die wiederum für ein gutes Funktionieren des Binnenmarkts unentbehrlich ist.

Alle diese Reformen kann man mit Hilfe der Erweiterung erreichen: die neuen Länder senden die dafür nötigen Impulse aus. Das heißt natürlich nicht, dass wir die institutionellen Reformen und die Notwendigkeit der Konstitutionalisierung vergessen sollen. Mir geht es nur um eine Umkehrung der Reihenfolge, um für den Prozess der Verfassungsgebung mehr gesellschaftliche Akzeptanz zu generieren. Wenn die Verfassung als Mittel zur Erreichung gesteckter Ziele und nicht als Ziel an sich verstanden wird, wird sie sicherlich auf mehr Akzeptanz in der Bevölkerung stoßen.

Der Weg aus der Verfassungskrise führt also meiner Meinung nach über ein „Europa der Ergebnisse“. Die guten und wichtigen Artikel der Verfassung müssen wir natürlich beibehalten. Die Agenda, die Vorschläge fürs weitere Vorgehen, die benötigten Diagnosen, etc. wird bald der deutsche Ratsvorsitz festlegen. Auch in Polen müssen wir uns darauf vorbereiten, ohne den Kopf in den Sand zu stecken. Wir müssen wissen, wie wir den Status Quo verändern wollen, welche von den im Verfassungsvertrag enthaltenen Politiken wir behalten wollen, ob wir nicht eher die Idee eines „Minivertrags“ (Nicolas Sarkozy) unterstützen, ob wir nicht Bereiche wie eine gemeinsame Energiepolitik oder eine effektive, gemeinsame Nachbarschaftspolitik für besonders wichtig erachten. In beiden Fällen sind die Defizite groß. Das schlechteste wäre, keine Strategie zu haben und auf die Ereignisse in Form nervöser, nicht geplanter Ad-hoc-Bewegungen zu reagieren.

Abschließend möchte ich meine Argumentation noch einmal auf den Punkt bringen: Die Erweiterungen haben der EU immer wieder neue Reformimpulse gegeben und ihr eine neue Dynamik verliehen. Es wäre schade, dieses Potential nicht auszuschöpfen. Daher benötigen wir ein duales Vorgehen: Reform und Erweiterung in den Grenzen, von denen ich sprach, fügen sich zu einem kontinuierlichen Prozess.

Diskussion mit dem Publikum

Besonderes Interesse in der anschließenden Debatte galt unter anderem den Grenzen Europas und der Frage, ob die Römischen Verträge sie tatsächlich so klar definieren, wie es Jacek Saryusz-Wolski in seinem Beitrag dargestellt hatte. Weitere Fragen griffen den Nexus Erweiterung/Vertiefung auf. Thematisiert wurde auf der einen Seite die Aufnahmefähigkeit der EU, auf der anderen ihre fehlende Nähe zum Bürger. In eine gänzlich andere Richtung wurde die Diskussion durch eine Diskussionsteilnehmerin gelenkt, die nach der Rolle der Katholischen Kirche in der Wertedebatte und dem Integrationsprozess der EU fragte.

Michael Gahler unterstrich, dass die Kirche den Integrationsprozess Europas stets wohlwollend begleitet habe, was auch nicht verwundern dürfte, da die Kirche selbst in ihrer gesamten Struktur supranational organisiert sei. Um wirklich konkrete Beiträge der Kirche zum Integrationsprozess anbringen zu können, müsse man seiner Meinung jedoch nach Ländern differenzieren. In Polen sähe das Engagement der Katholischen Kirche jedoch anders aus als in Estland:

„[...] Ich habe die Unterstützung des früheren Papstes für die Kräfte in der polnischen Kirche, die für den Integrationsprozess waren, sehr begrüßt [...] Dass der frühere polnische Papst nicht der größte Freund von *Radio Maryja* war, ist nicht unbekannt. Ich denke, dass die Katholische Kirche an dieser Stelle mehr eingreifen müsste, damit den Menschen nicht eine Desinformationspolitik vorgeführt wird, die mit der Realität wenig zu tun hat. In den Beiträgen des Radiosenders erkennt man die Europäische Union und ihre Ziele manchmal wirklich nicht wieder. [...] Der Teil des Episkopats, der dem Integrationsprozess positiv gegenübersteht, hat sehr viel mehr Sympathie auf meiner Seite als der andere Teil.“

Jacques Santer wiederum räumte zunächst ein, dass diese Frage in der Podiumsdiskussion, die sich auf politische Fragen konzentrierte, zwar vernachlässigt wurde, man jedoch nie vergessen dürfe, aus welcher Inspiration die Gründungs-

väter die damalige Gemeinschaft überhaupt gegründet hatten. Seiner Meinung nach könne die Kirche gerade in der gegenwärtigen Vertrauenskrise für neue Impulse in Europa sorgen und damit einen Beitrag zur Wiederherstellung der Wertedimension Europas leisten, die die Politiker stark vernachlässigt haben. Die Katholische Kirche plane, vom 22.-25. März 2007 einen größeren Kongress in Rom zu veranstalten, um über die Werte Europas zu sprechen und dem Integrationsprozess damit einen neuen Impuls zu geben, der in der Vertrauenskrise derzeit fehle.

„Das ist das, was meine Politikergeneration versäumt hat: den Bürgern, insbesondere der jüngeren Generation, eine neue Motivation für Europa zu geben. Die ältere Generation, zu der ich mich selbst zähle – ich bin noch vor dem Krieg geboren – hat noch eine emotionsbezogene Verbindung zu Europa, die aus den Wirren und Ruinen des Zweiten Weltkriegs entstanden ist. Der neuen, jüngeren Generation muss man jedoch eine andere Motivation geben, was wir leider versäumt haben. Deshalb ist es wichtig, dass gerade die geistigen Kräfte unserer Gesellschaft, die in der KEK [Konferenz Europäischer Kirchen, Anm. d. Red.] zusammengeschlossen sind, ihre Werte darlegen und schildern, wie sie das Europa von heute und von morgen sehen. Vielleicht geben sie dem Hohen C einen anderen Inhalt, als wir das 1950 getan haben. Wenn das auf dem Kongress in Rom anlässlich des 50. Jahrestags der Unterzeichnung der Römischen Verträge geschieht, dann ist das schon ein wichtiger Beitrag. Ich bin überhaupt der Meinung, dass die Katholische Kirche und die religiösen Gemeinschaften insgesamt einen unverkennbaren Beitrag zur Vertiefung der EU leisten können und müssen.“ ■

Die Vision Europas als Chance

Stephan Raabe

Unsere Konferenz stand unter zwei Leitfragen:

1. Welche Rolle nimmt die Kirche bei der Gestaltung Europas ein?
2. Welchen zivilisatorischen Herausforderungen müssen sich die Christen in Europa stellen?

Als politischer Christ, als politischer Katholik, möchte ich einige Anmerkungen zu diesen Leitfragen machen und damit die Konferenz zusammenfassen, ehe dann Professor Bartoszewski den Schlusspunkt setzen wird.

I. Wege und Abwege politischer Korrektheit

Im ersten Panel haben wir die Herausforderung der politischen Korrektheit diskutiert, die vor allem liberalistisch, linksliberal geprägt ist. Hier geht es um

einen Streit um Inhalte, um einen Richtungsstreit, was korrekt und erlaubt ist und was nicht. Es geht um einen Streit zwischen einer laizistischen, oft sogar antikirchlichen Haltung und – wenn man so will – einer christlich-demokratischen Weltanschauung. Deshalb hat Bischof Jarecki mit Bezug auf den Fall Buttiglione in einem Diskussionsbeitrag sehr treffend von „Abwegen politischer Korrektheit“ und Christoph Böhr von einer neuen „Scheinmoral“ gesprochen, mit denen wir es zu tun haben.

Politik und Staat brauchen jedoch ein Mindestmaß an Wahrheit, an Erkenntnis des Guten, um eine menschengerechte Ordnung des Miteinanders zu begründen. Gerade der „Mut der Wahrheit“ ist die große Kraft der Kirche und der Christen, auch wenn dieser Mut der Wahrheit gegen neue Dogmen politischer Korrektheit verstößt, wenn er zunächst vielleicht eher zu schaden und Christen gleichsam ins Ghetto zu drängen scheint. Deshalb ist es für einen Christen und christlichen Politiker notwendig und gut, an dem aus dem Glauben als wahr Erkannten gegen alle Widerstände festzuhalten, natürlich unter Zuhilfenahme der politischen Klugheit.

Vernünftig begründet können Kirche und Christen gerade dadurch modern im Sinne der Aufklärung sein, indem sie antimodern sind und dem widersprechen, was „alle“ sagen oder der vermeintliche Mainstream als politisch korrekt vorgibt. Das betrifft zum Beispiel die Diskussionen um den Lebensschutz am Anfang und Ende des Lebens, den Stellenwert von Ehe und Familie, durchaus auch die sexuelle Orientierung sowie die Rolle von Religion und Kirche in der Gesellschaft. Da es in Europa in all diesen Grundfragen keinen Konsens gibt, stehen uns hier noch schwere Debatten bevor.

Es sei noch einmal gesagt: Leitmotiv christlicher Verantwortung, christlich-demokratischer Politik kann nicht sein, was „alle“ machen oder wenigstens die Mehrheit, sondern was richtig oder falsch, was besser oder schlechter ist. Das gehört zum ABC christlicher Erziehung und christlichen Selbstbewusstseins.

- Lassen wir uns also als Christen nicht den Mund verbieten.
- Laufen wir nicht opportunistisch den aktuellen Trends, den Umfragen der veröffentlichten Meinung hinterher.
- Kämpfen wir den Kampf um die Deutungshoheit und Meinungsführerschaft in Gesellschaft und Politik.
- Vor allem dürfen wir uns nicht mit einer falsch verstandenen religiös weltanschaulichen Neutralität in Europa zufrieden geben, die die Religion aus dem öffentlichen Raum verdrängt und damit, wie es Senator Gowin dargelegt hat, einseitig Partei ergreift und den Atheismus privilegiert.

Gefordert sind in diesem Sinne ein eigener Charakter, auch die alten Tugenden des Mutes und der Tapferkeit. Gefordert sind Menschen, die für etwas stehen und sich politisch engagieren. Gefordert ist nichts anderes als eine „ernsthafte Wahrhaftigkeit“, von der Władysław Bartoszewski in seinem Redebeitrag sehr eindrücklich sprach. Das ist der Anspruch unter dem der christliche Politiker trotz aller Dilemmata steht.

Notwendig ist aber auch der Beistand, die Solidarität der Gleichgesinnten, wenn jemand wie im Fall Buttiglione wegen seiner christlichen Überzeugung ins Abseits gestellt und abgekanzelt werden soll. Hier sollte sich auch die Kirche deutlich zu Worte melden.

II. Solidarität – ein Charakteristikum Europas?

Im zweiten Panel in der Jagiellonen-Universität haben wir über die Herausforderung der Solidarität in Europa debattiert. Solidarität ist eine konkrete, eine praktische Sache. Sie wird geleitet von der Frage, mit wem und für was man solidarisch sein möchte. Dabei ist die Relation von Nähe und Ferne, die konkrete abgestufte Verantwortung wichtig. Wenn wir mit der ganzen Welt gleichermaßen solidarisch sein wollen, übernehmen wir uns. Dies ist schlechterdings unmög-

lich.

Solidarität bezieht sich auf verschiedene Verantwortungsgemeinschaften: auf Ehe und Familie, auf die kirchliche und weltliche Gemeinde, auf den Staat, auf Europa, schließlich auf die Welt. Solidarität ist dabei vorzugsweise den Schwächeren, den Armen und Bedürftigen geschuldet. Um zu unterscheiden, wo Solidarität mehr oder weniger notwendig ist, ist der Zusammenhang von Solidarität und Subsidiarität zu beachten. Das Subsidiaritätsprinzip als „Kompetenzzuordnungsprinzip“ ist eng mit dem Solidaritätsprinzip verbunden. Es besagt, dass die jeweils kleinere Einheit das tun soll, was sie selbst zu tun vermag und die jeweils größere Einheit dort unterstützend eingreifen soll, wo die kleinere überfordert ist. In der Sozialenzyklika *Quadragesimo anno* von 1931, also 40 Jahre nach dem ersten großen sozialen Rundschreiben *Rerum novarum*, wurde die Subsidiarität definiert. Bischof Jarecki sprach von dieser Enzyklika in seiner Predigt. Für die weitere Gestaltung Europas ist dieser Zusammenhang von Subsidiarität und Solidarität von wesentlicher Bedeutung.

Die Orientierung an der menschlichen Person als Ebenbild Gottes, die sich daraus ergebenden Leitmotive der zwischenmenschlichen Solidarität und Subsidiarität in Orientierung an einem Gemeinwohl – dies sind zugleich die Grundprinzipien kirchlicher Soziallehre. Dahinter steht die christliche und humane Überzeugung, dass eine gesellschaftliche, politische, wirtschaftliche Ordnung, deren Grundprinzip der „Kampf aller gegen alle“ ist, in der vor allem das Recht des Stärkeren gilt oder aber die demokratische Mehrheit sich absolut setzt, nicht dem christlichen Ethos entspricht.

Für die Kirche hängen die Sorge um das „Heil der Seelen“ und um die „Grundrechte der menschlichen Person“ (*Gaudium et spes* 76,5) theologisch miteinander zusammen. Deshalb sieht die Kirche in ihrer Soziallehre einen unverzichtbaren Bestandteil ihrer Sendung – auch wenn dies in der sonntäglichen Verkündigung häufig zu kurz kommt. Deshalb haben Christen einen besonderen Auftrag sich sozial, d.h. auch politisch, zu engagieren. Nur so können aus der

christlichen Lehre soziale Taten erwachsen, vermag die Kirche „Kirche für andere“ zu werden. Nur so erweist sich die Sendung der Kirche, wie es im II. Vatikanischen Konzil heißt, „als eine religiöse und dadurch höchst humane“ und solidarische (*Gaudium et spes* 11,3).

III. Kampf der Zivilisationen oder Zivilisation der Kämpfe

Die dritte große Herausforderung, die wir auf unserer Konferenz diskutierten, ist der Kampf der Zivilisationen. Dass der weltanschauliche Zusammenprall zwischen den Zivilisationen eine Realität ist und wir den weltanschaulichen Kampf zivilisieren müssen, steht außer Frage. Stefan Meller hat dies in der Diskussion als eine existentielle Frage für die westliche Welt bezeichnet. Bassam Tibi, der leider nicht wie geplant an unserer Konferenz teilnehmen konnte, aber ganz hervorragend durch seine Schülerin Naika Foroutan vertreten wurde, hat diese Position schon 1999 in seinem Buch „Kreuzzug und Dihad“ vertreten. Frau Foroutan hat uns mit der islamischen Perspektive etwas vertraut gemacht.

Der Blick in die Geschichte zeigt uns, dass der Kampf von Kulturen gar nichts Neues ist. Ich nenne nur aus der Neuzeit die Aufklärung und die Französische Revolution, die einen erheblichen Kulturkampf auslösten, der dann vernunftbezogen zivilisiert wurde. Im Gegensatz dazu ging es beim Kommunismus und Nationalsozialismus um eine Bekämpfung deren verheerenden Ideologien. Eine Zivilisierung dieser totalitären Diktaturen war nicht möglich.

Ein wesentliches Leitmotiv des großen polnischen Papstes Johannes Paul II. ist die „Zivilisation der Liebe“, nicht der Kampf der Kulturen, sondern eben die Zivilisierung der Kulturen. Dazu möchte ich zwei Thesen nennen, die mir wesentlich scheinen und sich kritisch gegen die westliche Kultur richten:

1. Ohne einen vernünftigen, nicht nur, aber auch gläubigen Zugang zu Religion und Grundwerten kann der Dialog der Religionen und Kulturen, die Zivilisierung der Kulturen und Religionen nicht gelingen. Ich zitiere Papst

Benedikt XVI. aus seinem Vortrag, den er diese Woche an der Universität Regensburg gehalten hat: „Eine Vernunft, die dem Göttlichen gegenüber taub ist und Religion in den Bereich der Subkulturen abdrängt, ist unfähig zum Dialog der Kulturen“.

2. Es besteht die Gefahr, dass eine leere und richtungslose Freiheit sich selbst aufgibt, ihrer selbst überdrüssig werden und in Nihilismus und Zynismus umschlagen kann. Dieser Gefahr müssen wir entgegentreten, wenn es um die Verteidigung der personalen Menschen- und Freiheitsrechte geht. Denn in der Auseinandersetzung der Kulturen hat eine solche inhaltsleere Freiheit wenig Aussicht auf Bestand. Um noch einmal auf Bassam Tibi Bezug zu nehmen: Ein „Kulturrelativismus, der im Westen die Universalität von Normen und Werten (z.B. die der Menschenrechte) verleugnet, [wirkt] selbst zerstörerisch; er übersieht, dass sich bei den anderen Zivilisationen, z.B. im Islam, eine Form von Neo-Absolutismus entwickelt [...]. Neo-Absolutisten deuten kulturrelativistische Einstellungen als Ausdruck der Schwäche und verachten deren Träger“ (Kreuzzug und D jihad, 257f.). Deshalb ist neben dem Respekt vor dem Anderen, auch der Respekt vor sich selbst notwendig, sind also in unserem Fall ein gesundes christliches Selbstbewusstsein und auch hier wieder Mut und Tapferkeit, allerdings im Sinne einer Zivilisation der Liebe, notwendig.

Beim „Kampf der Kulturen“ geht es heute vor allem um die Auseinandersetzung mit dem Islam und Islamismus, denn mit anderen Religionen, wie etwa dem Buddhismus, gibt es vergleichbare Probleme nicht. In Bezug auf die islamische Welt ist eine Einhegung von Gewalt, die Ächtung von Terrorismus, die Achtung von Menschenrechten und Völkerrecht von Nöten. Dafür ist die kulturelle Verständigung eine notwendige Voraussetzung. Dabei geht es nicht um einen schöngeistigen Austausch, „sondern um einen weltanschaulichen Werte-Konflikt auf der Suche nach einem Werte-Konsens als Basis für eine friedliche Koexistenz“ (Tibi a.a.O.). Von Seiten der westlichen Kultur bleibt – bei allen Wahrnehmungsunterschieden und politischen Bewertungen im Einzelnen – der Anspruch eines „Wandels durch Verständigung“. Denn islamische Regime, islamischer

Absolutismus und islamistischer Terrorismus sind für die westliche Zivilisation prinzipiell nicht akzeptabel. Es gibt keine Rechtfertigung, auch keine religiöse Rechtfertigung, für Mord. Dies muss in aller Deutlichkeit gesagt werden.

Pater Langendörfer hat heute Morgen die wirtschaftliche Verteilungsgerechtigkeit und den Verzicht auf die Universalisierung der westlich liberalen Moderne als Voraussetzungen für den Dialog mit der islamischen Welt benannt. Allerdings einen Verzicht auf die universale Geltung der Menschenrechte kann und darf es nicht geben. Gerade hier beim Menschenbild und beim Begriff der Menschenwürde scheint mir aber der Kern des Problems zu liegen, scheinen fundamentale Unterschiede zu bestehen zwischen islamischer und christlich-humanistischer Welt.

IV. Die EU zwischen vertiefter Integration und Erweiterung

Das Problem der weiteren Ausgestaltung der Europäischen Union ist die vierte Herausforderung, der wir uns zugewandt haben. Viele Fragen sind hierbei offen und werden wohl erst im Laufe des weiteren Entwicklungsprozesses nach und nach Antworten finden. Die eben geführte pragmatische, aber auch grundsätzliche Diskussion ist uns noch frisch in Erinnerung, so dass ich auch bei diesem Thema nur noch kurz auf die Rolle der Christen eingehen möchte.

In einer Zeit, da Grundwerte in Frage gestellt werden, der Islam an Bedeutung gewinnt und die Globalisierung die Welt verändert, gewinnt die Besinnung der Europäer auf ihre eigene Identität und Geschichte gewiss an Bedeutung. Dazu gehört unweigerlich die Frage nach Gott. Es ist überhaupt nicht gleichgültig, vor wem wir Verantwortung ablegen und woran wir uns orientieren. Europa hat sich als ein lernender Kontinent gezeigt, der nach schlimmsten Erfahrungen den Beschluss zur Gemeinsamkeit trotz aller Vielfalt gefasst hat. Sollte hier das jüdisch-christliche Ethos der Liebe nicht die dringend benötigten Bindekräfte entfalten können? Natürlich nicht nur das Christentum allein, auch das Erbe des griechisch-römischen Altertums, des Humanismus und der Aufklärung. Aber wer wäre dazu mehr prädestiniert und geeignet als die Christen – wohl

wissend, dass Christus über keinen den Sieg hinweg trägt, der dies nicht will. Er siegt nur durch Überzeugung. Er ist ja das WORT Gottes, wie Origines einmal bemerkte.

Also nehmen wir als Christen die Krise Europas als Chance wahr. Nur gemeinsam – Michael Gahler hat dies gerade sehr konkret durchdekliniert – können wir die anstehenden Herausforderungen annehmen und bestehen. Besinnen wir uns auf das Wort Gottes und seien wir überzeugend als Christen beim Bau Europas. ■

Władysław Bartoszewski

Das war nun die sechste Konferenz aus dem Zyklus „Die Rolle der Katholischen Kirche im Prozess der europäischen Integration.“ Das Wort Prozess deutet darauf hin, dass wir es mit etwas zu tun haben, das sich wandelt. Im Laufe der letzten sechs Jahre haben wir unterschiedliche Themen diskutiert, die entweder wichtig waren, wichtig sind oder sich noch als wichtig erweisen werden. Dieses Jahr hat man sich für das Thema der „Zivilisatorischen Herausforderungen Europas“ entschieden und es in vier Blöcke aufgeteilt.

Im ersten Block befassten wir uns mit der politischen Korrektheit. Hier sprachen wir über den Mut zur Wahrheit und dessen Grenzen, über Zivilcourage und die Verantwortung der Christen, insbesondere der Katholiken, für ihr Handeln in der globalen, supranationalen Öffentlichkeit, in der sie nicht nur als Bürger ihrer eigenen Länder auftreten.

Bei dem Thema des zweiten Blocks „Solidarität – Ein Charakteristikum Europas?“ stellten wir uns die Frage: „Welches Europa?“ und inwieweit das Thema Solidarität auch Länder betrifft, die sich nicht in der EU befinden, wie Norwegen, Island, die Schweiz, aber auch Serbien, Kroatien, Bosnien, Mazedonien

und Montenegro. Viele Länder gehören zu Europa. Doch was ist Europa? Die Frage tauchte immer wieder auf.

Offensichtlich ist Europa in politischer Hinsicht – damit sind die demokratischen Rechtsstaaten gemeint – etwas anderes als in wirtschaftlicher Hinsicht – damit sind Länder gemeint, die die ökonomischen Kriterien erfüllen und ein gewisses Maß an Stabilität aufweisen. Wieder anders sieht Europa aus kultureller und wissenschaftlicher Perspektive aus. Wenn ich über den europäischen Kulturkreis spreche, werde ich nicht Chile, Argentinien, Brasilien oder die USA als Beispiel anführen, auch wenn diese Länder zweifellos europäische Wurzeln haben.

In unserer Debatte wurde das Beispiel Tunesiens diskutiert – im Übrigen nicht das einzige maghrebische Land, das seine besonderen Beziehungen zu einigen der Mitgliedsstaaten der EU, sei es Frankreich oder Spanien, deklariert. Da das aber kurz angesprochen wurde, will ich daran erinnern, dass wir im Nahen Osten eine vorbildliche Demokratie haben, die ein funktionierendes Mehrparteiensystem im Parlament hat, die Menschenrechte garantiert und deren Bürger zu 90% aus Europa, aus über der Hälfte der Mitgliedsstaaten der EU, stammen. Damit meine ich Israel. Das stellt uns vor ein gewisses Problem, das völlig anderer Art ist, als das Problem des Iraks, und sicherlich auch der Türkei. Das Stück Land am Bosphorus dient der Türkei zweifellos als formale Legitimität. Die kulturelle, politische und wirtschaftliche Legitimierung sowie gewisse historische Bande sollten meiner Meinung nach jedoch keine mindere Berücksichtigung finden.

Die germanischen und slawischen Kollegen hier im Saal möchte ich daran erinnern, dass es Länder gibt, die früher als wir christlich wurden, z.B. Georgien und Armenien. Während sie schon Christen waren und Kirchen bauten, waren wir noch Heiden. Wenn wir also aus der Perspektive des Christentums argumentieren, so müssen wir bedenken, dass dieser Aspekt in einem Jahr, in fünf, vielleicht in fünfzig oder einhundert Jahren relevant werden könnte. Ich behaupte keineswegs, dass diese Länder die politischen und ökonomischen Kriterien erfüllen, um heute darüber sprechen zu können. Ich behaupte jedoch sehr wohl, dass diese Länder seit ihrer Loslösung vom sowjetischen bzw. post-

sowjetischen Regime zu christlichen, ihre Religion praktizierenden Ländern wurden. Und das gilt es zu würdigen, wenn man Europa durch das Prisma des Kreuzes definiert. Entweder bringen wir genügend Glauben auf, um daran festzuhalten oder wir fügen uns der Mehrheitsmeinung und lassen vieles zu, was gegen unsere Werte verstößt, weil unser Glauben nicht ausreicht. Doch dann können wir auch nicht von christlichen Wurzeln Europas sprechen und darauf pochen, dass dies irgendwo verbal kodifiziert wird. [...]

Die Konferenz verstehe ich als Überblick über neue Herausforderungen. Wie sehen sie heute aus? Sollen sie uns pessimistisch oder optimistisch stimmen? [...]

Ich bin ein gemäßigter Optimist. Obwohl es Krisen gab und die Kirche sich keineswegs sicher war, dass sie Erfolg haben würde, hat es für die mittelosteuropäischen Länder seit ihrer Taufe kein Zurück gegeben. Warum waren die Bürger dieser Gebiete der Überzeugung, dass die Zerstörung der alten Tempel und der Glaube an den Gekreuzigten das Richtige ist, dass sie von da an zum europäischen Kulturkreis gehören? Heute halten wir das für selbstverständlich, doch konnte das für die Menschen damals keineswegs selbstverständlich sein. Die Geschichte liefert uns keine Vorbilder, die wir nachahmen können, doch erinnert sie uns daran, dass es schon unterschiedlichste Ereignisse gegeben hat. [...]

Papst Johannes Paul II. hat am Anfang seines Pontifikats seine Vision vom einen Europa vorgestellt, zu einem Zeitpunkt, als Herr Breschnew sich noch guter Gesundheit erfreute. Er erkannte damals, dass es ein Europa geben muss, dass Europa zwei Lungen hat, aber eins ist. Nicht alle haben das damals verstanden. Papst Johannes Paul hat dies jedoch aus voller Überzeugung und im Glauben an das Kreuz gesagt. [...]

Unsere gegenwärtigen Herausforderungen müssen wir mit einem gemäßigten Optimismus betrachten. Mit gemäßigt meine ich, dass wir sicherlich nicht alle unsere Bedürfnisse, Träume und Wünsche werden erfüllen können. Ein solches Versprechen wäre geradezu ungläubwürdig. Wenn wir uns jedoch für die richtigen Ideen einsetzen und in ihrem Sinne Verständigung erreichen [...], dann

tragen wir zur Realisierung dessen bei, was wir für richtig halten, unabhängig davon, ob das politisch korrekt ist oder nicht, ob es jemandem gefällt oder nicht. Wenn unser Gewissen uns sagt, dass wir etwas tun müssen, dann müssen wir es auch tun. Und eine Begegnung wie heute, eine solche Reflexion, die uns keine endgültigen Antworten liefert, bietet Stoff zum Nachdenken und zur Diskussion in größeren Kreisen [...]. Sie bringt uns [...] der Verständigung näher. ■

Diskussionsteilnehmer

Dieter Althaus	Ministerpräsident von Thüringen
Prof. Wladyslaw Bartoszewski	Polnischer Außenminister a.D.
Krzysztof Bobiński	Journalist, Polen
Dr. Christoph Böhr	Stellv. CDU-Vorsitzender, Mitglied des rheinland-pfälzischen Landtags
Prof. Jan Dyduch	Rektor der Päpstlichen Akademie für Theologie in Krakau
Stanislaw Kardinal Dziwisz	Erzbischof von Krakau
Dr. Naika Foroutan	Dozentin, Freie Universität Berlin
Michael Gahler	Mitglied des Europäischen Parlaments, Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten
Dr. Jaroslaw Gowin	Mitglied des polnischen Senats (PO)
Roman Graczyk	Publizist, Polen
Dr. Hans Langendörfer SJ	Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz
Horst Langes	Ehrenpräsident der Robert-Schuman-Stiftung Luxemburg
Tomasz Lis	Fernsehjournalist, Polen
Maria Martens	Mitglied des Europäischen Parlaments, Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten

Prof. Stefan Meller	Polnischer Außenminister a.D.
Dr. Jan Olbrycht	Mitglied des Europäischen Parlaments, Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten
Jaime Mayor Oreja	Mitglied des Europäischen Parlaments, stellv. Vorsitzender der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten
Marek Orzechowski	Polnischer Fernsehkorrespondent in Brüssel
Bischof Prof. Tadeusz Pieronek	Vorsitzender des Organisationskomitees
Jose Kardinal da Cruz Policarpo	Erzbischof von Lissabon
Stephan Raabe	Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen und Belarus
Jacques Santer	Präsident der Robert-Schuman-Stiftung, Präsident der EU-Kommission und Ministerpräsident von Luxemburg a.D.
Dr. Jacek Saryusz-Wolski	Vizepräsident des Europäischen Parlaments, Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten
Dr. Mariusz Siwoń	Kosovo-Experte der UNO
Bogusław Sonik	Mitglied des Europäischen Parlaments, Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten
Jan Tombiński	Polnischer Botschafter in Frankreich
Vincuk Viacorka	Vorsitzender der Partei der Belarussischen Volksfront

Bildliche Impressionen



Dr. Christoph Böhr, MdL, stellv. CDU Vorsitzender, Jaime Mayor Oreja, MdEP, stellv. Vorsitzender der EVP-ED Fraktion, Roman Graczyk, Publizist, Prof. Jan Dyduch, Rektor der Päpstlichen Akademie für Theologie in Krakau, Bischof Prof. Tadeusz Pieronek, Vorsitzender des Organisationskomitees, Jacques Santer, Präsident der Robert-Schuman-Stiftung Luxemburg, Stephan Raabe, Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen, Stanislaw Kardinal Dziwisz, Erzbischof von Krakau



Dr. Christoph Böhr, MdL, stellv. CDU Vorsitzender



Bischof Prof. Tadeusz Pieronek, Vorsitzender des Organisationskomitees, Boguslaw Sonik, MdEP, EVP-ED Fraktion, Tomasz Lis, Fernsehjournalist, Dieter Althaus, Ministerpräsident von Thüringen, Jose Kardinal da Cruz Policarpo, Erzbischof von Lissabon, Vincuk Viacorka, Vorsitzender der Partei der Belarussischen Volksfront, Jaime Mayor Oreja, MdEP, stellv. Vorsitzender der EVP-ED Fraktion, Dr. Jan Olibrycht, MdEP, EVP-ED Fraktion



Jaime Mayor Oreja, MdEP, stellv. Vorsitzender der EVP-ED Fraktion



Dr. Hans Langendörfer, SJ, Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz, Dr. Naika Foroutan, Freie Universität Berlin, Krzysztof Bobiński, Journalist, Prof. Stefan Meller, Außenminister a.D., Dr. Mariusz Siwoń, UNO-Experte für den Kosovo, Horst Langes, Ehrenpräsident der Robert-Schuman-Stiftung Luxemburg



Jacques Santer, Präsident der Robert-Schuman-Stiftung Luxemburg



Jacques Santer, Präsident der Robert-Schuman-Stiftung Luxemburg
Marek Orzechowski, Fernsehkorrespondent in Brüssel
Dr. Jacek Saryusz-Wolski, Vizepräsident des Europaparlaments, EVP-ED Fraktion
Michael Gahler, MdEP, EVP-ED Fraktion



Prof. Władysław Bartoszewski, Außenminister a.D.



Prof. Władysław Bartoszewski, Außenminister a.D.
Dieter Althaus, Ministerpräsident von Thüringen
Stephan Raabe, Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen



Jose Kardinal da Cruz Policarpo, Erzbischof von Lissabon, Stanisław Kardinal Dziwisz,
Erzbischof von Krakau, Rafał Budnik, Verlag „Wokół nas“